

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingeklagen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und Besprechungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zweifigeltige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverträge zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inerente für die nächste Nummer erhalten bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 16. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Präsidenten der Republik.

Der Präsident, den die Nationalversammlung am 17. Januar wählen wird, wird der neunte seit der Gründung der dritten Republik sein. Anlässlich der Wahl scheint es von Interesse, einen kurzen Rückblick auf die bisherigen Präsidenten und die Umstände, unter denen sie gewählt wurden, zu werfen.

Die ersten zwei Präsidenten, Thiers und Mac Mahon sind nicht von einem Kongress, sondern direkt von der gesetzgebenden Versammlung gewählt worden. Thiers wurde von der Nationalversammlung in Bordeaux am 17. Februar 1871 gewählt, vier Tage nach der Demission der „Regierung der nationalen Verteidigung“, die in der Eröffnungsitzung überreicht und angenommen worden war. Die Wahl erfolgte beinahe einstimmig. Der Titel Thiers' war zunächst „Chef der exekutiven Gewalt“ der Republik. Den Titel „Präsident“ bekam er von der inzwischen nach Versailles übergesiedelten Nationalversammlung am 30. August desselben Jahres. Das reaktionäre Parlament ehrte in ihm den Besieger der Kommune.

Im Mai 1873 gelang es den geeinigten Legitimisten und Bonapartisten Thiers zu stürzen und ihren Kandidaten Marschall Mac Mahon in der Nationalversammlung mit 390 Stimmen durchzubringen. Es begann das „Regime der moralischen Ordnung“ — so genannt nach einer Wendung in der Poesie des neuen Präsidenten. Die Senatswahlen vom 5. Januar 1879 brachten den Republikanern einen entscheidenden Sieg, der Mac Mahon veranlasste, am 30. Januar den Präsidenten der beiden Kammern seine Demission zu überreichen. Noch am demselben Abend versammelte sich — nach den nunmehr gültigen Verfassungsbestimmungen von 1875 — der Kongress und wählte den republikanischen Kandidaten Jules Grévy mit 563 Stimmen gegen 99, die auf den Kandidaten der Monarchisten, General Chanzy, entfielen. Nach Ablauf seines Septennats wurde Grévy am 28. Dezember 1885 im ersten Wahlgange mit 457 von 567 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Damals trat zum ersten Male ein Kandidat der Radikalen, Henry Brisson, auf, der 68 Stimmen erhielt.

Grévy mußte frühzeitig — am 1. Dezember 1887 — unter dem Eindruck des von seinem Schwiegersohn Wilson betriebenen Ordenschwachers zurücktreten. Die Republikaner beriefen zum erstenmal, um gegen eine Ueberrumpelung der damals noch immer 240 Mann starken Rechtsparteien sicher zu sein, eine vorbereitende Versammlung ein, die im ersten Wahlgang 200 Stimmen auf Jules Ferry, 192 auf Freychinet, 81 auf Brisson und 69 auf Sadi Carnot vereinigte. Die Gegner Ferrys beschloßen darauf, Freychinet fallen zu lassen und für Carnot einzutreten. In der Nationalversammlung erhielt dieser im ersten Wahlgang 303, Jules Ferry 212, General Saussier 148, Freychinet 76, General Appert 72, Brisson 26 Stimmen. Vor dem zweiten Wahlgang trat Ferry, dessen Wahl in Paris eine revolutionäre Bewegung hervorzurufen drohte, zugunsten Carnots zurück, der dann mit 616 gegen 188 Stimmen Saussiers gewählt wurde.

Am 24. Juni 1894 wurde Carnot in Lyon von dem italienischen Anarchisten Caserio ermordet. Drei Tage später trat der Kongress zusammen. Die vorbereitende Versammlung der Republikaner scheiterte. Der Kampf spielte sich diesmal und in der weiteren Folge nicht mehr zwischen den Republikanern und den Monarchisten, sondern zwischen den gemäßigten und den radikalen Republikanern ab. Als Kandidat der Ordnungsparteien drang Casimir-Perier mit 451 Stimmen durch. Brisson brachte 195, Dupuy 97, General Fédrier 53, Emanuel Arago 27 Stimmen auf.

Casimir-Perier trat schon am 15. Januar 1895 zurück, unter Umständen, die noch nicht ganz klar geworden sind und die sowohl mit Vorgängen im Innern — besonders den erfolgreichen Attacken der sozialistischen Opposition — wie mit einer plötzlichen Krise in den auswärtigen Beziehungen — die Dreifaschiffen war in Vorbereitung und Diebstähle von diplomatischen Akten in Blüte — zusammenhängen dürften. Die Neuwahl wurde am 17. Januar vorgenommen. Die Radikalen hatten den kurz vorher zum Kammerpräsidenten gewählten Brisson aufgestellt, die Gemäßigten stimmten teils für Felix Faure, teils für Waldeck-Roussseau. Diese drei Kandidaten erhielten 338, 244, 184 Stimmen. Waldeck-Roussseau trat zugunsten Faures zurück, der dann im zweiten Wahlgang mit 430 gegen 361 Stimmen Brissons durchging. Der eitle Parvenu Faure wurde der Präsident des Jarenstimbims, der Kerikalen Armeecellique und der kleinen Bürgerreaktion. Er starb, gerade als die Dreifaschiffen ihren Höhepunkt erreicht hatte, am 16. Februar 1899 bei einem Erzeß seiner Greifenlähmung eines plötzlichen Todes. Die Erziehung wurde unter dem Gesichtspunkt: „für und gegen die Revision“ des Prozesses gegen Dreifaschiffen vorgenommen. Die Antirevisionisten stimmten für Molins, der allerdings die Kandidatur nicht formell angenommen hatte, die Revisionisten für Loubet. Dieser wurde mit 483 gegen 274 Stimmen Molins und 50 gesplittete Stimmen im ersten Wahlgang gewählt. Loubet hat sein Septennat vollendet, ebenso sein Nachfolger Fallières, der am 17. Januar 1906 gewählt wurde. Vorher hatten die Antirepublikaner eine Volksversammlung abgehalten, in der

Fallières 418, Doumer 191 und andere Kandidaten im ganzen 42 Stimmen bekamen. In der Nationalversammlung siegte Fallières mit 449 gegen den von den gemäßigten und antirepublikanischen Parteien unterstützten Doumer, der 371 Stimmen aufbrachte.

Wie man sieht, ist bei den meisten Präsidentenwahlen der Kampf zwischen wenigen, nach ihrer Parteistellung ziemlich scharf charakteristischen Kandidaten ausgefochten worden. Diesmal sind — bis jetzt — schon fünf Kandidaten: Poincaré, Ribot, Deschanel, Dubost und Pams vorgezogen. Man muß auf das Jahr 1887 zurückgehen, um einen ähnlichen Wettbewerbs und eine ähnliche Verwirrung zu finden.

Die Vorabstimmung.

Paris, 15. Januar. Die Volksversammlung der Republikaner trat heute nachmittag im Palais de Luxembourg zusammen, um den Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik zu bestimmen. 748 Parlamentarier hatten Einladungen erhalten. Bei der Abstimmung fielen von 633 abgegebenen Stimmen 180 auf Poincaré, 174 auf den Ackerbauminister Pams, 107 auf den Senatspräsidenten Dubost, 83 auf den Kammerpräsidenten Deschanel und 52 auf Ribot.

Verzichtleistungen.

Paris, 15. Januar. Senatspräsident Dubost hat zugunsten des Ackerbauministers Pams auf die Kandidatur zur Präsidentschaft verzichtet. Kammerpräsident Deschanel hat bedingungslos verzichtet. Ribot kandidiert nicht für den zweiten Wahlgang, begibt sich jedoch die Freiheit seiner Entschlüsse vor.

Ministerpräsident Poincaré erklärte in einem Interdikt, er werde auf alle Fälle für die Präsidentschaft kandidieren.

Die Regierung und das Koalitionsrecht.

Der gestern im Reichstag vom Grafen von Westarp unternommene Vorstoß der Scharfmacher wurde heute durch den Freiconservativen von Camp fortgesetzt. Eindringlich redete er der Fortschrittlichen Volkspartei zu, sich doch der von Industrie, Handwerk und Handel erhobenen Forderung nach besserem Schutz der Arbeitswilligen nicht zu verschließen. Den Staatssekretär hat er, einen Weg zu finden, der es auch der Fortschrittlichen Volkspartei nicht zu schwer mache, zu folgen. Herr Zrl, der Zentrumsredner, sekundierte ihm und erklärte, er habe im vorigen Jahre für die besseren Schutz der Arbeitswilligen fordernde Resolution gestimmt und werde dies hener wieder tun. Mit dem Schlagwort vom Zuchtgesetz würden die Arbeiter irreführt.

Der lothringische Abgeordnete Abbé Wetterlé soll in Vorträgen, die er in Frankreich hielt, der Rückgabe Elsas-Lothringens an Frankreich das Wort geredet haben, dies gab Herrn von Camp nicht nur Anlaß zu patriotischer Entrüstung, sondern auch zur Entladung seines Grolles gegen die ihm viel zu freibeitliche elsas-lothringische Verfassung. Bisfig fragte er, ob ihre Väter innerhalb der Regierung über diesen Akt der Dankbarkeit für dieselbe nicht erfreut seien. Staatssekretär Delbrück sah ihn ob dieser Frage ganz verduht an. Mit Recht frag der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, Dr. Doormann, Herrn von Camp, was denn eigentlich die Reden des Herrn Abbé Wetterlé mit der elsas-lothringischen Verfassung zu tun hätten? Herr Zrl beeilte sich zu erklären, daß Herr Wetterlé dem Zentrum, das seine Reden mißbillige, nicht angehöre.

Die von Gewerkschaften und Genossenschaften geschaffene Volksversicherung macht Herrn von Camp große Sorgen. Er erblickt in ihr eine große Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft, sieht sehr schwarz in die Zukunft und ersucht die Regierung, doch ja auf diese Gründung ein wachames Auge zu haben. Der einzige Lichtblick, der sein von banger Sorge umdüstertes Gemüt erhellt, ist die Hoffnung, daß die Volksversicherung dazu dienen werde, die bürgerlichen Parteien anzurütteln.

Der Mittelpunkt der heutigen Verhandlungen war die Rede des Staatssekretärs Delbrück. Zunächst, so erklärte er, wolle er sich zur Frage des Koalitionsrechts äußern, die aus einem Komplex sozialpolitischer Fragen herausgerissen und eingehender erörtert worden sei. Einen großen Teil seiner Ausführungen verwandte Herr Delbrück auf den Versuch, nachzuweisen, seine Rede vom 10. Dezember sei vielfach mißdeutet worden. Nicht eine Verneinung des Koalitionsrechts sei der Sinn seiner Ausführungen gewesen, sondern die Festlegung der Grenzen von Koalitions- und Vereinsrecht. Wie diese Grundsätze angewendet würden, sei Sache der Ressortchefs. Er habe keinen Anlaß, an seiner Rede vom 10. Dezember etwas zu ändern. Das gleiche gelte für seine über die Enzyklika gemachten Ausführungen. Die Regierung habe in dem Gewerkschaftsstreit bei der römischen Kurie zugunsten der christlichen Gewerkschaften eingegriffen, und zwar vor dem Erscheinen der Enzyklika. Dann mühte sich Herr Delbrück ab, darzulegen, die fortgesetzten Forderungen auf besseren Schutz der Arbeitswilligen hätten eine berechtigte Grundlage. Mit einem Verbot des Streikpostens sei der erstrebte Zweck aber nicht zu erreichen. Nicht nur durch

Streikposten, sondern durch andere Personen erfolge die Verlästigung der Arbeitswilligen; helfen könne nur eine systematische Aenderung aller in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen, vor allen der über Rötigung, Verleumdung und Bedrohung. Herr Delbrück gab dann noch den Arbeitern den Rat, sich bei Streiks so einzurichten, daß kein Anlaß zu Klagen über Verlästigung Arbeitswilliger gegeben werde, was bei der wunderbaren Disziplin der sozialdemokratischen Arbeiterchaft ja nicht so schwer sein könne. Auf sozialpolitischem Gebiet sei in den letzten Jahren so viel geschehen, daß eine Ruhepause am Plage sei. Ein mit öfliger Beredsamkeit vorgetragenes Loblied auf die der Initiative der Reichsregierung zu dankende Sozialgesetzgebung bildete den Schluß der Rede des Staatssekretärs für die deutsche Regierungs-sozialpolitik.

Herr Delbrück ist sicher ein fähiger Mann, und heute hat er aus neue bewiesen, daß er zu allem fähig ist. Reduziert man die langen Darlegungen auf den eigentlichen Inhalt, so ist es dieser: Ihr, meine Herren Konservativen, könnt mir ruhig eure hohe Günst auch fernerhin erhalten; Ihr dürft Euch auf mich verlassen. Aber Ihr müßt mir auch das Vertrauen schenken, daß ich eure Geschäfte besser besorgen kann, als Ihr es in eurer Taprigkeit haben wollt. So gerade, wie Ihr meint, geht es nicht. Für ein offenes Ausnahmegesetz kann im Reichstag des gleichen Wahlrechts keine andere Partei so leicht stimmen, auch nicht das Zentrum, eure treuen Verbündeten. Aber was Ihr wollt, das werden wir Euch leisten, sobald erst das Strafgesetz drankommt. In den Formen des gemeinen Rechts läßt sich die Gemeinheit des Ausnahmereichs viel leichter verwirklichen. Und dann ist Euch und uns auch das Zentrum sicher. Umsonst hat doch Herr Zrl nicht so beweglich über den Terrorismus der Arbeiter geklagt wie nur irgendein Scharfmacher. Und die National-Liberalen werden dann, wenn die Regierung selbst ihnen die Notwendigkeit klar macht, auch keine Spielverderber sein. Aber begnügt Euch für den Moment mit dem Erreichbaren — die 2000 Anklagen im Ruhrrevier sind ja auch nicht ohne — und wartet mit mir auf bessere Zeiten.

Nachdem sich so Herr Delbrück, der Held der Mächtigen, empfohlen hatte, sprachen noch für die Fortschrittspartei Dr. Doormann, der dem Wachstum und dem Ausbau der freien Gewerkschaften eine uneingeschränkte Anerkennung zollte, und der Antisemit Werner, der keine bekannten antisemitischen Tiraden hinausgeschmettert und unter Mißhandlung der deutschen Sprache ein Reichsamt für die deutsche Sprache forderte.

Neuer Aufschub.

In London fand Mittwoch eine neue Sitzung der Vot-schafferkonferenz statt, in der der Text der Kollektivnote festgesetzt worden ist. Die Note soll jetzt eine mildere Fassung erhalten haben, wodurch der Pforte ein Entgegenkommen erleichtert werden soll. Eine Drohung enthält die Note nicht und die deutsche Regierung läßt in der „Köln. Zeitung“ offiziös erklären, daß der Dreibund sich an einer eventuellen Flottenumgebung vor Konstantinopel nicht beteiligen würde.

Auch die Balkandelegierten hielten eine Sitzung ab, über deren Ergebnis telegraphiert wird:

London, 15. Januar. Die Delegierten der Verbündeten sind um 1 Uhr nachmittags zu einer Beratung zusammengetreten. Die Versammlung hat beschlossen, die Antwort der Pforte auf die Note der Mächte abzuwarten, bevor sie einen neuen Schritt unternimmt. Der englische Sekretär Norman war in der Versammlung anwesend, da einige Protokolle der Friedenskonferenz unterzeichnet werden mußten. Nach der Versammlung herrschte lebhafteste Bewegung unter den Delegierten, die darauf mehrere Votschaften besuchten.

Dieser Beschluß bedeutet auf jeden Fall einen neuen Aufschub und damit einen Zeitgewinn für die Vermittlungstätigkeit. Auf der anderen Seite hat die Pforte von der Einberufung des Großen Rates Abstand genommen. Da dieser eher für als gegen den Krieg votiert hätte, kann man auch in diesem Beschluß ein günstiges Symptom erblicken.

Die Haltung der Türkei.

Konstantinopel, 15. Januar. Gestern fand ein außer-ordentlicher Ministerrat statt, in welchem die Haltung, die die Pforte nach dem bevorstehenden Schritt der Mächte beobachten solle, sowie auch die innere Lage besprochen wurden. Die Regierung hat Maßregeln getroffen, um jeder Volkskundgebung vorzubeugen, sowie das Ministerium des Innern zu ermächtigen, gegen die Jungtürken streng vorzugehen und eventuell die Komiteeführer aus Konstantinopel auszuweisen. Die Eingänge zu den Wandelgängen der Pforte waren heute von etwa 300 Polizeibeamten besetzt.

Der rumänische Ackerbauminister Filipesco hat die Heimreise angetreten.

Meuterei türkischer Truppen.

Konstantinopel, 14. Januar. Wie verlautet, wurde unter den kurdischen Truppen, die in der bei dem asiatischen Vorort Skutari gelegenen Kaserne Selimich garnisonieren, ein meuterische Bewegung entdeckt. Die Truppen sollen ihre sofortige Entsendung auf den Kriegsschauplatz und die Wiederaufnahme der Feldbesichtigungen verlangt haben. Der Sultan entsandte seinen ersten Adjutanten, der den Truppen die Grüße des Sultans überbrachte und ihnen zugleich versicherte, daß ihre Ergebenheit in der Krise, die das Land gegenwärtig durchmacht, den Sultan tief rühre. Der Vorschlag des Sultans, welche tiefen Eindruck auf die Truppen machte, gelang es, sie zu beschwichtigen. Einem Verzicht zufolge wurden einige Anführer verhaftet.

Die finanziellen Schwierigkeiten der Regierung dauern fort. Die Dezentralgehälter sind den Beamten noch nicht ausbezahlt worden.

Die Lage in Adrianopel.

Konstantinopel, 15. Januar. Das Kriegsministerium veröffentlicht ein Telegramm des Kommandanten von Adrianopel vom 13. Januar, welches besagt: Die Familien aller Offiziere sind am Leben, das Gehalt wird bezahlt und Lebensmittelrationen werden verteilt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Januar 1913.

Kaltlose Ausreden.

Die Organe der Regierung schweigen nach wie vor über die Wehrvorlage, die von der „Post“ angekündigt wurde. Nur in der halbamtlichen Presse wird mit einem großen Aufwand von Worten eine Art Beschwichtigungsmanöver versucht. So meldet die „Adriatische Ztg.“ aus Berlin vom 15. Januar:

Was von den Phantasten über den Inhalt einer bevorstehenden Militärvorlage zu halten sei, haben wir bereits am 8. d. Mts. auseinandergesetzt. Inzwischen werden die völlig in der Luft schwebenden Mutmaßungen in einer Weise fortgesetzt, die denen nicht gleichgültig sein kann, denen es nicht einerlei ist, was man in der Welt über unsere Heeresarbeit denkt. Darum sei wiederholt, daß alle jene Auslassungen keine feste Grundlage haben und keine haben können, am wenigsten die geistige Welt der „Täglichen Rundschau“, die sogar schon eine Zahl aus der Summe der Kostenforderungen zu nennen wußte. Das alles beruht nur auf Vermutung und sollte auch so aufgenommen werden. Angesichts dessen, daß manche Äußerungen über etwaige Heeresverbesserungen mißdeutet werden können, zumal sie in dem bekannten Ton vorgetragen werden, den manche Leute dabei anzuschlagen für zweckmäßig halten, möchten wir bitten, was der gewiß zu einem Urteil berechnete Feldmarschall von der Goltz gestern Abend hier auf dem Reichskommers des Vereins deutscher Studenten gesagt hat, nämlich, daß unsere Wehrmacht zu Wasser und zu Lande vollstes Vertrauen verdiene, denn es werde in ihr jene tüchtige, nie ermüdende Arbeit geleistet, ohne die auch der genialste Gedanke unfruchtbar bleibe.

Ein nichtsagenderes Gerücht kann man sich kaum denken. Gerade die Phrase vom „Vertrauen auf unsere Wehrmacht“ wird binnen kurzem dazu herhalten müssen, alle die Forderungen, die von der „Post“ formuliert wurden, tatsächlich einzubringen und zu begründen. Gerade die bestellte Beschwichtigungsarbeit der Offiziösen bestätigt, daß neue große Maßnahmen für den Militarismus beabsichtigt sind. Wenn es sich nur um „Phantasten“ handelt, warum erklärt da die „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht klipp und klar, daß in absehbarer Zeit eine neue große Wehrvorlage nicht zu erwarten sei?

Der Anschluß nach rechts.

Daß ein großer Teil der fortschrittlichen Volkspartei nicht die geringste Reizung verspürt, bei den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen und zusammenzukämpfen, bestätigt ganz offenkundig das Hauptorgan der ostpreussischen Fortschrittler, die „Nartungische Zeitung“ in Nr. 21, indem sie schreibt:

„Die fortschrittliche Volkspartei kann sich nicht den Luxus erlauben, in radikalen Forderungen zu schwelgen. Sie muß als liberale Partei in erster Reihe darauf bedacht sein, mit der nationalliberalen Partei eine möglichst geschlossene Kampflinie aufzustellen. Sie kann bei ihrer Stellung zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten nicht einfach Vereinbarungen mit der Sozialdemokratie treffen. Für die Sozialdemokratie liegen die Verhältnisse bei den preussischen Landtagswahlen fast überall gleich. Für die fortschrittliche Volkspartei dagegen sind die Verhältnisse in den einzelnen Gebieten durchaus verschieden. Sie ist namentlich auch dort, wo gemeinsame Wahlmänner mit den Nationalliberalen aufgestellt werden, gar nicht in der Lage, diese zu bindenden Verpflichtungen in Bezug auf das Eintreten für Sozialdemokraten zu veranlassen. Das darf nicht vergessen werden.“

Das ist eine entschiedene Abfage des Freisinn. Von einem Kampfe des Freisinn für das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen kann unter diesen Umständen nicht mehr die Rede sein.

Aus Herrn v. Breitenbachs Reich.

Die Fürsorge der preussischen Eisenbahnverwaltung für die Angestellten und Arbeiter ist grenzenlos. Sie gängelt die Leute, als seien diese vorkulpplichtigen Kinder. Welchen Vereinen ein Eisenbahner angehört, welche Versammlungen er besucht, das sieht seine hohe Dienstbehörde fest. Sie schreibt auch vor, wo die Frau des Eisenbahners ihr halbes Pfund Kaffee nicht einkaufen darf. Eine ostelbische Eisenbahnstation, es war soviel wir wissen, die zu Bromberg, hat längst sogar den Eisenbahnern den Gebrauch der polnischen Sprache bei Strafe verboten. Allen Untergebenen Breitenbachs wird zur Pflicht gemacht, Übertretungen des Verbots zu denunzieren.

Auch einen Beitrag zum Kapitel: Kindererziehung in Staatsbetrieben, hat jüngst die Eisenbahndirektion in Frankfurt a. M. beigelegt. Sie erließ einen Maß an sämtliche Kemter und Bediensteten, in dem die Vorstände der Orts-, Bezirks- und Hauptvorstände der Fachvereine der Eisenbahnbeamten angewiesen werden, die Tagesordnungen ihrer Vereinsversammlungen 14 Tage vor dem Versammlungstage auf dem Dienstwege der Direktion einzureichen. Die Tagesordnungen müssen alle in der betreffenden Versammlung zur Besprechung und Beschließung gelangenden Punkte derart enthalten, daß der Gegenstand und Zweck der Versammlung zweifelsfrei erkannt werden kann. So sollen Tagesordnungspunkte, wie z. B. Anträge der Mitglieder oder „Sonstiges“, „Diskussion“ und „Verschiedenes“ unzulässig sein. Die Eisenbahndirektion erklärt ausdrücklich, daß sie Wert auf die

Mitteilung der Tagesordnung lege und bestimmt erwartet, daß ihre Anweisungen von den Vorständen beachtet werden.

Doch die väterlichen Sorgen des Herrn v. Breitenbach für das Wohl seiner Arbeiter und Angestellten erstreckt sich noch viel weiter. Da er wohlwollend wie er ist, gar gerne verhüten möchte, daß die Eisenbahnbeamten nicht zu sehr angestrengt werden, hat er folgende Mahnung erlassen:

Die Uebernahme von Kemtern im Aufsichtsrat oder Vorstand von Konsumvereinen durch Beamte der Staatseisenbahnverwaltung ist in allen Fällen von der vorherigen Genehmigung der vorgesetzten Behörde abhängig zu machen und Genehmigung nur dann zu erteilen, wenn für den Konsumverein ein unabweisbares Bedürfnis besteht und die dienstliche Tätigkeit des Beamten nicht darunter leidet. Beamte, welche vermöge ihrer Tätigkeit Warenbezugswesen erfahren können, sind völlig ausgeschlossen. Auch soll unter keinen Umständen den Beamten mit Rücksicht auf solche Nebenämter eine Einschränkung der dienstlichen Aufgaben auferlegt werden. Eine Befristung der Konsumvereine, insbesondere hinsichtlich der Behandlung eingehender Güter usw., ist grundsätzlich auszuschließen. Endlich ist das Anbieten von Warenangeboten in Diensträumen unzulässig.

„Wenn's nur losginge!“

Auf dem Reichskommers des antisemitischen Vereins deutscher Studenten, der am Dienstag in Berlin stattfand, hielt zunächst der Reichsverbandsgeneral v. L. e. b. e r t eine imperialistische Rede; dann folgte der Generalsekretär v. d. G. o. l. z, der seine Rede nach einem Hinweis auf die Kriegsbereitschaft Deutschlands in den Stoßseufzer zusammensetzte: „Wenn's nur losginge!“

Hätte ein französischer General eine ähnliche Rede gehalten, dann würde die gesamte nationalistiche Presse in Deutschland Peter und Pauls schreien. Es ist dringend notwendig, daß der Kriegsminister eine Generole antwortet, in ihren öffentlichen Äußerungen sich eine größere Keizerie aufzuerlegen. Das ist doppelt notwendig in einer Zeit wie der gegenwärtigen, wo es ohnedies an Zündstoff nicht mangelt.

Spiritus-Produktion und Verbrauch.

Die Spiritus-Statistik für Oktober bis Dezember 1912 zeigt die erfreuliche Tatsache, daß zwar die Erzeugung gegen das Vorjahr erheblich zugenommen hat, der Verbrauch aber wieder gesunken ist. Es betrug

	im Dezember 1912		Oktober/Dezember 1911	
	1912	1911	1912	1911
Produktion	579 348	477 701	1 245 349	698 816
Reinverbraucht	172 658	184 229	504 940	523 843
Gewerblicher Verbrauch	152 752	181 094	454 465	364 041
Export	430	1 802	1 077	5 019

Produktion und gewerblicher Verbrauch haben die normale Höhe wieder erreicht, nachdem die Kartoffelmehrernte im Jahre 1911 beide wesentlich eingeschränkt hatte. Der Reinkonsum ist trotzdem nicht unerheblich zurückgegangen. Die Arbeiterschaft darf in diesem Kampf gegen den Junkerschnaps nicht müde werden. Arbeiter, meidet den Schnaps!

Die Landwirtschaftskammern machen mobil.

Die außerordentliche Höhe der Vieh- und Fleischpreise hat im vergangenen Herbst selbst unserer agrarischen Regierung einige ganz geringe und vorübergehende Zugeständnisse zur Erleichterung der Fleischzufuhr abgenötigt. Aber selbst diese geringfügigen Zugeständnisse haben die Agrarier in die fürchterlichste Ausregung verlegt. Denn gibt die Regierung zu, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, den ständig wachsenden Verbrauch an Fleisch allein zu decken, so unterstützt sie mittelbar selbst die Forderung auf Einfuhr überseeischen Fleisches. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen hat sich daher — das Schreiben liegt und vor — in einem Reisschrei an die Landwirte ihres Bezirkes gewandt mit der Aufforderung,

in möglichst großer Anzahl sich bereit zu erklären, die Produktion an Schweinen im Gewicht von 200 Pfund und darüber auf die Dauer von drei Jahren zu einem festen Preise von 45 bis 47 Mark pro Zentner ab Hof der Posener Landwirtschaftskammer zur Verfügung zu stellen und sich hierzu schriftlich zu verpflichten.

Bereits bei den Erörterungen über das Angebot des Pommerischen Viehverwertungsverbandes an die Stadt Berlin ist nachgewiesen worden, daß bei solchen Lieferungen die Landwirte ein recht gutes Geschäft auf Kosten der städtischen Konsumenten machen würden. Wenn die Landwirtschaftskammer ihren Vorschlag daher überreicht: „Der einheitliche Durchschnittspreis für Schweine. Ein Mittel zur Beseitigung der Fleischmangel und deren Folgen“, so hat sie dabei nur an die Folgen für die Agrarier gedacht. Für die Konsumenten kann von einer Beseitigung der Fleischnot erst dann die Rede sein, wenn die Grenzen für Vieh und Fleisch geöffnet sind.

Herr Thyssen als päpstlicher Ritter.

Kürzlich ging die Notiz durch die Presse, der Großindustrielle August Thyssen sei vom Papste zum Ritter des Großkreuzes des Silvesterordens ernannt worden. Das hat der schwarzen Zentrumspresse sehr geschmeichelt; ist doch Thyssen ein Mann, der der Zentrumsparthei sehr nahe steht, und der sich als Kirchenpfeifer wie als Geldgeber für fromme Zwecke in schwarzen Kreisen einen Namen von hohem Rang erworben hat. Erst in diesen Tagen veröffentlichte wieder ein Telegramm, daß August Thyssen erneut 150 000 Mark für kirchliche Zwecke gestiftet habe. Nun ist es zwar sehr gleichgültig, für was der fromme Thyssen sein Geld opfert, weniger gleichgültig aber ist es, wie er seine Millionen verdient.

Just zur selben Zeit, wo sich der Papst des frommen Geldspenders erinnert und wo Thyssens Ruhm in die Welt getragen wird, ist eine Prozessur erschienen, die zum Verfasser Werner, den Vorsitzenden des Steigerverbandes, hat und sich mit Methoden der Geldgewinnung auf den Thyssenschen Bergwerken näher beschäftigt. Wer diese Prozessur „Wie die Wetter schlagen“ durchliest, den überkommt das Gefühl, daß Herr Thyssen, statt sich mit Kirchenbauten und sonstigen frommen Dingen zu befassen, besser täte, sich mit den Zuständen auf seinen Werken zu beschäftigen. Es herrscht dort eine Behandlung der Beamten und Arbeiter, wie man sie sich schlimmer kaum denken kann. Rahregulungen, Schikanen aller Art werden Arbeitern und Beamten zuteil, und die Zustände in den Gruben grenzen an Verbrechen. Ist auch nur die Hälfte von dem wahr, was Werner Seite an Seite von den Thyssenschen Werken — besonders Nahe „Deutscher Kaiser“ — zu erzählen weiß, so sollte sich in der Tat der Staatsanwalt einmal um die Verantwortlichen der Sache kümmern. Die Jahresberichte des Bergassessors Schilling geben ihm sicher Gelegenheit dazu.

Zunächst sollte Herr Thyssen für die Abhilfe solcher Zustände auf seinen Gruben sorgen — dann mag er, wenn er keine nützlichere Verwendung für seine schönen Profite weiß, so viele Kirchen und Kapellen bauen, wie er will.

Eine Nachlese von der Bergarbeiterbewegung im Saarrevier.

Die Erregung der Saarbergleute über das christliche Komodispiel zeigt sich am deutlichsten in den Versammlungen, die jetzt nach der Bewegung im Saarrevier abgehalten werden. Alle Versammlungen, die der päpstlich gebildete Streikbrecher-Gewerverein ab-

hielt, orteten in Audauberfassungen aus; einige wurden sogar polizeilich aufgelöst, während die Versammlungen, die der alte Verband abhielt, glänzend verliefen und gut besucht waren. Selbst in rein katholischen Bergmannsdörfern fanden überfüllte Versammlungen des alten Verbandes statt und alle Versuche einzelner Fanatiker, die Leute gegen die „Sozialdemokraten“ aufzuhetzen, blieben erfolglos. Wenn in den christlichen Versammlungen die Redner von Erfolgen der Bewegung sprachen, oder die Notwendigkeit des Waffenstillstandes erklären wollten, erhob sich allgemeine Heiterkeit. Der alte Verband hat nach der Bewegung über 30 Versammlungen abgehalten, die, obgleich die „Saarpost“ die Bergleute vor dem Besuch warnte und mehrere Geistliche von der Kanzel herunter den Besuch ausdrücklich verboten hatten, riesig besucht waren.

Jetzt kommt man auch hinter verschiedene Schliche der christlichen Führer. Ein christlicher Konferenz-Delegierter wollte in einer Versammlung den Streikabbruchsbeschlus damit rechtfertigen, daß er erklärte, man hätte doch mit 6000 Organisierten keinen erfolgreichen Streik unternehmen können. Noch nach dem 15. Dezember teilte die Zentrumspresse mit, daß mehr als 35 000 Saarbergleute sich durch Unterschrift mit dem Vorgehen des Gewervereins einverstanden erklärt hätten und daß sich jeden Tag Hunderte, ja Tausende zur Neuaufnahme meldeten, sodas die Zentrumspresse die Wahrheit geschrieben hätte, am Monatschluß mindestens 49 000 Mann hinter dem Gewerverein stehen müßten. Was ist nun die Wahrheit bei diesen unterschiedlichen Angaben?

Unpolitische Kriegervereine?

Der Militärverein in L. h. e. m. a. r. (Sachsen-Meiningen) sandte an einen ihm als Mitglied angehörenden Arbeiter, der es wagte, sich gewerkschaftlich zu organisieren, folgendes Schreiben:

„Ihnen zur Mitteilung, daß Sie laut Versammlungsbeschlus vom 6. Januar 1913 wegen „sozialdemokratischer Umtriebe“ (i) aus dem Militärverein L. h. e. m. a. r. ausgeschlossen worden sind.“

Wer also einem Kriegerverein angehört, hat nicht nur „patriotische Gesinnung“ zu zeigen, sondern man verneht es ihm auch, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, die für eine materielle Verbesserung seiner Lebenslage eintritt.

Es gibt für einen Klassenbewußten Arbeiter nur eine Parole: „Her aus dem Kriegerverein!“

Soldatenmißhandlung im Interesse der Wissenschaft.

Vor dem Oberkriegsgericht in Kiel kam dieser Tage ein Prozeß zum Abschluß, der eines gewissen öffentlichen Interesses nicht entbehrt. Auf dem Keinen Kreuzer „Dresden“ war am Vormittag des 31. August Schwimmuterricht. Ein Minenbeizer war wasserscheu und wollte nicht ins Wasser gehen. Der Marinearzt Dr. Bengsch hatte den Wasserscheuen für schwimmtauglich erklärt und wohnte nun der Schwimmutübung bei. Als der Heizer ins Wasser sollte, klammerte er sich an allen möglichen Gegenständen fest und war nicht ins Wasser hineinzubekommen. Der Stabsarzt hat dann den Heizer mit den Füßen auf die Finger getreten, ihn den Kopf nach hinten gebogen und ihn auch mit einer Bombenhänge auf die Finger geschlagen, damit er die Hände loslassen und ins Wasser kommen sollte. Der Arzt hat dann weiter Mannschaften der Besatzung veranlaßt, dem Heizer eine Wütte Wasser über den Kopf zu gießen, schließlich auch noch dazu, ihn aus einem Feuerlöschschlauch mit Wasser zu besprühen. Als auch das nichts nützte, befahl der Arzt den Mannschaften, das Fallreep, an dem der Heizer sich hielt, loszubinden, damit er ins Wasser falle. Das Fallreep wurde auch losgebunden, der Heizer aber hielt sich krampfhaft an einem Steigseil fest. In dieser Lage ließ man ihn so lange hängen, bis er schlapp war, dann holte man ihn wieder heraus. Gegen den Marinearzt Dr. Bengsch wurde Anklage erhoben. Vor dem Kriegsgericht trat Dr. Bengsch in Erscheinung und erklärte darauf, daß er im Interesse des Dienstes gehandelt habe, er habe dem Angeklagten die Wasserscheu antreiben wollen. Das Kriegsgericht sprach den Angeklagten frei. Er sei in seinen Handlungen gegen den Heizer nicht zu weit gegangen und habe im Interesse des Dienstes und der Wissenschaft gehandelt. Das Oberkriegsgericht hob jedoch das erstinstanzliche Urteil auf. Es verurteilte den Stabsarzt zu einem Tage Kamerarrest, und zwar deshalb, weil er gar nicht zu seinem Vorgehen berechtigt gewesen sei. Es sei Sache der militärischen Vorgesetzten gewesen, den Heizer eventuell ins Wasser zu bringen. Rilder und müsse jedoch berücksichtigt werden, daß er ihn von seiner Wasserscheu heilen wollte. — Welcher Fortschritt für die Wissenschaft, daß in ihrem Interesse Soldaten gemißhandelt werden dürfen!

Heilig ist die Disziplin!

In einem Jahre und einem Tag Gefängnis wegen tatsächlichen Angriffs und Ungehorsam hatte vor einiger Zeit das Kriegsgericht in Breslau den Grenadier Valentin Dabel vom Regiment 11 verurteilt. Grenadier Landmann als Stubenältester befahl dem Dabel, einen Sämel zu scheuern. Dabel erwiderte: „Das mach ich nicht, das muß ein anderer sagen.“ Auf Befehl des Unteroffiziers tat er die Arbeit. Die Befehle des Stubenältesten, die Walschläffel zu reinigen und sich die Hände zu waschen, führte D. aus. Der Stubenälteste befahl dann dem D. darauf, Kehrwendungen zu machen. Weil er sie nicht machte, ließ L. ihn aus der Stube marschieren und rief ihn dann zurück. Beim nächsten Befehl wurde D. wütend, stürzte auf L., packte L. an der Gurgel, gab ihm eine Ohrfeige. D. war bisher ein williger Soldat gewesen.

Vor dem Kriegsgericht meinte Kriegesgerichtsrat Schaubert, der Fall sei milde aufzufassen; der Stubenälteste habe unbedingt ver-sagt. Er durfte den Mann nicht marschieren lassen, habe ihn dadurch vorchriftswidrig behandelt. Dabel hatte sich mit Recht schikaniert und drang auf Gefängnis. Er beantragte sechs Monate und einen Tag Gefängnis. Das Gericht nahm einen minderschweren Fall an, da Dabel gereizt worden sei. Es erkannte, wie oben angegeben.

Der Gerichtsherr legte Verurteilung ein zugunsten des Angeklagten, da die Strafe zu hoch sei. Geheimrat Laub stellte anheim, falls das Oberkriegsgericht in L. einen Vorgelegten erblide, es beim Urteil erster Instanz zu belassen, wenn nicht, die Freisprechung vom tatsächlichen Angriff auszusprechen. Nachdem der Verteidiger für tatsächliche Verleumdung resp. Körperverletzung eines Kameraden plädiert hatte, erkannte das Oberkriegsgericht auf

zehn Monate einen Tag Gefängnis

unter Anrechnung von 21 Tagen Untersuchungshaft. Eine geradezu barbarische Strafe!

Und was geschieht mit dem ehrenwerten Stubenältesten, der in komischer Aufgeblasenheit den Rekruten schikaniert und zu dem Angriff getrieben hat?

Berichtigung. Das am Dienstag unter „Fleischer-Frechheit“ glosierte Zitat stammt nicht aus der „Allgemeinen Fleischerzeitung“, sondern aus Nr. 6 der „Deutschen Fleischerzeitung“ vom 8. d. Mts.

Oesterreich-Ungarn.

Zu den Wahlrechtskämpfen in Ungarn.

Budapest, 15. Januar. (Privattelegraph des „Vorwärts“). Am nächsten Sonntag werden wieder ungefähr 40 Volksversammlungen für die Agitation des allgemeinen Streiks im Lande stattfinden. Der Parteisekretär Stephan Forosz, der heute vor den Budapester Geschworenen stand, um sich wegen 12 angeblicher Aufreizungsdelikte, veröffentlicht in der „Nepszava“ im Monat Mai 1912, zu verantworten, wurde freigesprochen, obwohl der Staatsanwalt die blutigen Ereignisse am 23. Mai 1912 als durch die Artikel verursacht hinstellte.

Frankreich.

Ein vernünftiger Erlass Briands.

Paris, 11. Januar. (Sig. Ver.) Der Justizminister hat einen Erlass an die Staatsanwälte über die Anwendung der Begünstigungen für politische Häftlinge herausgegeben. Er erklärt darin, ohne eine genaue Aufzählung aller Delikte, bei denen sie in Anwendung kommen sollen, zu versuchen, jedenfalls die sogenannten Preßdelikte, seien sie durch Wort oder Schrift begangen worden (das heißt alle Aufreizungen und dergleichen) und die Delikte, die den Charakter von Streifhandlungen haben, als solche, die den Inhaftierten — Untersuchungsgefangenen und Verurteilten — das Anrecht auf die Behandlung als politische Gefangene geben. In zweifelhaften Fällen sollen diese Instruktionen im liberalsten Sinne gehandhabt werden.

Die französische Arbeiterpartei hat sicher keinen Anlaß, Kristide Briands mit Liebe zu gedenken. Aber welcher Unterschied immerhin zwischen Preußen-Deutschland, wo sozialdemokratische Redakteure wie gemeine Verbrecher behandelt werden und die Industriellen nach Justizhausstrafen für Streikdemonstranten brüllen und der französischen Bourgeoisdemokratie, die wenigstens die Einsicht hat, im Streikenden, der bei einer Kundgebung der Solidarität gegen die Gesetze des bürgerlichen Staats verstoßt, einen politischen Desinquenten zu sehen!

Spanien.

Eine „liberale Aera“?

Madrid, 15. Januar. Im Verlaufe der Unterredung mit dem republikanischen Führer Azarate, sprach sich der König lebhaft für die Altersversicherung aus und dafür, daß bei den Wahlen unbedingt Ehrlichkeit beobachtet werde. Ferner bekannte sich der König zu weitgehender religiöser Toleranz und zu einer Entwidlung des Unterrichts im liberalen Sinne. Auf eine Frage des Königs riet Azarate, die Führer der antidyonastischen Parteien zu befragen. Azarate ist überzeugt, daß es den Liberalen jetzt möglich sein werde, ihr Programm in weitgehendem Sinne zu verwirklichen.

Madrid, 15. Januar. Die liberalen Blätter glauben, daß Spanien einer Restauration entgegenstehe; sie raten den Liberalen, dem Beispiele des Königs zu folgen. Die republikanischen Rettungen sehen die Politik Mauras für ewig abgetan an. Die rechtsstehenden Blätter fordern die Katholiken auf, sich auf einen demnächstigen Krieg gegen die äußerste Linke vorzubereiten.

China.

Beforgnis vor einer Okkupation Tibets durch England.

Peking, 14. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Das auswärtige Amt hat am 10. Januar dem britischen Gesandten Jordan ein Schreiben übermittelt, in dem erklärt wird: Am 23. Dezember sandte das Amt Ew. Erzelenz als Antwort auf die Frage wegen Tibets eine Denkschrift zur Uebermittlung an die britische Regierung. Die chinesische Regierung wünscht ausdrücklich, daß die britische und chinesische Regierung in der tibetischen Frage ein befriedigendes Abkommen schließen und daß alle Mißverständnisse vermieden werden. Das Schreiben schließt, der Gesandte werde hoffentlich der chinesischen Regierung so bald wie möglich mitteilen, was Großbritannien zu dieser Antwort Chinas zu sagen habe, damit China die Frage prüfe und eine befriedigende Lösung gefunden werden könne.

Aus der Partei.

Das Kölner Volkshaus

stand dieser Tage zur Zwangsversteigerung an. Es ist früher bereits dargelegt worden, daß es den Kölner Genossen unmöglich war, die für das Unternehmen erforderlichen regelmäßigen hohen Zuschüsse weiter zu leisten, weil darunter die gesamte örtliche Gewerkschaftsbewegung (Arbeitersekretariat, Zentralbibliothek usw.) aufs härteste leiden mußten. Das Volkshaus war infolge der hohen Grundstückskosten, des teuren Baues und der ungewöhnlichen Anlage dauernd unrentabel. Die hohen Zuschüsse der Organisationen verschwanden sozusagen in ein Danaidschiff. Im übrigen haben selbst die rabiatesten gegnerischen Blätter es nicht gewagt, den Kölner Genossen wegen des Fiascos ihres Volkshauses einen Vorwurf zu machen; die Kölner Organisationen haben in jeder Weise getan, was sie konnten, um das Haus, das etwa 1 Million Mark gekostet hat, zu halten.

Die beiden ersten Hypotheken, die sich zusammen auf 475 000 M. belaufen, waren von den Homburger Hilfskassen hergegeben worden. In dem Versteigerungstermin erkannte der Richter nun die Legitimation des beauftragten Kölner Rechtsanwalts nicht an. Darauf forderten die nächstbestimmten Hypothekengläubiger, die Erben Streifler (Streifler war der Vornamensname), daß ihnen das Einmilionenangebot für sage und schreibe 50 000 Mark (!) zugeschlagen werde. Die Vertreter der Kölner freien Gewerkschaften vermachten aber innerhalb einer Stunde 100 000 Mark bares Geld herbeizuschaffen, so daß es ihnen möglich war, mitzubieten und so das Gebot auf 498 000 M. hinauszutreiben, wodurch die Kassenklassen mit ihrem Kapital, Zinsen, Kosten usw. gedeckt waren. Als die Erben dann 499 000 M. boten, unterließen die Gewerkschaftsvertreter ein Weiterbieten. Der Zuschlag wurde auf Antrag der Erben bis 30. Januar vertagt.

Die Kündigungsschrift der Restaurations-, Herbergs- und Büroräume im Volkshause läuft bis 31. März 1913. Was die neuen Erwerber, die eine Gesellschaft m. b. H. zur Verwertung des Volkshauses gegründet haben, mit dem Anweilen beginnen, ob sie es den Gewerkschaften vermieten oder es zu geschäftlichen Zwecken benutzen wollen, steht noch dahin. Die aus dem jetzigen Zustand erwachsenen Schwierigkeiten werden für die Kölner Partei und Arbeiterbewegung nicht allzu empfindlich sein.

Die Organisation der englischen Arbeiterpartei.

London, 11. Januar. (Sig. Ver.) Einen guten Einblick in das politische Leben der englischen Arbeiterbewegung gewährt das Resultat der Abstimmung, die die große Gewerkschaft der Nesseltschmiede vorgenommen hat, um zu erfahren, ob ihre Mitglieder den Anschluß an die Arbeiterpartei ansrecht erhalten wollen. Mit 2500 gegen 2152 Stimmen haben sich die Nesseltschmiede gegen die Zugehörigkeit zur Arbeiterpartei erklärt, nachdem das Thema vorher längere Zeit diskutiert worden war. Die Nesseltschmiede haben 60 000 Mitglieder, so daß nicht einmal 8 Proz. genügend politisches Interesse zeigten, um an der Abstimmung teilzunehmen. Dabei ist zu bedenken, daß die Nesseltschmiede seit ihrer großen Niederlage zu den regimenteren Elementen der Arbeiterbewegung gehören und auf Arbeiterkongressen große Plätze zur Veranschaulichung der Arbeiterpartei, der Gewerkschaftszentrale und des parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftskongresses vorgebracht haben. Daß die Abstimmung wirklich die politische Interesslosigkeit der Mitglieder dieser Gewerkschaft widerspiegelt, geht auch daraus hervor, daß ein

Beisuch, einen freiwilligen politischen Fonds zu sammeln, nachdem die Gewerkschaft auf Grund des Osborneurteils mit einem Einhaltsbefehl bedacht worden war, gänzlich mißglückte. Die Mehrheit der obigen Abstimmung soll sich aus liberalen, konservativen und den sozialistischen Gewerkschaften zusammensetzen, die mit der Politik der Arbeiterpartei unzufrieden sind. Es verlaute, daß eine weitere Abstimmung stattfinden soll, sobald die Osbornevorlage angenommen ist. Möglicherweise wird sich dann wieder eine Mehrheit für den Anschluß an die Arbeiterpartei finden. Es scheint aber doch, daß die gewerkschaftliche Organisation auch in England auf die Dauer keinen sicheren Boden für die politische Arbeiterbewegung abgeben kann.

Aus der amerikanischen Parteibewegung.

Dem Vorgange anderer Nationalitäten folgend, haben sich nun auch die Genossen deutscher Junge im Rahmen der Gesamtpartei der Vereinigten Staaten als eigene Sprachgruppe konstituiert. In New Castle, Pennsylvania, begrüßt von dem sozialistischen Bürgermeister, tagten am 27. und 28. Dezember 41 Delegierte aus allen Teilen der Union. Einstimmig wurde die Gründung beschlossen. Vortrat wurde Jersey City bei New York. Das Nationalkomitee besteht aus 7 Mitgliedern und wird von 7 Bezirken von Groß-New York und Staat New Jersey gewählt. Als offizieller Sekretär wurde Genosse Drehfus, Redakteur der „Chilager Arbeiterzeitung“, gewählt. — Weiter wurden Resolvente über die Einwanderungsfrage (Referent Driand), die Frauenbewegung (Martha Driland) und die Jugendbewegung (Konneburg) erörtert und entsprechende Resolutionen einstimmig angenommen. Zur Information der europäischen Presse sollen vom Nationalkomitee regelmäßige Berichte über die wirtschaftlichen Verhältnisse herausgegeben werden, um die europäischen Arbeiter vor schwindelhaften Auswanderungsverlockungen zu schützen. Als Beschwerdestanz für die Parteipresse wurde das Nationalkomitee bestimmt. Mit einer zündenden Ansprache des Vorsitzenden Genossen Bahleisch schloß die wohlgelungene Konferenz.

Wir wünschen der Tätigkeit unserer deutschen Genossen, die lange die alleinigen Vertreter des Sozialismus innerhalb der amerikanischen Arbeiterpartei gewesen sind, nun aber im Rahmen einer mächtigen, in der einheimischen Bevölkerung immer rascher Boden fassenden Bewegung wirken können, besten Erfolg. — Die Verhandlung über die Abberufung Haywoods aus der Parteileitung ist eingeleitet worden, nachdem die Staatskomitees von New York, New Jersey und des Distrikts Kolumbia den Antrag gestellt hatten.

Sozialdemokratische Stadtverordnetenwahlen. In Riebnurg (Anhalt), wo unsere Genossen im Gemeinderat in der Mehrheit sind, wurden die Genossen Schke zum Stadtverordnetenwahlen und Knoll zu seinem Stellvertreter gewählt. In Bernburg (Anhalt) wurde Genosse M. Günther zum stellvertretenden Stadtverordnetenwahlen gewählt.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Landrat im Kampfe gegen das Vereinsgesetz.

Der Landrat von Weiburg an der Saale fährt dauernd einen Kleinkrieg gegen unsere Genossen. Am Sonntag hat er sogar einen Lichtbildervortrag über den Nordpol unterlag, der im Dorfe Wolfenhausen von einem Redner des Franzfurter Bildungsausschusses gehalten werden sollte. Begründung: „Es bestünde die Befürchtung, daß unästhetische Bilder vorgeführt werden.“ Jedermann wird fragen, wo denn die Unästhetik bei diesem Vortrag über den Nordpol steckt?! Zum Ueberflus überzeugten sich Bürgermeister und Gewandarm, daß die Bilder wirklich nichts enthielten, was nicht auch Kinder sehen dürften. Aber was tut das? — Das angerufene Gericht muß den Landrat lehren, daß solche Bildungspflege nicht genehmigungspflichtig ist.

Zu einer Geldstrafe von 700 Mark

wurde am Montag vom Schöffengericht in Bochum der verantwortliche Redakteur des „Bochumer Volksblatt“, Genosse Piere-Lämpel, wegen Verleumdung eines Polizeikommissars verurteilt. In einem Bericht über den rätselhaften Tod eines Bergarbeiters, der unter merkwürdigen Umständen in einem Wassertümpel aufgefunden war, war der Ansicht Ausdruck gegeben worden, daß die Polizei nicht alles getan habe, was zur Aufklärung des Falles nötig gewesen wäre. Dabei war erwähnt worden, daß der Kommissar, als er Einsicht in das bei dem Toten gefundene Mitgliedsbuch des Bergarbeiterverbandes genommen, eine Bemerkung habe fallen lassen, aus der geschlossen werden konnte, daß ihm die Sache nunmehr nicht mehr so wichtig erscheine. (Der Kommissar gilt als ein ganz besonders eifriger Bekämpfer der Sozialdemokratie.) Der Beweis, daß die Aufklärung, so wie behauptet, gefallen war, konnte nicht erbracht werden.

Soziales.

15 239 790 000 Mark steuerpflichtiges Einkommen!

Nach den dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Uebersichten betrug das steuerpflichtige Einkommen in Preußen im verflossenen Jahre 15 239 790 000 M. gegen 14 487 280 000 M. im Jahre 1910 und 5 704 330 000 M. im Jahre 1892. Trotz der gewaltigen Zunahme der von der Einkommensteuer erfaßten Einkommen ist die auf den einzelnen Jeniten entfallende Summe gesunken. Diese Erscheinung erklärt sich aus dem über das Anwachsen der Einkommenssumme hinausgehenden Ansteigen der Jeniten in den untersten Einkommensstufen. Die bekannte Denunziationspflicht der Unternehmer und Hauswirte, die jeden Pfennig Einkommen der Arbeiter zur Kenntnis der Behörden bringt, hat die Zahl der Steuerpflichtigen der Einkommensstufen von 600 bis 1200 M. stark vermehrt. Für die Arbeiter kommt demnach in der Statistik eine erhöhte Steuerpflicht zum Ausdruck. Die Entwidlung der Einkommensteuer veranschaulicht folgende Uebersicht:

Table with 4 columns: Year, Physical Jeniten in Millions, Income in Millions, Income per Jeniten. Data for 1892, 1900, 1910, 1911, 1912.

Für die nichtphysischen Jeniten ergeben sich seit 1892 folgende Veränderungen: Ihre Zahl stieg von 2028 auf 9387 im Jahre 1910 und 10 398 im letzten Jahre; das ermittelte Einkommen betrug 257 Millionen Mark, 829 Millionen Mark und 892 Millionen Mark. Obwohl die Zahl der Millionäre beträchtlich gewachsen ist, die Rieseneinkommen gewaltig zugenommen haben, ermäßigte sich das Durchschnittseinkommen in den 20 Jahren um 135 M. Und obwohl die Einkommen der Arbeiter relativ erhöht wurden, leben rund 80 Proz. der Bevölkerung immer noch in Familien mit einem Einkommen von unter 900 M. Von einem solchen Einkommen sollen oft 3, 4, 6, ja oft noch mehr Personen existieren, und das bei den jetzigen Lebensmittelpreisen. Scheidet man die nach den gesetzlichen Bestimmungen von der Steuerpflicht Befreiten aus, dann ergibt sich sogar, daß noch 48,6 Proz. der Bevölkerung in Familien leben, die nicht einmal über ein steuerpflichtiges Einkommen verfügen. Ob es da wohl gefüllte Kompostschüsseln gibt? Von dem schärferen Heranziehen zur Steuerpflicht wird ausschließlich das rabtische Proletariat betroffen. Das Durchschnittseinkommen der Jeniten auf dem Lande ist nämlich, besonders in den letzten Jahren, gestiegen. Es betrug das durchschnittliche Einkommen: Mark

Table with 5 columns: Location, 1893, 1900, 1910, 1911, 1912. Data for in der Stadt and auf dem Lande.

In dem Maße der Durchschnittseinkommen auf dem Lande dürfte wenigstens zum Teil die Steigerung der Grundrente, als Folge der erhöhten Bölle, in die Erscheinung treten. Die Zahl der physischen und nichtphysischen Jeniten zusammen ist von 2 437 886 im Jahre 1902 auf 6 016 895 im letzten Jahre gestiegen. Die veranlagte Einkommensteuer ist von 124,84 Millionen Mark im ersten Veranlagungsjahr auf 308,74 Millionen Mark im Jahre 1911 und 329,53 Millionen Mark im Berichtsjahre angewachsen.

552 556 Verurteilte.

Im Jahre 1911 sind im ganzen 552 556 Personen (darunter 50 838 Jugendliche) wegen Verbrechen oder Vergehen gegen die Reichsgesetze bestraft worden. Im Jahre vorher ergab das Balken der Gerechtigkeit 546 418 Verurteilte. Im Vergleich mit 1907 hat das letzte Jahr eine Zunahme der Verurteilungen in Höhe von 31 833 erbracht. Am bedeutendsten war die Zunahme im letzten Jahre bei den Vergehen gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion und zwar von 95 407 auf 98 567. Auffällig groß ist die Zahl der Jugendlichen, die wegen Eigentumsvergehen bestraft worden sind, nämlich 87 749 unter 240 987 Verurteilungen überhaupt, deren Zahl im Vergleich mit dem Vorjahre um 2598 gewachsen ist. Wegen Vergehen oder Verbrechen gegen die Person wurden im letzten Jahre 212 087 Personen verurteilt (11 043 Jugendliche) gegen 211 589 im Jahre vorher. In den Vorjahren war die Zahl der Verurteilungen in dieser Gruppe aber noch viel größer. Beispielsweise wurden im Jahre 1906 noch 222 822 Personen wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Person bestraft. Seitdem zeigt sich eine fast stetige Abnahme. Um so bemerkenswerter ist die Zunahme der Verurteilungen wegen Eigentumsvergehen. Im Jahre 1906 wurden wegen solcher Vergehen rund 27 000 Personen weniger bestraft, als im letzten Jahre. Unter den wegen Eigentumsvergehen verurteilten 240 987 Personen waren 87 749 Jugendliche. Eine starke Zunahme weisen die Betrugsfälle auf: von 29 742 im Jahre 1910 auf 30 117 im Jahre 1911; gleichzeitig stieg die Zahl der wegen Unterschlagung Verurteilten von 28 454 auf 28 898. Eine Zunahme zeigt sich auch bei den Sittlichkeitsdelikten. Wegen solcher wurden im Berichtsjahre 14 872 Personen verurteilt gegen 13 835 im Jahre vorher. Die erhebliche Zunahme ist bei den Vergehen gegen das Viehstehengehög zu konstatieren. Diefershalb erfolgten im vorletzten Jahre 777 Verurteilungen, im Jahre 1911 dagegen 858 1.

Eine Zusammenstellung der Verurteilungen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze nach folgenden Gruppen: I. gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion, II. gegen die Person, III. gegen das Vermögen, IV. im Amte, gibt folgende Uebersicht:

Table with 5 columns: Group, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911. Data for groups I, II, III, IV and total.

Die Zusammenstellung läßt die Zunahme der Verurteilungen wegen Vergehen gegen das Vermögen scharf heraustreten. Die Diebstahlsdelikte weisen eine beträchtliche Abnahme auf. Wegen Diebstahls erfolgten im Jahre 1910 114 207 Verurteilungen, im Jahre 1911 nur noch 110 745; die Fälle von einfachem Diebstahl ohne Mißbrauch verminderten sich gar von 80 049 auf 78 019. Gleichzeitg ist die Zahl der wegen Hehlerei Verurteilten von 8810 auf 8675 zurückgegangen. Hervorgehoben sei noch, daß die Verurteilungen wegen Vergehen im Amte ebenfalls zurückgegangen sind.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Aus Industrie und Handel.

Konzentration in der englischen Schifffahrt.

Noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit war das englische Schifffahrtsgewerbe recht zerplittert. Seit einigen Jahren jedoch hat eine Zusammenfassungsbewegung eingesetzt, durch die größere Konzerne entstanden sind. Einer der wichtigsten dieser Konzerne ist der Royal Mail Steam Packet Co. Wie verlaute, soll neuerdings ein Gemeinschaftsvertrag zwischen dieser Gesellschaft und der Peninsular u. Oriental Steam Navigation Co. abgeschlossen worden sein. Das letztere Unternehmen hat seinerseits schon vor einiger Zeit eine Verstärkung durch die Angliederung der Blue Anchor Linie erfahren. Die Gesellschaft vermittelt den Verkehr mit dem fernen Osten. Sie ist eine der bekanntesten englischen Schifffahrtsgesellschaften. Die letzte große Ausdehnung hatte die Royal Mail Linie durch die Uebernahme der Union Castle Linie erfahren, die sie gemeinsam mit der Elder, Dempster and Co. Gesellschaft, ihrer intimsten Konzerngenossin, erwarb. Die Elder, Dempster u. Co. Ltd. ist sozusagen die Trustgesellschaft des Konzerns und die Royal Mail Linie hat in ihr die Oberhand. Nach Aufnahme der Union Castle hatte der Konzern eine Gesamttonnage von ungefähr 1,3 Millionen Tonnen, die sich durch die Angliederung der Peninsular u. Oriental Steam Navigation noch erheblich erhöht. Das ist ein hoher Prozentsatz der gesamten Handelsflotte Großbritanniens und Irlands. Wenn man die Zunahme der englischen Handelsflotte jährlich auf rund 200 000 To. schätzt, so ist für 1912 die Gesamttonnage der englischen Handelsflotte, die im Jahre 1910 18,4 Millionen Tonnen war, auf 18,8 Millionen Tonnen anzunehmen. Wie es heißt, soll das Kapital der neuen Interessengemeinschaft insgesamt 30 Millionen Pfund Sterling betragen.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Aus der Frauenbewegung.

Zur Bekämpfung des Geburtenrückganges, den auch die Regierung aufnehmen will, ist eine umfassende Mutterchaftsversicherung die geeignetste Maßnahme. Der Deutsche Bund für Mutterschutz hat daher an Bundesrat und Reichstag eine Petition abgefaßt, die dahin zielende Abänderungen der Reichsversicherungsordnung fordert. Die Petition tritt insbesondere ein für: 1. Erhöhung des Wochengeldes auf den Betrag des vollen Lohnes; 2. freie Hebammendienste, freie ärztliche Behandlung bei der Geburt und bei Schwangerschaftsbeschwerden, Stillgelber in Höhe des halben Wochengeldes und Schwangerengelder als Regelurlaubsgeld der Frauen; 3. Gewährung der vollen Wochenhilfe an die weiblichen Mitglieder aller Kasernen; 4. Gewährung freier Hebammendienste, freier ärztlicher Behandlung bei der Geburt und bei Schwangerschaftsbeschwerden, sowie Stillgelber in Höhe des halben ortsüblichen Tagelohnes für weibliche Personen an die versicherungsfreien Ehefrauen der männlichen Kasernenmitglieder. Ähnliche Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind bekanntlich bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung von der blauschwarzen Mehrheit rundweg abgelehnt worden.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 20. Januar, 8 1/2 Uhr. Vortrag des Reichstagsabg. Otto Nühse. Inhalt: Erziehungsfragen. 1. Vortrag: „Kind und Umwelt“. Gäste willkommen.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaften als politische Vereine.

Durch Verfügung des Polizeipräsidenten zu Magdeburg war der erste Bevollmächtigte der dortigen Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes aufgefordert worden, die Satzungen und ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder der Behörde einzureichen, da die Verwaltungsstelle ein selbständiger Verein sei, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecke. Diese Annahme des Polizeipräsidenten steht der Bevollmächtigte Brandes durch Beschwerde an den Regierungspräsidenten an. Die Beschwerde wurde vom Regierungspräsidenten unter folgender Begründung abgelehnt:

Die Beschwerde vom 8. Oktober dieses Jahres gegen die Verfügung des Polizeipräsidenten vom 19. September 1912 IIIA 118 wird als unbegründet zurückgewiesen. Die in der Verfügung angegebenen Gründe, nach denen die Verwaltungsstelle Magdeburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als politischer Verein anzusehen, sind zutreffend.

Die hiesige Verwaltungsstelle mit ihren Mitgliedern ist als selbständiger Verein anzusehen, da sie nach dem Statut neben der Verwaltung der Angelegenheiten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur selbständigen Vereinsstätigkeit vermittelt durch ihren Vorstand berufen ist.

Dass die Vereinsleitung eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, kann nach den in den Verhandlungen und Veröffentlichungen erwähnten Gegenständen nicht zweifelhaft sein; Aufforderungen zur Agitation für eine politische Partei, zum Galten eines Parteiblattes, zur Wahl von Abgeordneten einer politischen Partei, zur Gewinnung der Jugend für eine bestimmte politische Partei, wie sie in den Verhandlungen und Veröffentlichungen des Vereins zutage getreten sind, sind unzulässige Beeinträchtigungen auf politischem Gebiete, die den Verein zu einem politischen machen. Infolgedessen ist das Verlangen der hiesigen königlichen Polizeiverwaltung gerechtfertigt.

Brandes hat jetzt die Entscheidung des Oberpräsidenten angefordert.

Im Oktober 1912 wurde von der Verwaltungsstelle Erfurt des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einberufen, in der Reichstagsabgeordneter Brandes-Magdeburg einen Vortrag über das Thema: „Terrorismuslegenden der Unternehmer“ hielt. Obgleich die Versammlung einen rein gewerkschaftlichen Charakter trug, erschien doch ein Polizeiwachmeister in Zivil, um sich zu überzeugen, ob nichts „Politisches“ vorliege. Nach einigen Tagen erhielt der Bevollmächtigte Wilhelm Verling eine polizeiliche Vorladung. Im Verlaufe eines Verhörs, das Verling über sich ergehen lassen mußte, wurde ihm mitgeteilt, daß ein Verfahren wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes gegen ihn eingeleitet werden solle, weil er als Veranstalter der Versammlung zugelassen habe, daß politische Angelegenheiten erörtert worden seien, ohne daß die öffentliche Bekanntmachung mit der Ueberschrift: „Öffentliche politische Versammlung, sowie mit Namen und Adresse des Veranstalters versehen gewesen sei. Nach der Meinung des überwachenden Polizeiwachmeisters sei die Versammlung dem Inhalt des Vortrages nach als politisch anzusehen. Verling wies darauf hin, daß wohl kein Versammlungsteilnehmer die Auffassung des Polizeiwachmeisters teilen werde, denn der Redner habe nur gewerkschaftliche Fragen erörtert.

Doch damit war die Sorge der Erfurter Polizei, es könne vielleicht dieser oder jener Metallarbeiter in der Versammlung mit der bösen Politik in Verbindung gekommen sein, bei weitem nicht beschwichtigt, denn sie überwiegt die Sache der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung. Nach Verlauf von etwa zwei Monaten erhielt Verling einen amtlichen Strafbescheid von 5 M. wegen Uebertretung der Paragraphen 5 und 8 des Vereinsgesetzes. Verling wird dagegen selbstverständlich Einspruch erheben.

So wird von den Behörden das bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes im Reichstage gegebene Versprechen der Regierung beachtet, daß das Gesetz frei von Schikanen gehandhabt werden soll!

Berlin und Umgegend.

Die Auergefellschaft als moderne Sklavenhalterei

War das Thema einer vom Zentralverband der Handlungsgehilfen nach der Neuen Willharmie einberufenen öffentlichen Versammlung, die von ca. 2000 Personen besucht war, Veranlassung zu dieser Versammlung hatte die Auergefellschaft gegeben durch die Mahregelung des Vertrauensmannes der Organisation der Handlungsgehilfen. Der gemahregelte Vertrauensmann hatte die Interessen seiner Kollegen besonders wahrgenommen, indem er gegen eine Reihe von Mißständen im Betriebe den Kampf aufnahm. Die Direktion der Auergefellschaft rächte sich an ihm in rücksichtsloser Weise. Der Betroffene hatte 4 1/2 Jahre zur völligen Zufriedenheit der Firma gearbeitet. Anfang Dezember gab er der Firma die Absicht kund, sich zu verheiraten, man möchte ihn zu diesem Zweck beurlauben. Die Firma erklärte sich mit dieser Absicht sehr unzufrieden. Mit 175 M. könne doch gerade ein junger Mann auskommen. Mit einem solchen Gehalt könne man nicht heiraten. Statt dem thätigen Mitarbeiter eine Zulage zu geben, überreichte man ihm die Kündigung und stellte ihn zur Disposition und man hatte er sofort Urlaub. Eine größere Rücksichtlosigkeit kann man sich nicht ausdenken. In der Registratur beschlief man die Angelegenheit im achtstündigen Lurus 14-16 Stunden täglich und zahlte dafür Löhne von 80 bis 90 Mark. Ein Kontorist der schon 2 Jahre im Wochenlohn tätig ist, erhält seine „Anstellung“ mit 85 M. Monatsgehalt. Die Auffassung, daß man mit 175 M. nicht heiraten solle, ist ja das Eingeständnis, daß auch dieser Lohn nicht einmal ausreicht, eine Familie zu ernähren. Den Angestellten wird verboten, eine Nebenbeschäftigung auszuüben. Sie sollen der Firma für diese unzureichenden Löhne ihre ganze Arbeitskraft verkaufen. Von einem Abteilungsleiter steht dagegen fest, daß er des Sonntags als Ausschüßkammer bei der Straßenbahn dient und einmal sogar von einem Angestellten ein Trinkgeld nahm. Ein Diskussionsredner teilte mit, daß die Firma in diesem Jahre bei einem Aktienkapital von 6,6 Millionen 3,8 Millionen Mark Gratiskonten und außerdem 25 Proz. Dividende verteilt. Ein Teil dieser Gewinne würde ausreichen, die Gehälter der Angestellten zu verdoppeln. Er meinte, die Angestellten sollten einmal ihre Interessen so wahrnehmen, wie die Aktionäre ihre Profite und sollten Solidarität üben und der Direktion erklären: entweder es wird anders, oder wir arbeiten morgen nicht mehr weiter. Ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes sprach den Angestellten seine volle Unterstützung aus. Sie könnten auf die Arbeiterkassen in jedem Falle zählen.

Die Versammelten nahmen einstimmig folgende Resolution an: Die Leute in der Neuen Willharmie von mehr als 2000 Personen beschänte Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem brutalen Eingriff der Auergefellschaft in die persönliche Freiheit ihrer Angestellten. Sie brandmarken insbesondere die sofortige Entlassung eines Angestellten, der gerade im Begriff stand, sich zu verheiraten. Die angelegliche Sorge der Auergefellschaft um das Wohl der Angestellten, der nach Ansicht der Gesellschaft mit

dem von ihr bezogenen Gehalt eine Familie nicht ernähren könne, bildete den Vorwand für seine Entlassung, die nach Ueberzeugung der Versammelten in Wahrheit zurückzuführen ist auf seine Tätigkeit für die Gewerkschaft. Die Versammelten verpflichten sich, Lebhast für den Zentralverband der Handlungsgehilfen als ihre Interessenvertretung zu agitieren, um für die Zukunft derartige Anschläge auf das Koalitionsrecht der Angestellten mit Entschiedenheit zurückzuweisen zu können.

Achtung, Freiseurgeschilfen! Aufgehoben ist die Sperre bei Kroll, Veteranenstraße 8. Bewilligt hat ferner: Buns, Türkenstr. 25, Marg, Weddingstr. 8, Badlof, Wangelstr. 80, Uebel, Neues Ufer 3. Für Verbandsmitglieder gespart sind: Bleil, Hübnerstr. 9, Karge, Schreinerstr. 52 und Simon, Weigenstr. 10.

Verband der Freiseurgeschilfen.

Achtung, Tabakarbeiter! Die Tarifdifferenzen in der Zigarettenfabrik von Pflug, N. Reinholdsdorfer Str. 71, sind dadurch erledigt, daß das alte Tarifverhältnis von Herrn Pflug wiederhergestellt worden ist. Die Sperre über den Betrieb von Pflug ist aufgehoben.

Die Differenzen bei dem Zigarettenfabrikanten Bornkessel, NW, Waldstr. 39, sind noch nicht beglichen. Nach wie vor berichtet die Kollerin Stralsowki mit einer Wickelmaschine dort Arbeitswilligendienst. Die Fabrik von Bornkessel gilt auch weiterhin als gesperrt.

Arbeiter, Raucher! Kauft nur dort Euren Zigarettenbedarf ein, wo das grüne Plakat, unterschrieben Alwin Schulze, vorhanden ist. Liebt Solidarität!

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Deutsches Reich.

Arbeitsbedingungen

im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Der große 18wöchige Streik- und Aussperrungskampf im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe vom September 1911 bis Ende Januar 1912, bei dem in 49 Städten Deutschlands 4546 Lithographen und Steindruckergelilfen beteiligt waren, wurde seinerzeit durch lange Verhandlungen zum Abschluß gebracht, über die wir berichtet haben. In diesen Verhandlungen wurden zwischen den kämpfenden Parteien: dem Gehilfensverband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe einerseits und dem Arbeitgeberverband deutscher Steindruckerelilfen, sowie den Leipziger Nichtschuhverbandsfirmen andererseits Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen abgeschlossen. Eine Reihe minder wichtiger Angelegenheiten wurden durch besondere Beschlüsse für spätere Beratungen zurückgestellt. Sie betrafen: 1. den Antrag der Gehilfen, in der Autodrom-, Photodrom- und Lichtdruckfarbenbranche keine Lithographenlehrlinge zuzulassen, weil solche in diesen Branchen nichts lernen; etwaiger Bedarf an Arbeitskräften in diesen Branchen könne genügend aus der fortwährenden großen Zahl der Arbeitslosen gefunden werden. 2. Regelung der Arbeitsmüsterfrage, wogu die Gehilfen beantragten, daß die Gehilfen und Lehrlinge von ihren selbstgefertigten Arbeiten einige gute Abdrücke erhalten sollten. 3. Den Akkordarbeitern sollte auf Antrag der Gehilfen ein fester Wochenlohn entsprechend der Leistung garantiert werden. 4. Gemeinsame Ausarbeitung eines Werkblattes für die Einstellung und Ausbildung von Lehrlingen in lithographischen Anstalten und Steindruckereien. — Zur Erledigung dieser zurückgestellten Punkte fanden dann die notwendigen Erhebungen und sonstigen Vorarbeiten statt und kürzlich konnten nun auch die endgültigen Verhandlungen der Parteien in Berlin stattfinden, an denen Vertreter aus allen Teilen Deutschlands teilnahmen. — Ueber die ersten drei Punkte konnte keine Einigung erzielt werden; das einzige positive Ergebnis dieser Verhandlungen ist die Vereinbarung über das gemeinschaftlich herauszugebende Werkblatt betreffend die Einstellung und Ausbildung von Lehrlingen. Von beiden Parteien waren hierzu für die Verhandlungen Entwürfe ausgearbeitet worden; die Beratungen endeten schließlich mit einem Kompromiß. Der erste Abschnitt dieses Werkblattes, das als kleine achtseitige Broschüre an die Interessenten abgegeben wird und jetzt erschienen ist, behandelt die Technik der Lithographie und des Steindrucks. Im zweiten Abschnitt wird die Entwicklung des Gewerbes von der Zeit, in der Lithograph noch sein eigener Drucker war, bis zur heutigen differenzierten Arbeitsteilung in kurzen Zügen behandelt. Der dritte Abschnitt behandelt die Vorbereitungen für die Erlernung des Berufes und im letzten Abschnitt des Werkblattes werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ausgelernten kurz wiedergegeben, wie sie in den im Januar 1912 abgeschlossenen Vereinbarungen betreffend Lohn- und Arbeitsbedingungen im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe festgelegt sind. — Für die Vorbereitungen zur Erlernung des Lithographie- und Steindruckgewerbes sind jetzt zwischen dem Schuverband Deutscher Steindruckerelilfen, der Kommission der Leipziger Nichtschuhverbandsfirmen und dem Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe folgende Vereinbarungen getroffen worden:

1. Der einzustellende Lehrling soll auf seine geistige und körperliche Befähigung durch den Prinzipal oder seinen Stellvertreter geprüft und von einem Arzt untersucht werden. Die Kosten der ärztlichen Untersuchung trägt der Prinzipal. — Besondere Sorgfalt ist dabei auf die Untersuchung der Augen zu verwenden, wobei sowohl die Sehkraft als auch die Fähigkeit, Farben richtig zu sehen, geprüft werden muß. Bei der Untersuchung ist dem Arzte das Werkblatt vorzulegen, damit er die körperlichen Eigenschaften, welche der Beruf erfordert, daraus entnehmen kann.
2. Für den Maßstab der geistigen Befähigung dienen die Schulzeugnisse der letzten Jahre, wobei auch auf das sittliche Verhalten zu sehen ist. Für Lithographenlehrlinge ist in erster Linie eine besondere zeichnerische Befähigung erforderlich.
3. Als Lehrlinge, welche Steindrucker werden wollen, sind nur solche von normaler Körperbeschaffenheit geeignet.
4. Die Lehrzeit für Lithographen und Steindrucker beträgt in der Regel 4 Jahre. — Bei Lithographenlehrlingen ist eine jährliche Lehrzeit dann zulässig, wenn der Betreffende bei Eintritt in die Lehre älter als 16 Jahre ist und eine höhere zeichnerische Ausbildung genossen hat.

Ueber den drohenden Niesenkampf im Baugewerbe

Sieht es in einem wirtschaftlichen Jahresbericht des Handelsteils der „Königlichen Volkszeitung“: „Viel wird davon abhängen, ob im Frühjahr 1913 der gefährliche Niesenkampf im Baugewerbe ausbrechen wird. Man ist ja eifrig am Werke, diesen Kampf zu vermeiden; vorläufig aber erscheint es zweifelhaft, ob man frühzeitig genug das Friedensziel erreichen wird. Ein neuer Niesenkampf in diesem Zweige würde aber vielleicht noch mehr Menschen mittelbar und unmittelbar treffen, als der Baukampf im Jahre 1910. Wenn auch diesmal der Streit vermieden werden sollte, so muß man doch damit rechnen, daß der alte Horn der Bauunternehmer gegen die Bauarbeiter in absehbarer Zeit wieder aufflammt; denn hier handelt es sich um grundsätzliche Fragen, welche die Unternehmer nur durch eine Nachprobe lösen wollen. Von verschiedenen Seiten ist deshalb ein Reichs-Einigungsamt verlangt worden, und es wäre auch rätlich, daß dieses Amt in irgendeiner Form eingerichtet wird. Denn man darf dem freien Ermessen einer Gewerbegruppe nicht die dauernde Möglichkeit, die Volkswirtschaft schwer zu erschüttern, anheimgeben.“

Was das führende literale Blatt hier gegen die Unternehmer im Baugewerbe sagt, ist ganz richtig. Aber was nützt diese Denunziierung im Handelsteil? Ist der Kampf da, dann wird man auf den vorderen Blättern die Verluste der Arbeiter, ihrer wirtschaftliche Lage zu verbessern, wieder mit den unglücklichsten Mitteln verunglimpfen. Hat doch die Zentrumspreffe, als kürzlich

in Menden lauter „Christlich“ organisierte und fromme Katholische Arbeiter von katholischen Arbeitgebern auf Straßensplätzen geworfen wurden, kein Wörtchen des Protestes gefunden. Aber interessant ist das Geständnis über den „alten Horn der Bauunternehmer“, die „grundsätzliche Fragen durch eine Nachprobe lösen“ wollen, doch!

Die Schneider in Delmenhorst (Oldenburg), die zu dem am 1. April ablaufenden Tarifvertrag neue Forderungen stellten, sind am Sonnabend, den 11. Januar, ausgeperrt worden. Das Vorgehen der Unternehmer erweckt sich als eskalierter Tarifbruch.

Tarifvertrag in der Regensburger Brauindustrie.

Nach München sind nun auch in einer weiteren größeren Bierstadt Bayerns, in Regensburg, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufs neue tariflich festgelegt und zwar mit wesentlichen Verbesserungen für die Arbeiter. Die Verhandlungen nahmen zwei Tage in Anspruch und endeten mit dem Abschluß eines Tarifes auf vier Jahre. Erzielt wurde neben anderen Verbesserungen eine Verkürzung der Arbeitszeit von einer Wertestunde täglich. Die Lohn-erhöhungen einschließlich Wohnungsgeld betragen 2.— bis 6,00 M. pro Woche; die für einzelne Gruppen noch bestehenden Tagelöhne wurden in Wochenlöhne umgewandelt, was den Vorzug hat, daß Wochenlohn nicht, wie bisher, vom Lohn gekürzt werden können. Die größten Lohnzulagen erhalten die schlechter bezahlten Arbeitergruppen, deren Löhne noch sehr niedrig waren: 2,40—2,60 M. pro Tag. Wichtig ist, daß jetzt die Sonntagsarbeit abgeschafft ist; zu leistende Sonntagsarbeit wird mit 55 bzw. 65 Pf. pro Stunde bezahlt.

Ausland.

Eine Lohnbewegung der norwegischen Buchdrucker.

Da am 31. März etwa 50 Tarife ablaufen, ist eine Bewegung im Gange, die auf einen einheitlichen Landes-Buchdrucker-tarif abzielt. Da mindestens 95 Proz. der Arbeiter dem Verbandsangehörigen, hofft man, den 8 1/2 Stunden Tag und Lohnerhöhungen für Arbeiter und Arbeiterinnen jeder Art zu erzielen. Die Unternehmer haben sich zu Verhandlungen bereit erklärt.

Letzte Nachrichten.

Die Präsidentenwahl.

Paris, 15. Januar. (W. L. B.) Bei der zweiten Abstimmung in der Vollversammlung der Republikaner erhielten Pams 283, Poincaré 272, Ribot 25, Deschanel 23, Dubost 8, Jean Dubun 7 und Delcassé 3 Stimmen. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erlangt hatte, wird morgen eine dritte Abstimmung stattfinden.

Schmutzige Kampfesweise.

Paris, 15. Januar. (W. L. B.) In der Probeabstimmung der im Senat abgeordneten republikanischen Vollversammlung für die Präsidentenwahl wurden unter den Parlamentariern anonyme Schmähchriften verbreitet, die sich gegen die Privatverhältnisse des Ministerpräsidenten Poincaré und des Ackerbauministers Pams richteten. Die auf Briefpapier der Deputiertenkammer gedruckten Schmähungen erregten allgemeine Entrüstung. — Nach dem Ergebnis der Probeabstimmung zu schließen, wird sich wohl der Kampf in Versailles auf Poincaré und Pams beschränken, doch hält man trotzdem Ueberraschungen nicht für vollständig ausgeschlossen.

Die Friedenskonferenz mislungen?

London, 15. Januar. (W. L. B.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die leitenden Bevollmächtigten der Balkanstaaten als Ergebnis ihrer gestrigen Sitzung in offiziellen Kreisen mitgeteilt, daß die Missionen der Balkanstaaten die Konferenz als mislungen betrachten, da die türkische Mission während der letzten Woche keinen einzigen neuen Vorschlag gemacht habe.

Wirtschaftliche Folgen des Balkankrieges.

Eger, 15. Januar. (B. G.) In der Versammlung der Handels- und Gewerbekammer teilte Kammererrat Siegel mit, daß nach Schätzungen die Industriekammergebiete durch die Massenimfoldszen und durch die schweren Schädigungen, die der Export durch den Balkankrieg erlitten hat, Verluste von circa fünf bis sechs Millionen Mark haben.

Der Kampf um Homerule.

London, 15. Januar. (W. L. B.) Im Unterhaus wurde heute bei dichtbesetztem Hause die dritte Lesung der Homerule begonnen. Als erster Redner trat Balfour auf und beantragte die Ablehnung der Bill, an der er Kritik übte. Die Haltung der Liberalen in der Uffier betreffenden Frage könne nicht aufrecht erhalten werden. Es würde etwas gesehen, das die öffentliche Meinung in England aufwühlte und dem Volke Notmachen werde, worüber sich Uffier in Wirklichkeit beklage. Der Tag der Erläuterung müsse kommen, aber er möge rechtzeitig kommen. Falls Blut vergossen werden sollte, was Gott verhüten möge, so würden die wirklichen Mörder diejenigen sein, die niemals den Rat hatten, dem Uffier-Problem gegenüberzutreten.

Premierminister Asquith erwiderte auf Balfours Rede: Der springende Punkt der Situation ist der, daß wir, falls die Bill nicht angenommen wird, uns noch der Forderung der großen Mehrheit des irischen Volkes gegenüber sehen würden. Die Unionisten in Irland sollten davor gewarnt werden, daß ihnen unrecht geschieht oder daß sie Unrecht befürchten müssen, aber die Bewilligung der Forderung Uffiers wäre verhängnisvoll für ein demokratisches Regierungssystem. Asquith erinnerte dann Balfour daran, daß seine Voraussetzungen betreffend die Folgen der Gewährung der Selbstverwaltung an Transvaal sich als falsch erwiesen hätten, und fuhr fort: Wenn man ein großes Reich aufbaut, ist es immer notwendig, etwas zu wagen. Aber das Risiko, das wir auf uns genommen haben, ist durch die in der Folge gemachten Erfahrungen immer gerechtfertigt worden. Wir haben unseren Lohn und mehr als unszere Lohn daringefunden, daß die Loyalität und die Anhänglichkeit der Glieder des Reiches stärker geworden ist. Wir hoffen und vertrauen, daß dies auch wieder gesehen wird. Die Homerule ist darauf berechnet, dem Streit zwischen zwei Völkern ein Ende zu machen und sie zu einer fruchtbaren und dauernden Gemeinschaft zu verbinden.

Abschluß der Untersuchungen gegen den Geldtrust.

Washington, 15. Januar. (W. L. B.) Die Untersuchung gegen den Geldtrust wird voranschreitend in dieser Woche abgeschlossen werden. William Rockefeller wird wahrscheinlich auf Grund des ärztlichen Gutachtens von der Verpflückung, als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß zu erscheinen, befreit werden.

Reichstag.

91. Sitzung. Mittwoch, den 15. Januar 1913, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern. Dritter Tag.

Abg. Freiherr v. Camp (Sp.): Namens meiner Freunde habe ich zuerst unsere einmütige Entrüstung über das Auftreten des Abgeordneten Wetterlö in Frankreich zum Ausdruck zu bringen. (Bravo!) Auch seine Genossen im elassischen Landtag haben ihre Empörung über das Vorgehen des Abgeordneten Wetterlö bekundet. Ein solcher Mann sollte selbst einleben, daß für ihn im Deutschen Reichstag kein Platz ist. (Bravo!) Ich weiß nicht, ob die Väter der elassischen Reichstagsreform jetzt noch viel Freude an der Entwicklung ihres Kindes haben. — Die hämische Art, mit der die Sozialdemokratie die deutsche Sozialpolitik in den Staub zieht, ist ja bekannt. Auch wenn ich mit Ungeschickung redete, würde ich die Sozialdemokraten nicht zu einer objektiven Würdigung unserer Sozialpolitik bringen. Die Versicherung der Angestellten, die Ausdehnung der Krankenversicherung auf das ganze Land, scheint Herr Fischer verschlafen zu haben. Es ist einmütiger Wunsch der bürgerlichen Parteien, daß dem Volke erst einmal Zeit gegeben wird, sich in diese neuen Gesetze hineinzuleben. In großen Problemen steht nur noch die Arbeitslosenversicherung. Aber sie läßt sich nicht als Zwangsversicherung einführen. Auf dem Lande trägt heute der Arbeitgeber durch die langfristigen Kontrakte allein die Kosten einer vorübergehenden Arbeitslosigkeit. Die gelehrten Industriearbeiter sehen heute viel besser als die Handwerker und Bauern. (Sehr richtig! recht.) Sie können sich viel besser ernähren und haben auch nicht die Sorge um die Zukunft, weil ein tüchtiger Arbeiter heute überall und jeden Augenblick Arbeit findet. (Sehr richtig! recht.) (Zurück bei den Sozialdemokraten.) — Wegen den Terror der Sozialdemokraten, die Arbeiter, welche arbeiten wollen, an der Arbeit verhindern, hat der Staat die Pflicht, einzutreten. Dazu ist vor allem notwendig ein

Verbot des Streikpostens.

Wir sind dem Grafen Westarp dankbar für die ausführliche Behandlung dieser Angelegenheit. Unsere Industrie, unser Handelsstand fordert jetzt fast einmütig einen solchen Schutz der Arbeitswilligen. Auf die Dauer kann sich kein Staatssekretär einem solch einmütigen Votum der gewerbetreibenden Kreise entziehen. — Der Staatssekretär hat sich seinerzeit auch nur gegen ein Ausnahmegesetz erklärt. Darauf lege ich gar keinen Wert, nennen Sie es doch anders. Ich hoffe, daß der Staatssekretär einen Weg findet, der es auch den Freisinnigen ermöglicht, solchen Maßnahmen zuzustimmen. — Die Verdächtigung des Abg. Fischer gegen das Reichsgericht weiß ich als politische Brandstiftung zurück. — Redner fragt dann über die Schäden, die dem Kleinhandel durch die Konsumvereine und die Warenhäuser zugefügt werden. — Herr Müller-Meinungen hat das preussische Wahlrecht kritisiert; als Herr v. Oldenburg hier das bayerische Wahlrecht kritisierte, erlobt der bayerische Bundesratsbevollmächtigte sehr erregt dagegen Einspruch, und die sächsischen Herren eskalieren ihm. Ube Sie über Preußen sprechen, sollten die sächsischen Herren die preussischen Verhältnisse kennen lernen, sie sind nach einem Worte Bismarcks wie eine Wolldecke, die anfangs etwas kratzt, in der man sich aber sehr bald recht wohl fühlt. (Zustimmung r. u.)

Abg. Jell (Z.): Das Auftreten Dr. Wetterlö's, falls die Zustimmungen richtig darüber berichtet, mißbilligen wir. (Zehnte Zustimmung im Zentrum.) Dr. Wetterlö ist nicht Mitglied des Zentrums. Das könnte auch Herr Müller-Meinungen wissen, und wenn er es wollte, war sein Vorgehen nicht ehrlich. Möge er sich doch mit seinem Parteifreund Bismarckthal beschäftigen. (Sehr gut! im Zentrum.) Von den sonstigen Ausführungen des Dr. Müller-Meinungen war interessant nur seine Andeutung über einen Geheimvertrag des bayerischen Kriegskommissars an die bayerischen Offiziere. Wenn er etwas Näheres

darüber weiß, dann heraus mit dem heimlichen Spaltspitz (Sehr gut! im Zentrum.) Der Redner fragt dann, daß es dem selbständigen Mittelstand so schlecht geht; der Reichstag hat oft etwas für ihn tun wollen, aber bei jeder Frage antwortet die Regierung: „Erwägungen schweben“. Immer und immer vertritt man den gewerblichen Mittelstand, ohne daß etwas für ihn geschieht. — Was den Schutz der Arbeitswilligen anlangt, so wollen wir keine Ausnahmengesetze gegen die Arbeiter. Streiks können durchaus berechtigt sein. Aber wir verlangen auch, daß die, die Arbeiten wollen, nicht durch Gewalt daran gehindert werden. (Bravo! i. Z.) Mit dem Schlagwort Justizhandgeßel wird die Meinung der Arbeiter irreführt. Man soll die Streitigkeiten zwischen Arbeitern nicht zu ernst nehmen, aber unheilbar ist der Zustand, daß ein Arbeiter an der Arbeit verhindert oder ein Streik inszeniert wird, weil ein Arbeiter sich aus prinzipiellen Gründen nicht einer bestimmten Gewerkschaft anschließen will. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch das Handwerk muß auf gesetzgeberischen Schutz dagegen bestehen. Aus diesen Gründen haben wir im vorigen Jahre für die Konsumvereine Resolutionen betreffend den Schutz für Arbeitswillige gestimmt. Diesmal ist die Resolution nicht ganz glücklich gefaßt, denn es ist schwer festzustellen, was im einzelnen Falle Streikpostens ist. Redner wendet sich weiter gegen die Konsumvereine. Der zweite Teil des Gesetzes zur Sicherung der Kaufverordnungen sollte endlich eingeführt werden. Mit Selbsthilfe allein kann der Mittelstand nicht vorwärts kommen. (Bravo! im Zentrum.)

Präsident Karmy erklärt nachträglich den Vorwurf der Unerschlichkeit gegenüber dem Abg. Müller-Meinungen seitens des Vorredners für parlamentarisch unzulässig.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich will mich heute auf Ausführungen zur Sozialpolitik beschränken und auf die anderen Materien in späteren Reden zurückkommen. — Den Anlaß zu den Erörterungen über das Koalitionsrecht hat meine Rede vom 10. Dezember gegeben. Diese Rede hatte lediglich den Zweck, an der geschichtlichen Entwicklung der Gesetzgebung und der Judikatur die Grenzen des Koalitionsrechts und des Vereinsrechts festzulegen. Die juristischen Ausführungen, die ich in dieser Beziehung gemacht habe, sind nach meiner Ansicht nicht widerlegt, weder hier im Hause noch in der Presse. Ich habe den Kommentar des Abg. Müller-Meinungen zum Reichsvereinigungsgezet nochmals durchgesehen und habe gefunden, daß ich eigentlich auf derselben Grundlage aufgebaut habe. Auf die Konsequenzen, die sich aus meinen Beurteilungen für das Handeln und die Beurteilungen bestimmter Reskorts etwa ergeben könnten, einzugehen, war nicht meine Absicht und in gewissen Grenzen auch nicht meine Aufgabe. Ich habe immer nur die Grundfrage festzulegen, nach denen die Reichsgesetze in den Bundesstaaten auszuführen sind. Wie die Grundfrage in den einzelnen Reskorts angewendet werden, habe nicht ich zu vertreten, dies geschieht vielmehr unter der Verantwortung der betreffenden Reskorts. Deshalb ist der Vorwurf des Abg. Fischer, daß durch meine Ausführungen das Koalitionsrecht vernichtet worden sei, unbegründet. Es werden ständig Versuche gemacht, das Koalitionsrecht über seine Grenzen hinaus zu erweitern; die Regierung wird dadurch in eine Kompromittierung gedrängt, und aus der dauernden Abwehr der Vermählungen, das Koalitionsrecht zu erweitern, wird der Wunsch einer Unfreundlichkeit erwacht, die gar nicht besteht. Ich habe meinen Ausführungen vom 10. Dezember nichts hinzuzufügen und nichts in Abrede zu stellen. Das gilt auch in allen Punkten von dem, was ich im Zusammenhang mit dem Koalitionsrecht über die Enzyklia gesagt habe. Es handelte sich lediglich darum, den Geltungsbereich des § 1 des Reichsvereinigungsgezet nach allen Richtungen festzulegen. Was ich in der Beziehung gesagt habe, ist nach meiner Auffassung nicht widerlegt. Dr. Müller-Meinungen hat weitgehende Konsequenzen daraus gezogen und hinzugefügt, ich hätte wohl selbst nicht an diese Konsequenzen gedacht. Das ist richtig. (Weiterleit.) Ich habe diese Konsequenzen nicht gezogen, ich ziehe sie auch heute nicht und lehne sie ausdrücklich ab.

Dann hat Herr Dr. Müller-Meinungen Ausführungen über den Inhalt von Verhandlungen mit der Kurie verlangt. Es ist nicht üblich, über diplomatische Verhandlungen ohne Zustimmung des anderen Teiles Mitteilungen in der Öffentlichkeit zu machen. Es genügt aber, was ich schon mitgeteilt habe, daß wir in den Streit eingegriffen und in Rom zugunsten der christlichen Gewerkschaften gewirkt haben, und zwar vor der Enzyklia, und daß diese den Willen der Kurie erkennen läßt, den

katholischen Arbeitern den Beitritt zu den Gewerkschaften nicht zu verbieten und daß nunmehr das Fortbestehen dieser christlichen Gewerkschaften gesichert ist.

Graf Westarp forderte einen erhöhten Schutz der Arbeitswilligen. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß was ich im vorigen Jahre gesagt habe, auch heute noch meine Meinung ist, sowie die der beteiligten Reskorts und insbesondere des Reichslandtags. Alle Forderungen zum Schutze der Arbeitswilligen zielen in dem Ruf nach einem Verbot des Streikpostens ab. Ich habe wiederholt ausgeführt und wiederhole es noch einmal, daß ich das für ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung der Unruhe ansehe, deren Vorhandensein ich mit Ihnen anerkenne. Der Terrorismus gegen Arbeitswillige wird nur zu einem kleinen Teil durch Streikpostenssachen ausgelöst. Es geschieht vielmehr durch Leute beim Spazierengehen, durch Frauen, durch Kinder, die sich ihnen anschließen, er wird ausgeübt in den Werkstätten, in den Korridoren, in den gemeinsamen Wäschküchen, in den Konsumvereinen, Läden, Restaurationen. Es würde überaus schwer sein, eine juristische einwandfreie Formulierung des Streikpostensverbotens zu finden. Wenn man also die besagten Bestimmungen wirksam bekämpfen will, so kann das nur durch eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen über Beleidigungen, Nötigung, Körperverletzung usw. geschehen. In der Bearbeitung dieser Bestimmungen sind wir begriffen, und ich halte es nicht für angebracht, diese Bestimmungen losgelöst von dem allgemeinen Entwurf eines Strafgesetzbuches hier zur Verhandlung zu bringen. Dazu kommt, daß das geltende Recht tatsächlich ausgeübt hat, um Ausschreitungen von Streikpostens und im Anschluß an Streiks zu bestrafen. Die Vorgänge im Ruhrrevier haben zu einer Anzahl von Strafen geführt. Auch wenn wir ein Verbot des Streikpostensverbotens gehabt hätten, würden diese Vorkommnisse zur gerichtlichen Verantwortung gezogen worden sein. Es sind etwa

2000 Anklagen erhoben

worden (Zehntes Hör! Hör! bei den Sozialdemokraten) und es hat sich in vielen Fällen um Ausschreitungen und Vergehen von streikenden Verletzten gegen Arbeitswillige gehandelt, während nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Ausschreitungen Arbeitswilliger zur Kenntnis der Behörde gelangt sind. (Zehntes Laichen bei den Sozialdemokraten.) Es ist charakteristisch, daß ein großer Teil dieser Verurteilungen sich gegen Jugendliche richtet hat (Zuruf: Es waren Dummejungenstreichel) und Jugendliche streben nicht Streikpostens, sie beteiligen sich an den allgemeinen Unternehmungen gegen die Arbeitswilligen, aber sie werden niemals als besondere Beauftragte von Gewerkschaften zu Streikpostens verwendet. Sehr zahlreich sind auch die Verurteilungen von Frauen; es sind etwa 400. Auch die Frauen sind in der Regel nicht Streikpostens, sie sind vielmehr die Frantireure des Heeres. (Große Heiterleit.) Die Vergehen der Frauen sind im allgemeinen leichte, sie bestehen in Beleidigungen und Ehrenkränkungen, allerdings von der gefährlichsten Art. Schwere Vergehen sind verhältnismäßig selten vorgekommen, im allgemeinen überschreitet das Strafmaß zwei Monate nicht. Widerstand gegen Beamte und gegen Militär ist vorgekommen, aber alle diese Delikte sind hervorgerufen durch den Schutz, den Polizei und Militär den Arbeitswilligen angedeihen lassen mühten. Das Charakteristische dieses Streiks, die Schwierigkeit der Bekämpfung seiner Nebenerscheinungen durch Polizei und Militär, ist darin zu suchen, daß ein großer Teil der Arbeitererschaft entlassen war, die Arbeit nicht niederzulegen, und daß diese von den Streikenden die rücksichtsloseste Behandlung erfahren haben. Ich habe es ausdrücklich abgelehnt, durch ein gesetzliches Streikpostensverbot einzugreifen, weil ich das für unwirksam halte. Aber gerade die Vorgänge im Ruhrrevier beweisen, daß diejenigen recht haben, die in erhöhtem Maße über Verletzungen der Arbeitswilligen klagen. (Zehnte Zustimmung recht und im Zentrum. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Nicht bloß Unternehmer und Beamte klagen darüber, sondern in hohem Maße die beteiligten Arbeiter selbst. Kein Tag ist vergangen, ohne daß Stöße von Depechen gerade von solchen Arbeitern bei mir eingegangen sind. Wo Rauch ist, pflegt auch Feuer zu sein, und wir haben die Pflicht, das Feuer zu löschen. Und Sie (zu den Sozialdemokraten) haben keinen Anlaß, über scharfmacherische Tendenzen

Kleines feuilleton.

Orden, Titel und geistige Freiheit. Das preussische Ordenswesen hat einen Regen von mißvoller Anerkennung auf die lokale Menschheit niederschlagen lassen. Hoffend standen sie in einem betradeten Hause beisammen, die Beamten, Offiziere, Kommerzienräte, Vörsianer, Professoren und freisinnigen Abgeordneten. Hoffend blickten ihre Augen zu dem Thron empor, von dem aller Segen niederträufelt. Hoffend standen sie sich die Weine in den Leib und die Würde aus der Seele. Hoffend spähten sie nach dem Zeichen der majestätischen Hand und schauderten bei dem Gedanken, daß die Gnade der Krone sie nicht überfließen könnte. Wonne glänzte in ihrem Blicke, als die Krone sich gnädig erwies. Auf den Knien sanken sie dem schimmernden Stern und der Krone wieder schen den Erdboden lassen zu wollen, weil sein Befehliger loyaler Befehliger sich gar so tief verbeugte.

Es liegt uns völlig fern, gegen diese wohlbelannte Komödie der Etikette polemisieren zu wollen. Wer sich dabei wohl fühlt, mag sich unternommen in den liebenden Himmel emporheben lassen. Wer mit dem gegenwärtigen Staat intus verhandelt ist, wie etwa die preussischen Junker, handelt logar wie ein vernunftbegabtes Wesen, wenn er die Hand an den Etikette mit schimmernden Sternen blendet. Wer das Heil des Vaterlands darin erblickt, ewig die Delusion des Werts zu sein, mag sich ebenfalls dekorieren lassen; er zieht lediglich die Konsequenzen seiner politischen Unmündigkeit. Daß oppositionelle Abgeordnete, die sich von eben dem Staat dekorieren lassen, den sie angeblich bekämpfen, komische Figuren sind, braucht hoffentlich nicht erst ausgesprochen zu werden. Der Himmel möge uns aber davor bewahren, daß wir gegen diese aufrechten Gestalten polemisieren sollten! Das malitiose Lächeln, mit dem irgend eine feudale Postwange so einer besetzten freisinnigen Mannesseele nachblickt, ist uns eine völlig ausreichende Genugtuung.

Schlimmer ist es, daß auch namhafte Künstler und Gelehrte sich mit Titeln und Orden behängen lassen. Wir kennen selbstverständlich die landesübliche Ausrede: man soll in Kleinigkeiten kein Fanatiker sein, man soll eine höflich gemeinte Auszeichnung nicht unbillig zurückweisen usw. Wir kennen das überlegene, fast mittelalterliche Lächeln, mit dem in solchem Fall der Dekorierter auf seinen Knien hinabschaut; wir wissen aber auch, was mancher sich hat kosten lassen, um die „Kleinigkeit“ zu erlangen, die abzuwehren ihm lediglich aus Gründen der weltlichen Großzügigkeit unmöglich ist.

Die Sache hat in allem Ernst ihren Daken. Wer für kulturelle Leistungen einen Orden annimmt, nimmt dem Staat auf geistigem Gebiet einen Richterpruch, eine legitime Zustimmung, eine Art Oberaufsicht ein. Das aber ist nie und nimmer eine Kleinigkeit, am allerwenigsten aber in Preußen-Deutschland, wo die staatliche Gewalt auf immer neue Schaurigkeiten der geistigen Freiheit sinnt. Gemiß! Man kann sich einen bildenden Künstler denken, der den Orden nehmen muß, wenn er die staatlichen Aufträge, die für ihn eine unumkehrliche Notwendigkeit sein können, nicht verlieren will. Man kann sich einen Gelehrten denken, der aus

wissenschaftlichen Gründen auf die staatlichen Hilfsmittel nicht verzichten darf usw. Man kann sich mit anderen Worten einen geistigen Arbeiter denken, der sich in einer Zwangslage befindet und den Orden nehmen muß, weil er nicht größere Opfer bringen darf. Diese respektablen Existenzen aber sind in einer wahrhaft erschreckenden Minorität. Im allgemeinen ist die Ordenseligkeit der deutschen Künstler und Gelehrten eine bürgerliche Schmach. Die schwachen Seelen dieser Herrschaften verraten die geistige Freiheit an das feudale Vorurteil. Sie verdienen, daß ihre Schande einmal ausgesprochen wird.

Die Neuerwerbungen der Nationalgalerie. Die Abholsterung der alten Herren hat der Nationalgalerie ohne Zweifel genützt. Die kleine Kommission, die den früheren, fast unmöglichen Apparat der Guaiacher ersetzte, hat schon im ersten Jahre treffliche Arbeit geleistet. Das Hauptgeziel: daß kein rezeptionistischer Wüßling einzulassen sei, wurde durchbrochen: wir haben jetzt in der Nationalgalerie einen Siebold. Das ist ein Fortschritt, freilich ein unerkennbarer; denn fast alle deutschen Museen besitzen längst Werke dieses Malers. Dennoch ein Fortschritt, wenn man sich erinnert, daß durch Jahre, außer für Liebermann, die Nationalgalerie der modernen Kunst verschlossen blieb. Nun darf man hoffen, daß nun auch die anderen eingelassen werden. Der Siebold, der zu solchen programmatischen Erörterungen den Anlaß gibt, ist ein lebensgroßes Bildnis des Sängers v. Andra als Don Juan in der Archdiözesane. Ein Bild von frecher Laune und schöner Bändigung; leise geblitzter Daumring, in der Grimasse des Reporella, und in den schwarzblauen Schauern des Gräberfeldes. Mit geschmeidiger Malerei wurde der Körper des eleganten Abenteurers aus dem Weirort des Kosmums und dem Weiz des Manils facel- liert; das dämonisch vergräde Antlitz in ein Meisterstück von Siebolds impressionistischer Illustrationskunst.

Die übrigen Neuerwerbungen zeigen, daß Justiz die preussischen Realisten von Gaertner bis Menzel sorgfältig sammelt; daß er darüber aber nicht die Romantiker, weder den Casper David Friedrich, noch den Schnorr verfährt. Von den Vorläufern der modernen Malerei wurden Keller und Schuch erworben. In Pöschkes kaufte Justiz zwei vollendete Schadonbäßen, einige Arbeiten aus Vegas bester Zeit, den charaktervollen Straußkopf von Scherer und die sinnlich vergräde Tänzerin, die Kolbe kürzlich in der Sezession ausstellte. In der Sezession... So etwas wäre früher kaum möglich gewesen.

Hauptmann Massakra. Vor einigen Jahren tauchte eine Operette auf, die so wenig tröstlich und reichlich, vielmehr so nett und amnützig war, daß sie alsbald verschwinden mußte. Das heitere Werk hieß: „Der tapfere Soldat“ und gab christlichweise sein Vorbild an — die „Helden“ des Bernhard Schaw; es perfisierte den Militarismus im allgemeinen und da dies im ökonomischen Umprägungslande zu jener Zeit der boomenden Anreizungskrisis und der Mobilisierung nicht ungehörlich war, wurde die Satire auf den Balkan lokalisiert. Und — siehe da, welche dichterische Propädie bei schlichten Operettenmachern — ein Hauptmann der heiligen Armee führt den Namen Massakra. Zur großen Erheiterung des Publikums trat er phantastisch und inwendig auf und sang ein Lied von altem Nachdruck, in dem sich schon seit

Jahren, Jahren, Jahren“ auf „Janitscharen, ischaren, ischaren“ reimte... Tompora mutantur. Aus dem Operettenhelden ist blutige Wirklichkeit geworden. In den Geländekämpfen aber sitzen die Givilmassakrate, die Reservemassakrate, und wenn die Presse Schauernachrichten über die „Befreiung“ Mazedoniens und Rumeliens bringt, dann lächeln sie hold und fingen:

„Was sollen wir uns genieren, Wir dementieren, -tieren, -tieren!“ — u.

Bestimmte Prophezeiungen über das Fliegen. Es ist heute im Zeitalter des Flugverdens nicht uninteressant zu hören, was der Schöpfer der modernen dänischen Literatur, Ludwig Holberg, schon im Jahre 1745 über die Lösung des Flugproblems gesagt hat. In seiner 452. Epistel, die um das Jahr 1745 verfaßt ist, findet sich der folgende Ausspruch: „Es gibt zwei Dinge an denen die Menschen lange vergebens gearbeitet haben, nämlich der Verlust, Geld zu machen und der, in der Luft zu fliegen. Einige Leute sind noch immer der Ansicht, daß man sich, mit künstlichen Flügeln versehen, in die Luft schwingen kann, wie die Vögel mit ihren natürlichen Flügeln. Wenn aber diese törichtsten Leute den Unterschied zwischen dem schweren menschlichen und dem leichten Vogelförper bedenken; sowie den Schwanz, den die Vögel als Ruder gebrauchen, betrachten würden, so würden sie von einem solchen Versuch als einer unmöglichen Idee Abstand nehmen müssen. Das Goldmachen und die Kunst des Fliegens sind im übrigen Dinge, die mehr Schaden als Nutzen anrichten können; und deshalb wird Gott wahrscheinlich zum Nutzen und Frommen der Menschheit ihre Verwirklichung unmöglich machen. Denn, falls die Menschen das Fliegen erlernten, würde die ganze Welt ein anderes Aussehen erhalten. Die Menschen würden die Städte und die Dörfer verlassen und sich wie Raubtiere in Höhlen vergraben müssen, da Flauern und Wälle sie nicht länger gegen ihre Nachbarn schützen könnten. Kurzum: Regierungen und Bündnisse und die ganze menschliche Gesellschaft mühten aufgelöst werden, da sie keinen Nutzen mehr böten. So würde die Herrlichkeit des Fliegens, die die Menschen den Vögeln mißgönnten, ihnen selbst zum Verderben gereichen!“

Notizen.

Berlin-New York drahtlos. Zwischen Rauen und New York wurde in einer der letzten Nächte eine drahtlose Verbindung hergestellt. Man hofft, den drahtlosen Verkehr mit der Zeit zu einem dauernden und regelmäßigen ausgestalten zu können. — Graf Schalkow bereitet eine neue Expedition in die Südpolarregionen vor. — Ein Siekto-Institut soll nach der „Frankf. Ztg.“ in Berlin in der Nähe der Linden eröffnet werden. Man will dort für 60 bis 80 Pf. die Stunde andrücken können. Währenddem werden Kleider und Schuhe draußen gereinigt. Außerdem sind vorhanden: Bäder, Duschbad, ein Freizeitraum, ein Erfrischungstraum mit alkoholischen Getränken; ferner ein Les- und Schreibsaal, in den man gegen Entgelt von 20 Pf. Entsch. erhält, und Kinderzimmer, wo Eltern ihre Sproßlinge unter Aufsicht spielen lassen können. Gewiß ein höchster Komfort — für die, denen alles zum besten gereichen muß.

bei der Regierung und bei den Parteien zu klagen, wenn wir diesen Nebenständen unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

Und noch eines möchte ich bemerken: Wenn dieser Ruf nach Befreiung der Koalitionsfreiheit immer stärker in diesem Hause erklingt, so tragen Sie (zu den Sozialdemokraten) allein die Schuld. Niemand wird angefochten, niemand wird angegriffen, niemand gibt Unbill zu Befürchtungen, der die ihm zuzurechnenden Rechte in einer Weise ausübt, daß nicht die Rechte anderer, Freiheit, Leben und Gesundheit anderer, dadurch verletzt oder gefährdet werden, und wenn Sie, was Sie bei der wunderbaren Disziplin Ihrer Leute können, dafür sorgen wollen, daß die Handhabung der Streiks nicht in Formen übergeht, die die Freiheit anderer nicht antasten, dann wird kein Mensch in diesem Hause auf den Gedanken kommen, eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit zu fordern. (Lebhaftes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ich war darauf gefaßt, daß der Abg. Fischer der Regierung den Vorwurf mangelnden sozialen Verständnisses machen würde, war aber auf die Begründung gespannt. Und ich muß sagen, die Begründung hat mich enttäuscht. Wenn man aus seinen Ausführungen die klaren Momente ausscheidet, die sich aus dem Umstand ergeben, daß ihm ein Teil einer Korrespondenz zwischen mir und dem Minister des Innern in Preußen auf den Tisch geflogen war, so bleibt wenig übrig. Wesentlich auf diese Korrespondenz, die einen ganz anderen Gegenstand behandelte, baut der Abg. Fischer die Behauptung auf, das Reichsamt des Innern sei unfähig, irgend eine Aktion auf sozialpolitischen Gebieten zustande zu bringen wegen seiner Abhängigkeit von Preußen. Im übrigen weist er zum Beweis für seine Behauptung der sozialpolitischen Unfruchtbarkeit im wesentlichen auf sechs Punkte hin, auf die ich kurz eingehe. Daß eine Ordnung der Arbeiterverhältnisse auf dem Gebiete der Vinnenschiffahrt noch nicht erfolgt ist, ist richtig. Wegen der großen Verschiedenartigkeit der Verhältnisse auf den einzelnen Stromgebieten ist eine gezielte Regelung kaum möglich. Ueber spezielle Vorschriften für das Stromgebiet des Rheins, wo zweifellos Mißstände bestehen, haben Verhandlungen mit den interessierten Kreisen stattgefunden, das Material wird gegenwärtig verarbeitet. Was die Heimarbeit betrifft, so muß die Bildung von Fachanschüssen zweckmäßig von den Bundesstaaten angeregt werden. Soweit mir Anträge zugegangen sind, z. B. aus der Konfektionsindustrie in Berlin, habe ich sie sofort dem betreffenden Bundesstaat übergeben. Der preussische Handelsminister wird voraussichtlich in kurzem mit einer Reihe solcher Anträge an den Bundesrat herantreten. Ich nehme an, daß als erster der Antrag von Berlin, hinsichtlich in positivem Sinne, entschieden werden wird. Die Anführungsregeln für Fachanschüsse sind in Arbeit. Für den Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit der Nigarrenhausarbeiter sind Anordnungen in Vorbereitung. Weiter sind Vorbereitungen getroffen für eine ausgedehntere Regelung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. — In der Beschränkung der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien sind wir an die Grenze des Möglichen gegangen und können in nächster Zeit die Gewohnheiten des Publikums und die Bedürfnisse der Betriebe jedenfalls zurzeit nicht weiter gehen. Haben sich die Vorschriften eingehängert, so wird sich von selbst die Möglichkeit und der Drang ergeben, weitere Einschränkungen vorzunehmen. Ein Gesetzentwurf betreffend Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe liegt beim Bundesrat. Die Verhältnisse der Arbeiter in der schweren Eisenindustrie sind erst vor kurzem durch die Verordnung von 1908 geregelt. Es wäre voreilig, an der Verordnung jetzt schon etwas zu ändern. Die an uns gelangten Wünsche in dieser Richtung werden geprüft werden. Ferner ist wieder besorgt worden, daß so wenig Bundesratsverordnungen auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung erlassen worden sind. Das liegt, wie schon im vorigen Jahre betont, daran, daß ein großer Teil, der zu regelnden Fragen bereits geregelt ist. Wir haben auf dem Gebiete der Sozialpolitik eine rege Tätigkeit entfaltet, so daß

eine gewisse Ruhe notwendig

ist, wenn auch der Abg. Hoch lacht. Wir haben die Krankenversicherung auf weitere Kreise ausgedehnt, es besteht Unfall-, Invalidenversicherung, Versorgung der Hinterbliebenen. Wo soll auf dem Gebiete der Versicherung der Arbeiter noch etwas herkommen? Natürlich werden sich im Laufe der Jahre Erweiterungen ergeben. Aber daß wir auf dem großen Gebiete der Versicherungsgebung vorläufig einmal Schluss machen, ist selbstverständlich.

Dazu kommt, daß wir über die Arbeiterversicherung schon hinausgegangen sind durch das Angelegtenversicherungsgesetz. Die Zahl der Bestimmungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter ist ebenfalls immer mehr erweitert. Bei erwachsenen Arbeitern haben wir allerdings nur den sanitären Maximalarbeitszeitag eingeführt, einen allgemeinen gesetzlichen Maximalarbeitszeitag abgelehnt. Das muß der Vereinbarung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern vorbehalten bleiben. Auf jeden Fall ist es falsch, die Zahl der Verordnungen auf Grund des § 120 als Maßstab für unsere Fürsorge, für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter anzunehmen. Neben dem Bundesrat können die Landeszentralbehörden Verfügungen erlassen, es können Polizeiverordnungen erlassen werden. Welches ist in erheblichem Umfang geschehen. Auch ist die Möglichkeit gegeben und benutzt, bei Erteilung von Konzessionen für gesundheitsgefährliche Betriebe Vorsorge für die Gesundheit der Arbeiter zu treffen. Wenn gestern besonders auf die chemische Industrie hingewiesen wurde, so möchte ich betonen, daß jeder Versuch zu einer generellen Regelung dieser Materie an der großen Verschiedenheit der Betriebe scheitert. Es gibt chemische Betriebe, die ziemlich ungefährlich sind, wie Stearinabriken usw. Trotzdem werden wir die Verhältnisse der besonders gefährlichen Zweige der chemischen Industrie nach wie vor prüfen.

Wo wir haben in der weiteren Entwicklung unserer sozialpolitischen Aufgaben nichts unterlassen. Ich möchte darauf hinweisen, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika aus Anlaß der letzten Präsidentenwahl das Programm der neuen Fortschrittspartei, das sich besonders auszeichnet durch umfassende Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet, dadurch erkennen läßt, was auf diesem Gebiet in den Vereinigten Staaten alles noch nicht geschehen ist. Da wird zum Beispiel gefordert bessere Volksschulbildung, Verbot der Kinderarbeit, Verbot der Nachtarbeit für Frauen usw. usw. Eine große Reihe von Forderungen, die bei uns erfüllt oder deren Regelung in Angriff genommen ist. Daraus ergibt sich, daß auf dem Gebiete der Fürsorge für die Arbeiter in dem republikanischen Nordamerika, dem klassischen Lande der individuellen Freiheit, sehr vieles noch nicht geschehen ist, was wir in Deutschland mit unseren angeblich rückschrittlichen Verfassungen bereits geschaffen haben. Ferner stelle ich fest, daß unsere ganze sozialpolitische Gesetzgebung aus der Initiative der Reichsregierung hervorgegangen ist (Lachen bei den Sozialdemokraten) und daß es eine Reihe von Jahren gedauert hat, bis Sie (zu den Sozialdemokraten) sich einschlossen haben, für solche Gesetze zu stimmen. (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dieser Vergleich mit den Vereinigten Staaten sollte in uns allen das Bewußtsein stärken, daß wir mit unseren heimischen Verhältnissen durchaus zufrieden sein können. Im Hinblick daran will ich, ohne mich hier im Hause auf eine Kritik an dem Verhalten eines Mitgliedes dieses Hauses einzulassen, daß an denen denken, die ihrer Abneigung gegen das Treiben des Abg. Wetterlö Ausdruck gegeben haben. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. v. Graefe (l.): Wir schließen uns der allgemeinen Entrüstung über das Treiben des Abg. Wetterlö an. (Bravo!) — Redner trägt Mittelstandsverhältnisse vor: Wir tragen den Vorwurf der Mittelstandsfeindlichkeit mit Gelassenheit. Aber unsere Mittelstandspolitik ist für Sie alle vorbildlich gewesen. (Lachen links.) Die nationalliberalen Vorwürfe gegen uns lassen wir unbeantwortet. Anstatt solche Vorwürfe zu erheben, sollten die bürgerlichen Parteien lieber freudig für den Mittelstand arbeiten. Wir verlangen eine Einschränkung der Wanderlager durch eine gesetzliche Regelung, eine gesetzliche Ab-

grenzung von „Fabrik“ und „Handwerk“ und eine Regelung des Submissionswesens. Vielleicht empfiehlt sich die Errichtung von Submissionsämtern. Der Freisinn will von diesen Handwerkerwünschen freilich nichts wissen und er freut sich schon, wenn er unter den Handwerklern einen Einspänner findet, der ihm recht gibt. (Zurufe bei den Fortschrittlern.) Herr Wendorf. Sie sind ja auch ein landwirtschaftlicher Einspänner. (Lachen links.) — Weisfall rechts.) Die Liebe des Freisinn zum Mittelstand ist platonisch. Die Warenhaussteuer muß verschärft werden. Der zweite Teil des Gesetzes zur Sicherung der Vorforderungen muß kommen. Die Anschläge des Ausverkaufswesens müssen gelegentlich bei dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, das sich sonst vorzüglich bewährt hat, beseitigt werden. Dr. Quard hat den Wunsch der Bädereigenen nach Vereinfachung der Nachtarbeit zur Sprache gebracht. Aber schon abends Semmeln zu backen, die morgens frisch geliefert werden, ist nur in Großbetrieben möglich, und deshalb können wir dieser Forderung, der man ja rein menschlich sympathisch gegenüberstehen muß, nicht zustimmen. — An sozialer Fürsorge für die Arbeiter lassen wir es deshalb nicht fehlen; die Initiative zur sozialen Fürsorge für die Arbeiter verdanken wir in erster Linie dem alten Kaiser, und in diesem Hause meinen Parteifreunden. (Große Heiterkeit links.) Aber die Arbeiterfürsorge ist für uns nicht die einzige Aufgabe der sozialen Gesetzgebung, sie muß sich besonders des Mittelstandes annehmen, der wirtschaftlich in erster Linie gefährdet ist. In dem lauen Bad des Hansabundes wird die weiße Elite des Mittelstandes nicht aufblühen (Heiterkeit), aber von der Regierung erwarten wir nicht bloß Erwägungen, sondern eine rettende Tat. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Doorman (Sp.): Durch die „Volkspflege“ der freien Gewerkschaften und der Genossenschaften wollen offenbar die Führer dieser Kreise ihre Organisationen stärken. Soll diese Volkspflege die staatliche Zwangsversicherung ergänzen, so können wir nicht dagegen haben. — Ein Teil meiner Freunde hat eine Resolution der Herren Weder und Wehrens mit unterzeichnet, der Bundesrat möchte die Unfallversicherung auf gewerbliche Berufsrisiken ausdehnen. Wir halten das für dringend notwendig. — Wir freuen uns, daß der Staatssekretär vor einem Jahre erklärt hat, daß ein Unfallversicherungsgesetz auch für Feuerwehrlente, Krankenpfleger und ähnliche Kategorien in Ausarbeitung sich befindet. Wir verkennen die Schwierigkeiten dieser Materie nicht, hoffen aber doch, daß sie überwunden werden.

Abg. Schwabach (natl.): Unsere Fürsorge für den Mittelstand haben wir stets durch die Tat bewiesen. Das Reichsvereinsgesetz sollte gegenüber den Litauern, deren Vaterlandsliebe und Königstreue über allem Zweifel steht, seitens der preussischen Regierung loyal gehandhabt werden, sonst wären wir zu einer authentischen Interpretation des Gesetzes gezwungen.

Abg. Kurzwski (Pole) führt Beschwerde über die Handhabung des Vereinsgesetzes in den polnischen Provinzen. Gefällige Versammlungen, selbst harmlose Vergnügungen werden bei uns als öffentliche Veranstaltungen behandelt. Man will eben unsere polnischen Vereine überhaupt nicht dulden. Ein Amtsvorsteher erklärte vor Gericht unter Eid, daß er die Anzeige gegen einen polnischen Verein auf Befehl des Landrats von Plesch eingereicht habe, obwohl er selbst für eine politische Betätigung des Vereins keine Beweise habe. Die Wirksamkeit der polnischen Berufsvereine ist durch dies kaisersche Vorgehen der Behörden lahmgelegt.

Abg. Dr. Werner-Giehn (Antifemil) empfiehlt einige Resolutionen seiner Partei, die wünschenswerte enthalten, so die Schaffung eines Reichsamts für deutsche Sprache, ein Verbot nichtdeutscher Geschäftsbezeichnungen. — Redner weist des Weiteren den freisinnigen Mittelstandsfeindlichkeit vor, wodurch sie den Antifemilismus erst erzeugt hätten. — Die Interessen des Mittelstandes werden auch von solchen mit Füßen getreten, die an sehr hoher Stelle stehen. Kempinski bezieht Cadiner Racheln, das Warenhaus Wertheim und die Schnagge in der Palanestrasse konnten sich schon hohen Besuch erfreuen, wir bebauern das im Interesse des deutschen Adels, der dem deutschen Volke so viele große Männer geliefert hat, wie Bismarck und Beppein. (Heiterkeit.)

Präsident Kaempff weist die Bemerkung in Bezug auf die „sehr hohen Stellen“ zurück.

Abg. Werner (Ant.): Die Warenhäuser müssen auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb einfach verboten werden. (Große Heiterkeit links.) Es wird bei uns nicht besser werden, ehe der Gedanke des gewerblichen Beschäftigungsnachweises festgesetzt haben wird. (Lachen links.) Er wird über Ihr Lachen, vielleicht auch über Ihre Mandate hinweggehen. (Heiterkeit links.) An der großen Gefahr der sozialdemokratischen „Volkspflege“ sollte die Regierung nicht achtlos vorbeigehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Redner wendet sich weiter gegen die Sensationspresse. (Zurufe: Wahrheit!) Einen Grenzschutz brauchen wir nicht nur für die deutschen Tiere, sondern auch für die deutschen Menschen. (Heiterkeit.) Jurist bei den Sozialdemokraten: Dann lassen Sie aber auch nicht ausländische Arbeiter herein! Das betäubungslose Schächten muß als Tierquälerei verboten werden, es ist die wahre Scham des Jahreshunderts. (Große Heiterkeit links.) Die deutschfeindlichen Ausführungen des Abg. Wetterlö mißbilligen auch wir. Aber auch die Freisinnigen haben bei den Handelsverträgen fortgesetzt die Interessen des Auslandes vertreten. (Große Inruhe links.)

Präsident Kaempff ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Werner (Sp.): Ueber Mangel an sozialem Verständnis bei anderen hat die Sozialdemokratie am wenigsten Recht zu klagen, sie hat gar kein soziales Verständnis für die Bedürfnisse der Landwirtschaft und des Handwerks. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Das Haus vertagt sich.

Abg. Müller-Reinigen stellt in einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Abg. Jell fest, daß Abg. Wetterlö Mitglied der ekklesiastischen Zentrumspartei ist. (Hört! hört!)

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Weiterberatung des Etats des Innern.)

Schluss 7 Uhr.

Parlamentarisches.

Bundesratsbeschlüsse.

Dem Reichstag ist aus dem Reichsamt des Innern eine Uebersicht der vom Bundesrat gefassten Entschlüsse auf Verträge des Reichstags zugegangen. Daraus erfährt man, daß Besetzungswürde über Verschärfung der Bestimmungen der Gewerbeordnung bezüglich der Wanderlager und Wanderaktionen in Vorbereitung sind, ebenso ein Gesetzentwurf, betreffend die Unfallfürsorge bei Arbeiten, die freiwillig zur Rettung von Personen und zur Bergung von Gegenständen vorgenommen werden. Die vom Reichstag gewünschte Vereinbarung der deutschen Disziplinarstaaten über gemeinsame polizeiliche Vorschriften zur Regelung der deutschen Disziplinarstrafverfahren ist dem Abschluss nahe. Ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Schundliteratur befindet sich in Vorbereitung. Bezüglich der Errichtung eines Reichsschulmuseums sind Verhandlungen zwischen der preussischen Unterrichtsverwaltung und der Stadt Berlin eingeleitet worden, die die Vereinigung der auf das deutsche Unterrichtsweesen bezüglichen Sammlungen mit dem städtischen Schulmuseum bezwecken. Gegenüber dem Wunsch auf Festlegung des Osterfestes erklärt der Bundesrat, daß die Voraussetzungen fehlen, um die Angelegenheit mit Aussicht auf Erfolg betreiben zu können. In Vorbereitung befindet sich eine Novelle zur Gewerbeordnung hinsichtlich der Bestimmungen über den Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften. Weiter erfährt man, daß bei der kaiserlichen Werk in Wilhelmshafen verkehrsweise ein Angestelltenausweis eingerichtet werden soll, der alle Privatangehörigen, nicht nur die technischen, umfassen

wird. Ueber die meisten der übrigen Beschlüsse des Reichstages schweben noch die Erörterungen des Bundesrats, soweit dieser nicht bereits zu einem ablehnenden Entschluß gelangt ist oder die Frage dem Reichskanzler überwiesen hat.

Etat des Reichsamts des Innern in der Budgetkommission.

In der Sitzung am Mittwoch befahte sich die Kommission zunächst mit der höheren Subventionierung und Förderung der Seefischerei, für die 500 000 M., das sind 125 000 M. mehr, gefordert werden. Der Konterpartie v. Bühlendorff trat dabei für eine Erhöhung der Fischzölle ein, die Genosse Koste energisch bekämpfte. Auch der Volksparteiler Strube wendete sich lebhaft gegen die Fischzölle, woran die erhöhte Summe bewilligt wurde.

Die Belastung des Reichs durch die Leistungen für die Reichsversicherungsordnung beträgt im nächsten Etatsjahr 57 120 000 M., 748 000 M. mehr. Hierzu beantragten die Genossen Polkenbuh, Südekum, Koste, Schöpflin, Hoch, Sachse und Rauch die Annahme folgender Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Verbindeten Regierung zu ersuchen, neue Berechnungen über die Belastung des Reichs und der Versicherten aus der Hinterbliebenenversicherung (Buch IV der Reichsversicherungsordnung) aufstellen zu lassen. Bei dieser Berechnung sind die bis jetzt gemachten Erfahrungen über Häufigkeit der Rentenbewilligung, die Höhe der erparten Beitragsentrichtungen und der Erträge aus der zur Durchführung der Hinterbliebenenversicherung herbeigeführten Beitragserhöhung mit zu berücksichtigen.

Sollte sich ergeben, daß aus der Summe, die bei Schaffung der Versicherung als Belastung des Reichs angenommen ist, und den Erträgen, die den Versicherungsträgern durch Wegfall der Beitragsentrichtung erspart und aus der Erhöhung der Beiträge für die Hinterbliebenenversicherung zuzuführen, höhere Renten gewährt werden können, als in den §§ 1295, 1292, 1294 und 1296 vorgesehen sind, dann dem Reichstage schleunigst eine Vorlage zugehen zu lassen, durch welche die Renten so weit erhöht werden, wie sie aus den verfügbaren Mitteln gezahlt werden können.

Gen. Polkenbuh begründete eingehend die sozialdemokratische Resolution, die vom Regierungsvorsteher mit dem merkwürdigen Hinweis bekämpft wurde, auch neue Berechnungen können nur Wahrscheinlichkeitsberechnungen sein, die der Zuverlässigkeit entbehren. Erst nach langer Zeit seien aus der Praxis zuverlässige Unterlagen zu gewinnen. — Gegen diese Auffassung und für die sozialdemokratische Resolution traten Redner des Zentrums, der Volkspartei und der Nationalliberalen ein. Die letzteren regten an, die Berechnungen um ein Jahr zu verschieben, um auf der Grundlage zweijähriger praktischer Erfahrungen Berechnungen anstellen zu können. Von allen Seiten wird der Regierung bescheinigt, daß ihr statistisches Material, das der Festlegung der Hinterbliebenenversicherung zugrunde gelegt worden ist, einen vollständigigen Mißerfolg bedeutet. Die sozialdemokratische Resolution, in die die nationalliberale Anregung aufgenommen war, fand einstimmige Annahme.

Von sozialdemokratischen und politischen Rednern wurde die Praxis gebremst, daß besonders in der Provinz Schießen in geradezu ungeheurer Weise Rentenerhöhungen und Rentenzuziehungen verübt werden. Außerdem seien die Vertrauensärzte durch Zirkular angewiesen worden, recht scharf bei Anträgen auf Rentengewährung vorzugehen. Scharf verurteilt wurde auch — selbst von der Regierung — die famose Proklama des hofatistischen Professors Vernehard von der Berliner Universität über die sogenannten Rentenhysteriker in der deutschen Arbeiterschaft.

Ein Antrag des Genossen Rauch, die Unterstützung der Familien der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften höher zu bemessen, wurde bis zur Beratung des Militäretats zurückgezogen.

Die Errichtung eines Reichs-Einigungsamtes

beschäftigte die Petitionskommission des Reichstages am Mittwoch. Das Gewerbeamt der freien Hansestadt Bremen stellte den Antrag, als Reichs-Einigungsamt eine Behörde mit den Befugnissen eines ordentlichen Gerichts einzusetzen, das als ständige Vermittlungsstelle bei Streiks und als höchste Tarifinstanz bei Tarifstreitigkeiten fungieren solle. Nach längerer Debatte stimmte die Kommission der Ueberweisung zur Verächtlichung zu.

Das Mandat des Reichsverbändlers v. Liebert.

Am Mittwoch befahte sich die Wahlprüfungskommission mit der Wahl des Reichsverbändlers Generalleutnants a. D. v. Liebert (14. sächsischer Wahlkreis Vorna-Pogau). Liebert stieg in der Stichwahl mit 13 081 Stimmen gegen 13 058 Stimmen, die auf den Genossen Ruffel-Leipzig entfielen waren. Gegen diese Wahl sind zwei Proteste und drei Gegenproteste beim Reichstag eingegangen. Die Prüfung war äußerst zeitraubend; sie füllte eine Sitzung vollständig aus. Zunächst einmal wurde bestritten, Beweis darüber zu erheben, ob eine Anzahl namentlich bezeichneter Wähler, die nach Ansicht der Wählerlisten gewählt haben, keine deutschen Reichsangehörigen sind. In mehr als dreißig Fällen sind die Nachträge in den Wählerlisten beanstandet worden. Ueber jeden einzelnen Fall wurde beschloffen, Auskunft darüber einzuholen, wann die betreffenden Wähler in den betreffenden Orten zugezogen sind. In allen Fällen, in denen der Bezug nach dem 22. Dezember 1911 erfolgte, war die Eintragung unbedeutend. Die Stimmen dieser Wähler werden dem Gewählten abgezogen. Die Kommission beschloß einstimmig, die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl auszusprechen und Beweisergänzungen vorzunehmen.

In der Budgetkommission des Dreiklassenhauses.

die sozialistischen ist, wurde am Mittwoch der Landwirtschaftsdelat beraten. Vorher wurde der Nachtragsetat bewilligt, der 60,9 Mill. Mark für den Ausbau der Eisenbahnen und zur Erhöhung des Unterstützungsfonds für die Beamten und Staatsbediensteten enthält. Hierbei wurde von den bürgerlichen Rednern Frage darüber geführt, daß die Verteilung der Unterstützungsumme zu Wirtschaften und Willkür führe. — Es muß eine nette Korruption sein, über die selbst Zentrumskollegen klagen!

Die Beratung des Landwirtschaftsdelats brachte das Geständnis des Ministers, daß die Erleichterungen der Vieh- und Felleinfuhr an dem besonders günstigen Stand der Viehzucht nichts geändert habe. Trotzdem kündigte Reichert v. Schorlemer an, daß diese Erleichterungen keinesfalls über den 1. April 1914 hinaus in Kraft bleiben. In der Debatte wurde auch darauf aufmerksam gemacht, daß infolge der sozialpolitischen Begünstigung des Rörnerbaues die Zahl der Viehlosen Wirtschaften zunimmt. Trotz alledem verhielt sich der Minister völlig ablehnend gegen eine fortschrittliche Anregung auf Aufhebung oder wenigstens Ermäßigung der Futtermittelzölle im bedürftigen Postamt und bezugnehmend stimmten ihm das Zentrum und ein Nationalliberaler hierin vollkommen bei. Von einem Junker wurde verlangt, daß die Landräte den Vorschlag in den Landkrankenkassen führen sollen. Dagegen mußte sich sogar diese Regierung wenden, indem sie sich auf die Reichsversicherungsordnung berief, die das unmöglich macht.

Soziales.

Kinderraubentzug in der Tabakindustrie.

Trauriges Bild stellt eine Erhebung fest, die Dr. Clara Birch über die Kinderarbeit in der Tabakindustrie des nordschweizerischen Kantons Nargau veranlaßt hat. Bereits 1904 hatte die Gemeinnützige Gesellschaft eine Erhebung ähnlicher Art vorgenommen, deren einzelne Ergebnisse nicht veröffentlicht wurden. Offenbar nicht von wegen guten Gewissens, wenigstens hat die Erziehungs-

direktion dieses gut freisinnig regierten Konföder der neuen Be-
arbeiterin die Einsicht der Alten verweigert, da nicht genügend
Garantie gegen eine Wofstellung von Gemeinden oder einzelnen
Firmen geboten sei. Trotzdem gelang es ihr, durch Schul- und
Haussequenzen ein Material zusammenzustellen, das einen trau-
rigen Einblick in die Zustände gewährt.

Danach sind von 2361 schulpflichtigen Kindern des Tabak-
gebietes 685, das sind 29 Proz., mit Tabakarbeitsbeschäftigung.
Der Prozentsatz steigt an den einzelnen Orten bis auf 42, ja
67 Proz. Selbst unter 184 noch nicht schulpflichtigen Besuchern
der Kindergärten gab es 36, ein Fünftel, die so beschäftigt waren.
1904 wurden in demselben Gebiete nur 350 Kinderarbeiter gezählt;
also, wenn die erste Erhebung nicht sehr nachlässig war, eine Ver-
doppelung in wenigen Jahren. Auf die einzelnen Jahre verteilt
sich der Bestand der Kinderarbeiter ziemlich gleichmäßig. Den höch-
sten Prozentsatz zeigen die Gruppen 7½—8½ Jahre (34,3 Proz.)
und 9½—10½ Jahre (36,9 Proz.). 496 Kinder sind unter 10½
Jahren. Ueber 13½ wurden nur noch 8 (5,1 Proz.) gezählt.

Die Arbeitszeit wurde in 330 Fällen ermittelt. Sie war 1—3
Stunden in 21,2 Proz., 3—6 Stunden in 65,8 Proz., 6—8 Stunden
in 13 Proz. aller Fälle. Mit der Schularbeit zusammen ergab sich
eine Belastung bis zu 13 Stunden! Fast die Hälfte der Kinder
ist zur Nachtarbeit verurteilt. Ein Lohn ist nicht zu ermitteln, da
die Kinder für Rechnung der Eltern arbeiten. Deren Lohn, also
mit Einrechnung der Kinderarbeit, beträgt durchschnittlich 3—3½
Franken den Tag! Diesem Lohn entsprechen die Lebensverhältnisse.
Trotz der Verbreitung der eigenen Häuschen kam nur auf
den zehnten Teil der ermittelten Kinder eine eigene Bett-
stelle. Die übrigen stürzen sich, mit anderen zusammengepackt, bis
zu vieren in einem Bette, für die Arbeit mit dem giftigen Material
und die trockene Jugendluft, von der die Dichter singen. Ebenso
kümmerlich ist mit dem Essen bestellt, in dem der Kaffee eine über-
trockene, Fleisch fast gar keine Rolle spielt. Die Verfasserin gibt
folgende Aufzeichnung eines Jungen von 15 Jahren wieder:
Sonntag: zum Frühstück Kaffee und Rösti (Kartoffeln), zum Mittag
Kaffee und ein Stück Brot, zum Abend Suppe und Kartoffeln.
Montag genau derselbe Speisezettel; Dienstag eine Abwechslung
durch Löwenzahnsalat usw. Man sieht: Kartoffeln in alle Ewig-
keit!

Natürlich ist auch die Arbeit selbst ungesund. Die Kinder be-
sorgen das Tabakentrippen mit der Hand am Ehtisch. Manche
müssen in der ersten Zeit erbrechen. Es herrscht ekelerregender
Gestank. So kommt es, daß von 322 Kindern 64, ein Fünftel,
schon Lungenerkrankungen erlitten haben. Von 100 Tabakarbeitsern
sind nur 38 militärtauglich!

Korruption in einer christlichen Ortskrankenkasse.

Die Bochumer Ortskrankenkasse wird seit Jahren von Christen
beherrscht, die diese haben die große Mehrheit der Arbeitneh-
mandate inne. Sie sind bei jedem Wahlsiege, die sie nur einem
für sie günstigen elenden Gruppensystem verdanken, stolz auf
ihre fernere Herrschaft in der Kasse. Nur haben die guten Leute
nicht vermocht zu verschälen, daß sich unter ihrem Regime die
schlimmste Korruption, „gemildert durch Schlamperie“, eingenistet hat.
Die Presse hat zur Zeit darüber berichtet.

Seit Freitag findet vor der Bochumer Strafkammer einer der
Prozesse statt, die die Staatsanwaltschaft sich schließlich genötigt
sah, einzuleiten, nachdem eine ganze Anzahl von anhängig ge-
macht Verfahren wieder eingestellt worden waren. Gestern ist
der Prozeß zu Ende geführt worden.

Angeklagt war der zur Zeit von der Aufsichtbehörde emp-
fohlene, um nicht zu sagen aufstrotzende und seit einigen Wochen
zu H. H. befindliche Mandant Haverkamp wegen Untreue, Ur-
kundenfälschung und Betruges.

Die Verhandlung endete mit Verurteilung des Angeklagten
wegen Betruges und Urkundenfälschung zu 3 Monaten Gefängnis.
Einige besonders schwere Fälle (darunter Befreiung von Allen
der Staatsanwaltschaft und der Ortskrankenkasse) wurden einem
Nachverfahren vorbehalten.

Eine neue „Musterkass“, wie die Christen noch im letzten
Vorwunder Krankenkassenwahlkampf die von Haverkamp geleitete
Kasse bezeichneten.

Zur Unfallgefahr im Bergbau.

Das rheinisch-westfälische Steinkohlenbival hat vom 1. Januar
an den Beiden die Förderung freigegeben. Wie verlautet, sollen
die Beteiligungsziffern nach der Förderung dieses ersten halben
Jahres 1913 neu aufgestellt werden. War der Druck auf die
Kohlenförderung bisher schon sehr groß, so ist es jetzt noch schlim-
mer geworden. Alle anderen Arbeiten als Reparatur und Vor-
richtung müssen zurückbleiben. Ferner können die Arbeiter sowie
Schichten verfahren, wie sie Lust haben. Dazu wird von den

Steigern noch geliebt: „Kohlen, Kohlen!“ Es ist am unau-
sprechlich, daß sich die Unfälle häufen müssen. Gut wäre es daher,
wenn die Arbeiter jetzt ihr besonderes Augenmerk auf drohende
Gefahren richteten, damit zeitig genug darauf hingewiesen werden
kann.

Aus aller Welt.

7037 Orden.

Die Mitglieder der preussischen Ordenskommission waren in den
letzten Wochen und Monaten wohl die geplagtesten und arbeitsamsten
Menschen. Im Schweiße ihres Angesichts mußten sie sich mühen,
eine genügende Anzahl würdiger patriotischer Männer zu finden, denen
möglichst noch kein Piepmatz ins Knopfloch geflogen war. Wahrscheinlich,
eine schwere Arbeit; denn bei der Fülle von Ordensleuten, der sich
auch im Laufe des Jahres außer am Ordensfeste über die Loyal-
gesinnung ergiebt, ist es schwer, Unbedingte aufzugabeln.

Es ist daher kein Wunder, daß unter den am Sonntag
Deforieren sich in großer Zahl Leute befinden, denen schon ver-
schiedenartig für ihre ungeheuren Verdienste um die Menschheit
Deforierung zuteil geworden ist. Zurzeit ist nämlich für Orden-
verleihungen Hochkonjunktur: 7037 Orden wurden am
12. Januar d. J. verliehen und damit ist der Rekord erreicht.
Glücklich sind wir über die schlechten Zeiten von 1889 hinweg,
wo nur 1507 deutscher Männer der Deforierung würdig befunden
wurden. Die Konjunktur wurde immer besser, so daß im
Jahre 1910 wenigstens die 4000 überschritten werden
konnten! Und drei Jahre später 7037 Orden der ver-
schiedensten Art.

Mancher davon mag freilich mit gemischten Gefühlen entgegen-
genommen worden sein, da nicht immer die behördliche Wertschätzung
mit dem Respekt vor der eigenen Person gleichen Schritt zu halten
vermag. So hat der berühmte Januschauer Kammerherr
v. Oldenburg sicher eine andere Deforierung erwartet, als sie
der ihm zugesagte Kronenorden zweiter Klasse darstellte, den mit
ihm eine ganze Anzahl nicht einmal blaublauer Kapitäne zur See,
Justizräte u. a. erhalten haben.

Oldenburgs Verdienste um die Sozialdemokratie
sind von der Ordenskommission entschieden unterschätzt worden, gar
nicht zu reden von seinen Bemühungen zur Hebung von Un-
stand und Umgangssprache in den Parlamenten. Da mag der
Leusel Vorkämpfer für den Absolutismus und Intimus des
Kronprinzen sein, wenn die Dankbarkeit sich nur bis zur zweiten
Klasse des Kronenordens verweigert. Herr v. Oldenburg,
kommandieren Sie den Leutnant und zehn Mann und
schließen Sie die Ordenskommissionsbude.

Zur Untersuchung gegen Sternickel.

Die Durchsuchung des kalteschen Schloßes in Ortwig, des
Schauplatzes der dreifachen Mordtat Sternickels, ist gestern be-
endet worden. Das Schloß, dessen Räume zum Teil versiegelt
waren, ist freigegeben worden. Das Gerücht, daß Sternickel und
seine Helfershelfer zur Aburteilung nach Berlin gebracht würden,
ist irrig. Die Verbrecher werden vor das zuständige Schwurgericht
in Frankfurt a. O. gestellt werden. Voraussetzlich wird dort
auch der Mord und die Brandstiftung in der Plagwitzer
Mühle abgeurteilt werden, weil man möglichst vermeiden will,
einen so schweren Verbrecher wie Sternickel von einem Ort zum
anderen zu bringen. Zulässig ist das, wenn sich die zuständigen
Behörden darüber einigen. Verhandlungen nach dieser Richtung
sind bereits eingeleitet worden.

Schiffskatastrophen an der englischen Küste.

Der deutsche Dampfer „Werner Kunstmann“, in
Stettin beheimatet, der am Montagabend bei Goswick auf
Grund geraten war, geriet in Brand. Das Feuer wütete
fünf Stunden. Die Besatzung, die kurz vorher bei niedrigem Wasser-
stand an Land gegangen war, konnte nicht wieder an Bord ge-
langen. — Wie aus Southfields gemeldet wird, ist die
russische Viermastbarke „California“ bei den St. Marys-
Inseln, sechs Meilen von Lyne entfernt, bei Nacht auf Grund
geraten und sofort in Stücke gebrochen. Der Kapitän und
sieben Mann wurden aus den Fluten gerettet, zehn Mann sind
ertrunken.

Zu Beschl, Eggellenz.

Aus Anlaß wiederholter Konfiskationen berichtet der „Brüner
Volkstfreund“ ein lustiges wahres Hörtüchlein aus der Konfis-
kationspraxis des Staatsanwalts, das die Motive
veranschaulicht, die zu einer Konfiskation führen können. Das Hörtüchlein
lautet: Es war einmal ein Mann, der im Nährerland als oberster
Landeschef seines Amtes waltete. Er hieß Herrmann Freiherr v. Vöhl
und wurde Eggellenz genannt. Er regierte zur ziemlichlichen Zu-
friedenheit der Bevölkerung und war sorgsam darauf bedacht,
niemals Anstoß zu erregen. Seine freie Zeit widmete er seiner
Lieblingsbeschäftigung, der Bekämpfung des deutschfortschrittlichen
„Tagesboten aus Mähren und Schlesien“, der ge-
treulich berichtete, wann Statthalter Freiherr v. Vöhl „sich nach
Wien begeben hatte“, wann er „nach Brünn zurückgekehrt sei“,
wer als Titular-Gendarmierewachmeister zum Kanzlisten ernannt
wurde, wer an einem Leichenbegängnis teilgenommen habe und ähn-
liche interessante Neuigkeiten mehr. Statthalter Frhr. v. Vöhl war
vom Tage seines Amtsantritts an gewohnt, täglich um 1/6 Uhr nach-
mittags sein Leiborgan auf seinem Schreibtisch vorzufinden. Und
eines Tages geschah es, daß es 1/3 Uhr wurde, ohne daß der
„Tagesbote“ seinen Einzug in das Statthaltergebäude
gehalten hätte. Minute um Minute verram. Um 1/3 Uhr konnte
der Statthalter keine Ungebuld nicht mehr zügel und er folgte
telephonisch den Brüner Polizeidirektor, ob der „Tagesbote“
konfisziert sei. Der Polizeidirektor konnte keine Auskunft
geben, versprach aber, beim Staatsanwalt anzufragen. Der Polizei-
direktor tat, wie er versprochen, und erhielt vom Staatsanwalt, der
die Frage mißverstand, die Antwort: „Noch nicht, wird
aber sofort geschehen!“ Der Staatsanwalt meinte
wohl, daß er etwas „Konfiscales“ übersehen hatte, und er
versteckte sich sofort in ein eisriges Studium des „Tagesboten“ und
nach vieler, vieler Mühe fand er eine Stelle, von der er glaubte,
daß auf sie einer der Kaufgutsparagrafen des Strafgesetzes passe.
So wurde der „Tagesbote“ konfisziert, und hochbefriedigt
im Gefühl erfüllter Pflicht berichtete der Staatsanwalt dem
Landeschef das vollbrachte Werk. Die Verwunderung und das
Bedauern des Statthalters klärten jedoch den Staatsanwalt sofort
darüber auf, daß die mühsam zustande gebrachte Konfiskation des
regierungskommunen Blattes gar nicht Wunsch des Landes-
chefs gewesen sei und daß nur ein „bedauerliches
Mißverständnis“ vorgelegen sei. — Was gewiß ein kleiner
Beitrag für die Psychologie der Staatsanwälte und für das liberale
Gehör nach der „Meinung von oben“ genannt werden muß.

Die Schwierigkeiten der Präsidentschaftswahl.

Die Frage, wer der zukünftige Präsident Frankreichs wird, er-
regt zurzeit die politischen Köpfe der grande nation in harter Weise.
Daneben aber spielt auch die Frage für die Parlamentarier
keine kleine Rolle. Auch dafür muß natürlich geforscht werden, da
nach alter Tradition im Kongressaal ein Votum für die
Wähler errichtet wird. Im Sonderzug, der am Donnerstagabend
vom Invalidenbahnhof nach Versailles abgeht, wird dem Votum
folgende Kleinigkeiten zuzuführen: 50 ganze Schinken aus York,
250 Kilogramm Burstweizen, 50 Säufelbepackungen, 100 Kilogramm
Schweizerkäse, 800 Flaschen Mineralwasser, 300 Flaschen Burgunder,
250 Flaschen andere Weine, 100 Flaschen Marfala, 300 Flaschen
Kognak, 60 Flaschen mit Tee. Für Tröstung der Unterliegenden ist
also reichlich gesorgt.

Kleine Notizen.

In falschem Verdacht? In Veins stellte sich am Dienstag
freiwillig der Dienstknecht Otto Holland aus Jliebe, der bekannt-
lich im Verdacht steht, vor sieben Jahren in Heiligendorf den Dienst-
knecht Hirsch ermordet zu haben. Er erklärte, daß er un-
schuldig und der andere Dienstknecht von seinem eigenen
Gespann überfahren worden sei. Er habe in den Zeitungen
von dem auf ihn ruhenden Verdacht gelesen und sich deshalb sofort
freiwillig gestellt, um den wahren Sachverhalt aufzuklären. Holland
wurde zunächst in Gewahrsam behalten.

Bergiftung einer ganzen Familie. Ein schwerer Fall von Ver-
giftung, über dem noch tiefes Dunkel liegt, hat sich in Karlsberg
bei Löbau zugetragen. Am Montag wurde der Tagelöhner
Hentschel mit seiner Familie, bestehend aus Ehefrau und
sechs Kindern, von Nachbarn in bewußtlosem Zustande
in seiner Wohnung aufgefunden. Es stellte sich heraus, daß zwei
Kinder von zwei und vier Jahren den Geist aufgegeben hatten,
bei den übrigen gelang es, sie ins Leben zurückzurufen.
Die eingeleitete Untersuchung dürfte Licht in die dunkle Ang-legen-
heit bringen.

PEEK & CLOPPENBURG

Gertraudenstraße 25-26-27 □ BERLIN □ Roßstraße 1-la-2

Nur bis Montag, den 20. Januar

Inventur-Verkauf

zu vorteilhaften, niedrigen Preisen.

Zum Verkauf kommen fast nur tadellose Restbestände in besseren
Qualitäten, welche billig verkauft werden! Besonderes Angebot in Knaben-
und Jünglings-Anzügen in besserer Ausrüstung. Herren-Sakko-
Anzüge, Paletots und Ulster in modernen Farben und neuester Machart
außerordentlich preiswert.



Eile zu Weile

Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S. 119 Dresdener Str. 119
am Oranienplatz, Hochbahn Kottbuszer Tor.

Inventur-Verkauf

zu wirklich billigen Preisen

Echt Skunks-Stola von 30 M. an

Nerzmurmel-Stola von 12,00 M. an

mit Köpfen und Schweifen.

Alaska-Fuchs-Imitation v. 6⁵⁰ M.

Warder, Nerz, Persianer,

Opposum, Biber, Iltis etc.

in allen modernen Formen stets

am Lager.

Bitte Eile zu Weile

Dresdener Str. 119 zu achten!

Jedermann erhält die im Fenster

ausgestellten Gegenstände sofort

— für den bezeichneten Preis. —

Sonntags geöffnet.

Eigene Kürschnerei.

Reparaturen

gut, schnell, billigst.

Die neue Manoli Kardlach das Beste für 3 M

In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Nichelswerder**,
an der neuen **beim Alten Freund**.
Heerstraße

Sonabend, den 25. Januar er.:
Saal frei
Residenz-Festhalle, Sandberger Str. 31.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 16. Januar 1913.

Anfang 7 Uhr.

Deutsches Opernhaus. Die Frau Präsidentin.

Kgl. Opernhaus. Madame Butterfly.

Kgl. Schauspielhaus. Was dem der Welt.

Deutsches. Der blaue Vogel.

Opernhaus. Der blaue Vogel.

Residenz-Theater, 8 Uhr.

Die Frau Präsidentin.

(Madame la Présidente).

Schwank i. 3 Akte v. Hennequin u. Geber.

Worgen und folgende Tage:

Die Frau Präsidentin.

Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Karl Roden 1141.

8 Uhr:

Der heilige Antonius.

Theater am Nollendorfplatz 5.

Heute geschlossen wegen Generalprobe

der Premiere: Die Studentengräfin.

Freitag, 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:

Die Studentengräfin.

Luisen-Theater.

Donnerstag, abends 8 Uhr, zum

25. Male: Berlin-Hamburg-New

York.

Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Sinder-

vorstellung: Kaiser als Heiler-

mann. (Gemeinschaft der Jugend-

bühne Groß-Berlin.)

Freitag, abends 8 Uhr: Berlin-

Hamburg-New York.

Sonabend, nachm. 4 Uhr: Sinder-

vorstellung: Der Sandmann

kommt.

Sonabend, abends 8 Uhr: Berlin-

Hamburg-New York.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Die Sünden

der oberen Zehntausend.

Freie Volksbühne

Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshaus:

Generalversammlung.

1. Vortrag. Herr Dr. Alfred Guttman:

Die Bedeutung Richard Wagners für die deutsche Bühne.

2. Geschäftsbericht des Vorstandes, Kassierers und der

Revisoren. Diskussion.

Die Mitgliedskarte dient als Legitimation

für die Besucher der Generalversammlung.

Extra-Opernvorstellung

Sonntag, den 2. Februar, 3 Uhr nachmittags,

im Deutschen Opernhaus (Charlottenburg):

Mozart: Figaros Hochzeit.

Deutsches Schauspielhaus

Tragödie des Sophokles:

Elektra.

Deutsche Oper

in Charlottenburg

Beethoven:

Fidelio.

Thalia-Theater

Gorki:

Die Feinde.

Herrnfeld-Theater

Nansen:

Eine glückliche Ehe.

Lessing-Theater

Sonntag, 23. März

Extravorstellung:

Die Weber.

Abendabteilungen

(8 Uhr):

Sudermann:

„Clou“ :: Berliner :: Konzertthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Musik. Kaiser-Alexander-Reg., Dirig. Kgl. Musikdir. Brase.

Zillerthaler und Tegernseer Sänger

Schuhplattler und Jodler!

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen Wochentagen:

Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Urania

Wissenschaftliches Theater.

Taubenstraße 48/49.

8 Uhr:

Paris und die Königs-

schlösser von Versailles.

Hörsaal 8 Uhr: Dr. O. Heinroth:

Bilder

aus dem Vogelleben.

Zirkus

Albert Schumann.

Donnerstag, den 16. Januar,

abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Sport-Vorstellung.

Debüt! Debüt!

?? The 4 Gladiatoren??

Das Tagesgespräch von Berlin!

Cäsarios

Löwen- und Tigergruppe.

Die wildeste Dressur

der Gegenwart!

Der Triumph des Todesmutes

Um 9 1/2 Uhr:

Der unsichtbare Mensch.

Metropol-Theater

Chauffeur — ins Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang und

Tanz in 10 Bildern.

Otto Reutter a. G.

mit täglich neuem Repertoire i.

Abends 8 Uhr. Hausen gefüllt.

Folies Caprice.

Die Novitäten:

In Sachen Katenstein.

Die Doppelfirma.

Die Tochter der Brant.

Theater Königstadt-Casino.

Die Holzmarkt u. Alexanderstraße.

1 Minute v. Bahn. Jannowstraße

Tägl. abds. 7 1/2, Sonn. 7 1/2 Uhr:

Einer Mutter Sohn.

Vollständ. in 1 Akt — und das

groß. Spezialitätenprogramm

Abd. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Trianon-Theater.

Der seltsame Toupinel.

Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum

50 wilde

Weiber Männer

Kinder

vom Stamme der Igorroten.

Lebend! Ohne Extra-Entree!

Zirkus Busch.

Donnerstag, den 16. Januar,

abends 7 1/2 Uhr:

Mae Norton

verschluckt heute

eine besonders große Quantität

Amphibien mit der entsprechenden

Menge Flüssigkeit. Seine Pro-

duktionen bilden das Tages-

gespräch von Berlin.

Infolge des riesigen Erfolges

hat sich die Direktion im

übrigen entschlossen,

Den Affen im Acroplan

zu prolongieren. Z. Schluss:

„Sevilla“

Casino-Theater

Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr:

Die neue Lokalposse:

Am grünen Strand

der Spree!

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

Zum Schluss:

Cavalleria

schurticiana.

Diabolisch-

infrenetische

Oper.

Anfang 8 Uhr.

Walhalla-Theater

Reichenberger Str. 19/20. Rosenbl. Tor.

Abends 8 1/2 Uhr:

Goldener Lichtsinn.

Concordia-Festsäle.

Inh.: M. Wendt u. A. Schütze.

64 Andreasstr. 64.

Jeden Donnerstag:

Große Soiree

der allgemein beliebten

und bekannten

Hoffmanns Sänger

mit vollständig

neuem Programm

Anfang 8 Uhr.

Nach der

Soiree: Frei-Tanz.

Vortragskarten habe Gültigkeit.

Nibles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.

Jeden Donnerstag:

Tanzkränzchen.

C. Nülle.

Der Etat der Landesversicherungsanstalt Berlin für das Jahr 1913.

Der Etat der Landesversicherungsanstalt Berlin für das Jahr 1913 ist in der letzten Dezemberhälfte 1912 zum Abschluß gekommen. Nach einer vom Vorstand der Anstalt dem Ausschuss zur Kenntnis gebrachten vorläufigen Zusammenstellung der voraussichtlichen Reineinnahmen und Ausgaben für 1913 werden die Einnahmen auf 18 668 845 M. veranschlagt, die Ausgaben auf 11 291 123 M. Es wird sonach mit einem Reinerüberschuss von 7 455 722 M. gerechnet, der dem Vermögen der Anstalt, das zurzeit circa 92 Millionen Mark beträgt, zugeführt werden wird. Unter den Einnahmen nimmt naturgemäß der Verkauf der Versicherungsmarken die erste Stelle ein, nämlich 15 400 000 M. Die Einnahmen an Zinsen sind mit 2 850 000 M. veranschlagt. Nach dem Rechnungsbetrag von 1911 — für 1912 liegen noch keine abschließende Zahlen vor — wird mit einer Mehrerinnahme an Verkauf an Marken mit circa vier Millionen Mark gerechnet. Diese Erhöhung der Einnahmen ist auf die Erhöhung der Beiträge und die Erweiterung der Versicherungspflicht auf bisher derselben nicht unterstellten Personen zurückzuführen. Bei dieser vorläufigen Zusammenstellung sind die buchmäßigen Einnahmen und Ausgaben bei den Spezialetat nicht mitgerechnet.

Unter den Ausgaben befinden sich 1 986 835 M. für den Spezialetat der Heilstätte Weich, 148 310 M. für die Tuberkulosestation Pflanzberg, 110 500 M. für das zahnärztliche Institut, 107 750 M. für Tuberkulosestationen, 7 Millionen Mark für Rentenzahlungen und die lächerlich geringe Summe von ganzen 53 000 M. für Witwenlohn, Waisenaussteuer und Beitragsverhältnisse.

Auf Anfrage aus dem Kreise der Vertreter der Versicherten wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß für Berlin der Durchschnittsbetrag einer Witwenrente jährlich 76—80 M., der einer Waisenrente für denselben Zeitraum 36—40 M. betrage und daß bisher von 146 Anträgen auf Witwenrente 45, von 393 Anträgen auf Waisenrenten 298 anerkannt worden sind. Befriedigt sind durch die neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung die Beitragsrückerstattungen an weibliche Personen, die eine Ehe eingegangen und an Witwen und Kinder unter 15 Jahren aufgehoben worden. Die Versicherungsanstalt, die früher mehrere hunderttausend Mark an solche Personen zurückzahlen mußte, erspart jetzt diese Summe, macht also trotz der Zahlung der „großartigen“ Hinterbliebenenrenten ein gutes Geschäft. Als von Seiten der Vertreter der Versicherten hierauf hingewiesen wurde, konnte man allerdings diese Beitragsrückstellungen — denn anders kann man so geringe Leistungen kaum nennen — nicht beschönigen, sondern glaubte darauf betonen zu sollen, daß diese Ausgabe in Zukunft sich steigern würden, es also doch nicht so schlimm sei, als von den Versicherten behauptet würde. Dieser optimistischen Auffassung vermögen wir uns allerdings nicht anzuschließen, weil keine Hoffnung vorhanden ist, daß die erschwerten Bedingungen, unter denen Witwen- und Waisenrenten zu erreichen sind, von der Reichsregierung in absehbarer Zeit einer Abänderung unterzogen werden.

Mit den buchmäßigen Einnahmen und Ausgaben zusammengekommen beträgt der Gesamtertrag rund 20 500 000 M., darunter die Heilstätte Weich mit rund 2 800 000 M., Heilstätte Pflanzberg (Tuberkulose-Station) 182 000 M. und zahnärztliches Institut mit 113 500 M.

Bei dem Etat für die Heilstätten Weich wurde seitens der Vertreter der Versicherten der Wunsch auf Errichtung einer Abteilung für Heilfäden ausgesprochen. Eine solche Einrichtung besteht bereits in der Hansatische Versicherungsanstalt. Heute müssen von solchen Leiden befallene Personen und die Krankenkassen besonders für Bandagen enorme Summen aufwenden. Ein Spezialist auf diesem Gebiet soll allein durch die Bandagenbehandlung und -Lieferung mehr als hunderttausend Mark Einnahme pro Jahr haben. Vom Vorstand wurde ein besonderes Bedürfnis für eine solche Einrichtung bestritten. Es würden auch jetzt schon Verleibende, bei denen durch diese Krankheit der Eintritt der Erwerbsunfähigkeit zu befürchten wäre, ambulatorisch und durch Spezialärzte behandelt. Solche Anträge seien aber nicht sehr häufig. Zu längerer Erklärungen gaben auch die Vorgänge des Vorjahres Veranlassung, die anlässlich der Abänderung der Urlaubsvorschriften unter den Pfingstlingen, insbesondere unter denen der Abteilung für Lungenkranke in der Heilstätte Weich entstanden waren. Auch die Vertreter der Versicherten geben ihrem Bedauern und ihrer Kritik über die feierlichen Vorkommnisse Ausdruck.

Versicherte, die von der Einrichtung der Landesversicherungsanstalt Gebrauch machen und sich nach der Heilstätte zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit und Erwerbsfähigkeit begeben, müssen in ihrem Interesse und in dem ihrer Familie lediglich das ernste Bestreben haben, das Ziel zu erreichen. Dieses Ziel wird und kann nicht erreicht werden, wenn bei einzelnen Personen an ungeeigneter Stelle eine Ueberanstrengung des Organisationsgedankens Platz greift und sich zu betätigen versucht. Dadurch wird in die Reihen der übrigen Pflanzlinge Unruhe gebracht, die das Gegenteil von dem erzeugt, was mit der Heilbehandlung beabsichtigt wird.

Energisch verwahren mußten sich dagegen die Vertreter der Versicherten gegen den Vorwurf, daß diese Vorgänge mit dem Leiden des „Vorwärts“ zusammenhängen, daß für denselben Agitation getrieben und zu diesem Zweck besondere Ausgaben gemacht würden. Ein Schmod im „Tag“ hatte vor einiger Zeit die Mitteilung gebracht, aus dem Jahresbericht der Partei ergebe sich, daß diese zur Agitation in den märkischen Heilstätten den Betrag von 10 000 M. ausgegeben habe. Tatsächlich ist eine Ausgabe für diesen Zweck im Jahresbericht der Partei Großberlins und der Provinz Brandenburg nicht enthalten. Lediglich eine theoretisch-finanzielle Betrachtung über das Geschäftsergebnis des „Vorwärts“ seitens der Prekominmission über die Lieferung von Freieigenplätzen auf Grund bekannter Parteibeschlüsse an Kranke und Arbeitslose, wo von einem Einnahmeüberschuss in Höhe des genannten Betrages die Rede ist, ist in dem Jahresbericht enthalten und damit wollten die benannten Vorstandsmitglieder die Agitation für den „Vorwärts“ beweisen haben. Es muß noch bemerkt werden, daß unter den von der Prekominmission in Bezug genommenen Freieigenplätzen auf Weich ein geringer Teil entfällt, da solche Freieigenplätze in der Mehrzahl an in Berlin wohnende Arbeitslose und außerdem an Kranke in anderen Heilanstalten geliefert werden.

Dem Vorschlag Weich ist eine Leistung von 1225 Kranken zugrunde gelegt. Diese Zahl wird sich im Laufe des Jahres auf 1285 erhöhen. Der Ausschuss genehmigte den Umbau einer Waschküche auf der Sanatoriumsseite mit einer Ausgabe von 25 000 M. Durch den Umbau wird ein neuer Krankenpavillon für circa 60 Personen geschaffen. Den Personalbestand bilden 443 Personen und circa 40 ständige Gartenarbeiter, von denen letztere alle in der Umgebung der Anstalt wohnen. Eine Verbesserung der Gartenarbeiter, die bisher „nen Stundenlohn von 35—40 Pf. bezogen, wurde von den Vertretern der Versicherten angeregt und wird vom Vorstand in Erwägung gezogen werden. Die bisher niedriger entlohnten Krankenwärter sollen den besser bezahlten gelerntem Gärtnern gleichgestellt werden, ebenso einige andere Angestelltenkategorien. Ein von allen niederen Angestellten gestellter Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage konnte, weil zu spät eingereicht, nicht zur Entscheidung kommen.

Bei dem Hauptetat wurden auf Grund des § 1467 der Reichsversicherungsordnung Ueberwachungsbestimmungen getroffen. Diese Vorschriften, welche in fidejuncta Paragraphen niedergelegt sind, regeln die Beitragskontrolle, die Anstalts-, die Versicherte und Arbeitgeber auf Ersuchen den Kontrollbeamten zu geben haben u. a. m. Von besonderer Wichtigkeit für Versicherte, die nicht zu dem Kreise

der ständig Beschäftigten gehören, wie Privatlehrer und Lehrerinnen, sowie Ausbilder, Falger, Kellner, Köcher, Musiker, Näherinnen, Aufwärterinnen, Garberinnen und Toilettenwärter) ist die Bestimmung, daß sie, sofern eine Unregelmäßigkeit in der Markenverwendung bei ihnen festgestellt wird oder sie über ihre Arbeitsverhältnisse zuverlässige Auskunft nicht geben können, auf Anordnung der Landesversicherungsanstalt selbst Aufzeichnungen über ihre Arbeitgeber nach einer vorgeschriebenen Liste solange zu führen haben, bis diese Anordnung wieder aufgehoben wird. Eine gleiche Bestimmung (Zwang zur Führung einer Liste) ist im § 8 der Vorschriften auch für Arbeitgeber erlassen. Diese Formulare werden den Versicherten unentgeltlich verabreicht.

Infolge der Vermehrung der Verwaltungsgeschäfte, bedingt durch die Neuerungen der Reichsversicherungsordnung, wurde die Anstellung von acht Bureauassistenten und fünf weiteren Kontrollbeamten beschlossen.

Von den bei der Anstalt angestellten Militäramvätern wurde der Wunsch ausgesprochen, sie in Bezug auf das Befoldungsdienstalter ihren Kollegen im Reichs- und Staatsdienst gleichzustellen. Bei den Reichs- und Staatsbehörden wird den Militäramvätern bei ihrem Diensttritt nach neunjähriger Dienstzeit ein Jahr, nach 12jähriger Dienstzeit zwei Jahre auf ihr Befoldungsdienstalter angerechnet. Die Vertreter der Versicherten erklärten sich bereit, bei Militäramvätern mit einer neunjährigen Dienstzeit ein Jahr anzurechnen, lehnten jedoch die Bewilligung eines zweiten Jahres für die 12 Dienstjahre hinter sich habenden Militäramväter ab, da diese durch die an sie zur Auszahlung gelangende Prämie von tausend Mark entschädigt seien. Es kam schließlich ein Kompromiß zustande, wonach den Militäramvätern mit neunjähriger Dienstzeit ein Jahr, denen mit zwölfjähriger Dienstzeit einundeinhalbes Jahr auf ihr Befoldungsdienstalter in Anrechnung gebracht werden soll.

Ein Reglement, das die dienstlichen Verhältnisse der Beamten der Landesversicherungsanstalt Berlin einer Neuordnung unterzieht, gelangte zur Annahme.

Von Interesse wäre schließlich noch zu erwähnen, daß es Vorstand und Ausschuss gemeinsam abgelehnt haben, die bisher der Zentrale für Lungenfürsorge gezahlte Subvention von 25 000 M. pro Jahr weiterhin zu gewähren. Beschlossen wurde hierzu folgendes: „Nachdem durch die Landesversicherungsanstalt Berlin eine zentrale Tuberkulosestation eingerichtet worden ist, und diese Station mit dem 1. Januar 1913 ihre Tätigkeit auf das ganze Stadtgebiet erstrecken wird, ist es dringend erforderlich, daß auch vollständig alle Versicherten bzw. deren Angehörige ausschließlich der Fürsorge durch diese Tuberkulosestation teilhaftig werden und daß unter allen Umständen die fortwährende Tätigkeit zweier Einrichtungen (gemeint ist hiermit die obgenannte Zentrale für Lungenfürsorge) für denselben Personenkreis vermieden werden muß. Im Interesse der allgemeinen Bekämpfung der Tuberkulose ist die Ausschaltung der häuslichen Tuberkulosefürsorge auf den nichtversicherungspflichtigen Teil der Bevölkerung, welcher dem sogenannten Mittelstand zuzurechnen wird, dringend erwünscht.“

Auf diesem Gebiete könnte sich das bestehende Zentralkomitee für Auskunfts- und Fürsorgestellen betätigen. Da eine solche Maßnahme die häusliche Tuberkulosefürsorge der Landesversicherungsanstalt Berlin wesentlich unterstützen würde und als eine allgemeine Maßnahme im Sinne des § 1274 der Reichsversicherungsordnung angesehen ist, so könnte dem Zentralkomitee an Stelle der bisherigen Subvention ein angemessener Zuschuß für seine Tätigkeit bewilligt werden.“

Für die Errichtung eines Zentralbureaus für Wohnungsfürsorge (Verstellung von Kleinwohnungen), einem Unternehmen, das in Gemeinschaft mit der Landesversicherungsanstalt Brandenburg, der Staatsregierung, dem Provinzialrat Groß-Berlin und der Stadt Berlin demnächst errichtet werden soll, wurde ein Zuschuß bewilligt.

Den Vorsitz im Ausschuss führt jedes Jahr abwechselnd ein Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten. Für 1913 wurde als Vorsitzender Schloffer Wernitz, als stellvertretender Vorsitzender der Kaufmann Jeroal gewählt.

Erster Verbandstag des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

Jena, 14. Januar.

Zweiter Verhandlungstag.

Debatte über die Geschäftsberichte

Wurde heute fortgesetzt. Sie bewegte sich zunächst in ruhigen Bahnen, wurde aber bald sehr lebhaft, als Gauleiter Hüttmann unter teilweisen Zustimmungslandbedingungen sehr scharf auf die gestrigen Ausführungen von Paeplov antwortete. Silberschmidt suchte zu vermitteln, in der Sache jedoch stimmte er Hüttmann bei. Paeplov ging dann in der Nachmittagsung ausföhrlich auf die Angriffe gegen ihn ein. Er betonte, daß lediglich die Verlesung, wer erster Vorsitzender des Verbandes werden solle, die Ursachen des Streites seien. Der Verbandstag folgte seinen Ausführungen unter lautloser Stille. Als Paeplov am Schluß seiner Ausführungen erklärte, nun für den Posten des ersten Vorsitzenden nicht mehr kandidieren zu wollen, bemächtigte sich des Verbandstages eine Bewegung. Man ließ eine Pause eintreten, und nach dieser betonte Silberschmidt, er habe noch nie daran gedacht, den ersten Posten im Verbande beizubehalten zu wollen. Er hoffe, daß Paeplov doch auf seinem Posten bleibe. Der erste Redner

Gohlke-Berlin lobt den „Grundstein“, der ein gutes Stück Arbeit leiste, er gehöre zu den besten Gewerkschaftsblättern. Redner wünscht, daß der Vorstand Aufklärung über die Volksfürsorge gebe, damit die Delegierten zu Hause für sie Agitation betreiben können.

Hode!-Pofen begründet einen Antrag, den Gau Bromberg zu teilen.

Lingner-Deffau meinte, der Ausschuss verfähre bei Einholung seiner Berichte über Beschwerden sehr einseitig.

Gauleiter Hüttmann-Frankfurt a. M. ist mit der Antwort Winnig auf den Antrag Frankfurts, eine sachtechnische Beilage herauszugeben, nicht befriedigt. Man könne nicht sagen, es liege keine Veranlassung für die Herausgabe vor. Es sei sehr notwendig, auf diesem Gebiete auf die Kollegen erzieherisch, bildnerisch einzuwirken. Redner bittet, den Antrag nicht abzulehnen, sondern dem Vorstand zur Erwägung mit nach Hause zu geben. Hüttmann ging dann auf die Auseinandersetzung zwischen Vorstand und Ausschuss ein. Es schien gestern — sagte er —, als ob der Ausschuss einen Angriff auf den Vorstand gemacht habe. Paeplov hat aber mit seiner Kritik am Ausschuss an der falschen Stelle eingegriffen, er hat das Geschäftsfeld verlassen. Der Anfang des Streites hängt mit der Personenfrage nicht zusammen. Die starken Meinungsverschiedenheiten zwischen Gauvorsitzenden und Ausschuss auf der einen Seite und Vorstand auf der anderen haben ihren Ursprung in den verschiedenen Auffassungen über die diesjährige Lohnbewegung. Im Oktober 1911 nahmen die Gauvorsitzenden, Ausschuss und Vorstand zur Lohnbewegung Stellung. Da hat uns Kollege Winnig in einem Vortrag ganz neue Wege gezeigt, die wir nicht akzeptieren konnten. Gauvorsitzende und Ausschuss haben gütlich geschlossen dem Vorstand gegenüber. Aus dieser Meinungsdivergenz heraus ist dann später der Ausschuss zu dem Vorschlag gekommen, dem Vorstand einige Kollegen als Betreuer für die Lohnbewegung — nicht als „Kontrollreue“, wie Paeplov sagte — beizugeben. Die Sache liegt also nicht so, als wenn der Vorstand gezwungen gewesen wäre, sich an

den Verbandstag als der höheren Instanz um Schutz zu wenden. Die Mehrheit der Gauvorsitzenden aber und der Ausschuss wollen die alte Taktik und die alten Grundsätze bei Lohnbewegungen hochhalten, der Vorstand will diese aber verlassen. Daraus sind auch die Meinungsverschiedenheiten entstanden, wor der Nachfolger Böhmeburg sein soll. Bisher war es üblich, daß Vorstand und Ausschuss über wichtige Fragen zusammen beraten haben (Paeplov: Das ist nicht richtig!), dann wurden die Gauvorsitzenden informiert und die drei Körperschaften haben zusammengearbeitet. Wenn diese Instanzen eine Vorlage für nicht angebracht hielten, dann trat der Vorstand mit ihr nicht an die Öffentlichkeit. Diesmal hat der Vorstand anders gehandelt, er hat sich an das Votum dieser Instanzen nicht gehalten. Daraus muß sich aber ergeben, daß wir uns gegenseitig in grundsätzlichen Fragen aufs schärfste bekämpfen. Einträglichkeit kann aber den Verband am besten vorwärts bringen. Diesen Boden hat der Vorstand jedoch verlassen. (Bravo!)

Hermann-Eisenach: Das Gesamtergebnis der Entwicklung des Verbandes sei ein geradezu glänzendes. Es sei aber immer noch eine bedeutende Organisationsarbeit zu leisten, die Zahl der Unorganisierten wäre noch groß. Der Erfolg der Agitationstouren stehe in keinem Zusammenhang mit den hierfür aufgewandten Mitteln. Es müsse hier eine andere Einrichtung getroffen werden. Den örtlichen Leitungen solle mehr Bewegungsfreiheit gegeben werden. — Der Verbandstag in Leipzig habe den Vorstand beauftragt, ein literarisches Bureau zu schaffen. Diesem Auftrag sei aber der Vorstand noch nicht nachgekommen, seine baldige Durchführung sei aber angebracht. Das geistige Leben müsse etwas gehoben werden.

Thöns-Berlin meint, der Ausschussvorsitzende Doehne habe sich zu reserviert verhalten. Was Hüttmann gesagt habe, sei aber den Kollegen nicht mehr neu. Der Vorstand habe sich an die statutarischen Bestimmungen zu halten, das habe er aber nicht getan. Er bitte, daß die Vorlagen, die vom Ausschuss und den Gauvorsitzenden abgelehnt wurden, nicht mehr an die Öffentlichkeit kommen sollen. Hüttmann habe die Ursachen der Differenzen richtig geföhrt. Alle hätten wohl den Wunsch, daß das fröhlichere gute Verhältnis zwischen Vorstand und Ausschuss wieder eintritt.

Kriese-Königsberg: Wir hatten bisher zwischen Vorstand und Ausschuss ein harmonisches Verhältnis. Um so mehr muß man den gegenwärtigen Zustand bedauern. Doehne fällt sich mit Recht verfehlt. Wir waren gewohnt, daß der Ausschuss bei wichtigen Fragen gehört wird. Paeplov sagte gestern, der Ausschuss habe ihm zwei Kollegen auf die Kasse setzen wollen. Hüttmann hat uns nun informiert, und wir können ihm dankbar sein, daß er uns reinen Wein eingeschenkt hat. (Zuruf: Ganz rein ist er auch nicht!) Ich begreife den Standpunkt des Vorstandes nicht. Auch in den Zweigvereinen werden uns alle Genossenschaftsrechte genommen. Die einzelnen Sparten hatten früher mehr Rechte. Den Statuten ist aber der Vorstand zu sehr entgegengekommen, er hat ihnen mehr Rechte gegeben als wir haben. — Innerhalb der Vertragsperiode unserer Tarifverträge hatten wir die Möglichkeit, recht viele Verträge mit einem anderen Ablauftermine neu abzuschließen. Das haben wir aber nicht getan. Die Taktik der Holzarbeiter wäre für uns sicher auch angebracht.

Silberschmidt-Berlin: Der Verlauf der Debatte wird die Delegierten sicher recht eigenartig berühren. Bisher kamen auf unseren Verbandstagen zwischen den leitenden Personen keine derartige Auseinandersetzungen zum Ausdruck. Diese haben die Kollegen wohl schmerzhaft erfüllt. (Sehr richtig!) Ich halte es für meine Pflicht, zu erklären, wenn auch die Meinungen über unsere Taktik bei den Lohnbewegungen auseinandergehen, so sind wir doch nach reiflicher Prüfung und Ueberlegung zu einer völligen Einmütigkeit in dieser Frage gekommen. (Beifall.) Auch die anderen Organisationen sind mit uns hier einig.

Bezüglich der Differenzen des Ausschusses mit dem Vorstand muß ich sagen, wir können uns nicht nur auf das Statut stützen. Bei uns ist bei weitem nicht alles statutarisch geordnet. Es haben sich neben dem geschriebenen Recht Gewohnheitsrechte herausgebildet. Diese Rechte kann man aber auch als statutarische ansprechen. (Sehr richtig!) Ich muß dem Ausschuss beisehen, daß das Gewohnheitsrecht, daß er bei wichtigen Fragen mit berat, nicht innerhalb einer Geschäftsperiode aufgehoben werden darf. Das hätte ein Verbandstag tun müssen. Das geht auch gegen meine Empfindung, daß der Vorstand die Rechte des Ausschusses beschnitten hat. Wenn jetzt ein Abbruch der diplomatischen Verhandlungen der beiden Döfe (Heiterkeit) eingetreten ist, so ist dies auf einen Willensakt des Vorstandes zurückzuführen, wozu der Vorstand kein Recht hatte. (Sehr richtig!) Paeplov sollte nicht so viel von Demokratie reden; in diesem Falle war die höhere Demokratie sicher nicht auf Seite des Vorstandes. Doehne hat ja anerkannt, daß sich der Vorstand im guten Glauben befand. Damit ist eine Bahn gegeben, auf der wir weiterfahren können. Wir müssen den Weg finden, daß die Arbeitslosigkeit der in Betrocht kommenden Körperschaften für die Zukunft gewahrt bleibt. Hüttmann hat allerdings recht, die Ursachen des Streites sind die, die er schilderte. (Redakteur Winnig: Keim! Gauleiter Ruth-Wöll: Jomohl!) Wir müssen Einsicht besitzen, die Differenzen zu beseitigen suchen und einen Weg der Arbeitsgemeinschaft herbeiföhren. Wir müssen die Ansicht des einzelnen achten. Wie die Dinge liegen, könnten die Differenzen leicht dahin führen, daß wir altbewährte Kräfte des Verbandes verlieren. Wenn ich Doehne und Paeplov sehe, so muß ich sagen, ich kann mir eine Bauarbeiterbewegung nicht ohne sie denken; wir brauchen sie für unsere zukünftige Bewegung. (Zustimmung.) Hoffen wir, daß eine völlige Klärung eintritt. Freilich, nicht nur ein Teil, sondern alle Teile müssen nachgeben, dann werden wir alle befriedigt nach Hause gehen und alle Kollegen — die wir nicht wissen wollen — werden bei uns bleiben. Wir bisher muß es auch für die Zukunft heißen: wir arbeiten einmütig zusammen. (Lebhafter Beifall.)

Gauleiter Hörter-Karlruhe geht auf den Zwischenruf Winnigs ein, der bestritt, daß die Ursache der Differenzen die von Hüttmann geschilderte ist. An der Hand der Protokolle über die betreffenden Sitzungen könnte festgestellt werden, daß Hüttmann und Silberschmidt mit ihren Ausführungen im Recht sind. (Paeplov: Das ist nicht wahr!) Daß im neuen Verbande nicht alles gleich so ging, wie im Interesse der Organisation notwendig, sei ja begreiflich. Der Verbandstag solle aber den Wunsch ausdrücken, daß alle Arbeiten so erledigt werden, daß die Kollegen draußen befriedigt sind. Man hat manchmal den Eindruck, als ob es an dem guten Willen liege. Es gibt es bei der Expedition mancherlei Kränkel. Wir müssen in dem von Silberschmidt interpretierten Sinne weiterarbeiten.

Stampe-Bremersleben: Die Rede Silberschmidts hat anscheinend als Beruhigungstee gewirkt. Hüttmann und Silberschmidt haben betont, nur sachliche Meinungsverschiedenheiten hätten diesen Streit heraufbeschworen. Da muß ich sagen: „Die Volkshaus höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“ Hier handelt es sich nicht nur um sachliche Punkte, die persönlichen spielen eine große Rolle. (Sehr richtig!) Wären es nur sachliche Meinungsverschiedenheiten, dann wäre sich das Dreieck über diese schon längst einig.

Paeplov-Hamburg (Vorstandsmitglied) erhält eine längere Redezeit. Er beantwortet zunächst die Anfrage wegen der „Volksfürsorge“, die noch nicht in Kraft treten konnte, da die Genehmigung der Bedäke noch aussteht. Es seien viele Kräfte am Werke, um die Volksversicherung unmöglich zu machen. Trotzdem sei zu hoffen, daß sich die Aufsichtsbehörde nicht abhalten läßt, die Genehmigung zu erteilen. Der Bauarbeiterverband sei an der Versicherung wie alle Gewerkschaften beteiligt. Dann ging Paeplov in einständiger Rede auf die Streitpunkte ein. Er sagte, er könne

Die Ausführungen Hüttmanns, Silber Schmidts und Porters nicht akzeptieren. Die sachliche Darstellung Hüttmanns und Silber Schmidts ist nicht zureichend. Das geltende Recht im Verband habe sich im Anfang des Jahrhunderts geformt. Zwischen dem früheren Vorsitzenden und dem Ausschuss und den Gewerkschaften hat nicht die Einmütigkeit bestanden, wie es heute hingestellt wird. Bömelsburg hat die Gaultier unter der Fuchtel gehabt (Sehr richtig) und ich kann ihnen nachfühlen, daß sie nun gleich noch mehr abschütteln wollen. Inwiefern ist die Darstellung Silber Schmidts falsch über die bisherigen Verhältnisse. An dem Verhältnis zwischen Vorstand, Ausschuss und Gewerkschaften, wie es durch mich mit geschaffen wurde, ist nichts geändert worden. In einem viel größeren Maße wie früher ist der Ausschuss von allem unterrichtet worden, was der Vorstand vor hatte. Dasselbe trifft für die Gewerkschaften zu. Wenn Hüttmann sagte, daß die Streitigkeiten ihre Ursache in der Lohnbewegung hätten, so ist dies durchaus unrichtig. Silber Schmidt sagte schon, daß wir uns in dieser Frage völlig geeinigt haben auf einen Standpunkt, der sachlich genau das will, was der Vorstand von Anfang an im Auge hatte. Die Ursache der Differenzen sind persönlicher Natur. Ich kann allenmäßig nachweisen, daß wir den Ausschuss immer rechtzeitig von allem unterrichtet haben. Wir haben dem Ausschuss davon Kenntnis gegeben, daß Bömelsburg die Geschäfte nicht mehr führen kann. In einer Konferenz ist diese Frage angeschnitten worden, wir haben uns den Rat des Verbandsausschusses gebeten, ob ein außerordentlicher Verbandstag einberufen, oder einem Kollegen die Vertretung Bömelsburgs übertragen wird. Da hat der Ausschuss verweigert. Es wurde festgelegt, daß alles so bleibt wie bisher. In diesen Frühjahre waren gemeinsame Konferenzen des Ausschusses, der Gaultier und des Vorstandes. Der Vorstand hatte mich bestimmt, bis zum heutigen Tage die Vertretung des Kollegen Bömelsburg zu übernehmen. Wir wollten nicht vorgehen, nur bis zu dem Zusammenritt des Verbandstages sollte das Provisorium dauern, das wurde dem Ausschuss und den Gewerkschaften mitgeteilt, und zugleich wurde ich als der Kandidat des Vorstandes bezeichnet. Bei der ersten Konferenz wurde kritisiert, daß wir keine Kandidaten vorschlugen, jetzt hieß es, der Vorstand wolle der Konferenz ihren Kandidaten aufdrängen. Es herrschte eine große Verwirrung, selbst Sonderkonferenzen des Ausschusses und der Gewerkschaften wurden abgehalten; das führte dazu, daß in keiner Frage eine Einigung stattfand. Von Hüttmann und Porten wurde die Lohnbewegung als Brennpunkt der Differenz bezeichnet. Als Winnig auf der Konferenz seinen von Hüttmann beanstandeten Vortrag hielt, hatte sich der Vorstand noch gar nicht geäußert. Wir wollten den Gewerkschaften aber keine Meinung aufzwingen, sondern in ruhiger Aussprache mit den Gewerkschaften bestimmte Grundzüge festlegen. Winnig sagte auch, daß durch seine Ausführungen nur seine Meinung ausgedrückt wird. Dem Grunde nach teilte der Vorstand die Ansichten Winnigs. Aber nun wurde gesagt, wir wollten die Ansicht des Vorstandes hören und nicht die Winnigs. Hätten wir es umgekehrt gemacht, wäre sicher der Vorwurf gekommen, der Vorstand will uns seine Meinung aufdrängen. Später wurde ja auf Grundrissen eine Einigung erzielt, die ein gut Teil von dem enthalten, was Winnig der Konferenz vortrug. Die Konferenz wollte dem Vorstand zwei Kontrollen zur Seite stellen. Da haben wir gesagt, nein; Verzicht ja, aber durch Beschluß des Verbandstages. Inwiefern war die Lohnbewegung mit einer Ursache der Differenzen, den Anstoß hat aber die Personenfrage gegeben. (Zurufe: Ungeheuer war es!) Rein, das entscheidende Moment war die Personenfrage, wer als Stellvertreter Bömelsburgs ernannt werden soll. Ich bin der Ansicht, daß der Ausschuss dem Vorstand Unrecht getan hat, nichtsdestoweniger wünsche ich, daß der Kollege Doehne noch recht lange Ausschussvorsitzender bleibt. Ich habe die Geschäfte im Vorstände so weiter geführt, wie sie früher geführt wurden. Es wurde von mir immer erklärt, es kann nur ein Provisorium bis zum nächsten Verbandstag sein, dem Verbandstag sollte nicht vorgegriffen werden. Wie die Dinge nun liegen, welche Stellung die Gewerkschaften einnehmen, kann ich erklären, ich werde niemals daran denken, für den Posten des ersten Vorsitzenden im Deutschen Bauarbeiterverband zu kandidieren. (Bewegung.)

Nach einer Pause polemisiert Gaultier Ruth-Köln in scharfer Form gegen Paeplow. Er stellt sich auf den Standpunkt Hüttmanns über die Ursache des Streites. Ruth erklärt im Laufe seiner Ausführungen unter Widerspruch, Paeplow sei nicht der geeignete Mann, um den Verband im entscheidenden Moment draußen zu vertreten, ihm fehle das nötige starke Organ. (Weiterlekt.)

Silber Schmidt-Berlin betont, die Meinungsverschiedenheiten dürften nicht in einem Auseinander ausfließen, man müsse zusammenkommen. Es sei aber unmöglich, an dieser Stelle Klarheit zu schaffen. Silber Schmidt schlägt vor, eine Kommission einzusetzen, die sich mit der ganzen Frage beschäftigen soll. Er wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen den Vorwurf Paeplovs, seine Ausführungen seien nicht wahr. Redner erklärt dann, mit dem Schreiben des Vorstandes, in dem er Paeplow als Vertreter Bömelsburgs vorgeschlagen habe, hätte er es jedem anderen unmöglich gemacht, diesen Posten anzunehmen. (Sehr richtig!) Er habe noch nie daran gedacht, diesen Posten bekleiden zu wollen, und bitte, ihn bei dieser Frage völlig auszuschließen. Es müsse immer noch versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Silber Schmidt hofft, daß Paeplow an der Stelle bleibt, wo er steht. (Beifall.)

Ein Schlußantrag, der schon zweimal abgelehnt war, wurde nun mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Annahme fand dann ein Antrag, die Streitfrage Vorstand-Ausschuss einer Mitgliedern Kommission zu überweisen, die in einer späteren Sitzung berichten soll.

In einer Abend Sitzung werden die Schlußworte entgegengenommen.

Anherordentliche Internationale Bauarbeiterkonferenz.

Jena, 13. Januar.
Anlässlich des Verbandstages des Bauarbeiterverbandes begann heute abend im „Weimarer Hof“ eine außerordentliche Internationale Bauarbeiterkonferenz, die sich besonders nötig machte, da der internationale Sekretär, Genosse Bömelsburg, gestorben ist, aber auch wichtige Fragen erledigt werden sollten. Die Konferenz ist von 24 Delegierten besucht. Auf die einzelnen Länder entsandten Vertreter: Deutschland 10, Schweiz 2, Italien 1, Frankreich 1, Oesterreich 3, Ungarn 2, Schweden 1, Norwegen 1, Dänemark 1, Belgien und Holland 1. Als Uebersetzer fungierten Janzon-Berlin, Bossi-Karlruhe und Künzel-Basel.

Paeplow-Hamburg, der stellvertretende internationale Sekretär, gab zunächst die Abrechnung des internationalen Sekretariats für die letzten Jahre. Im Jahre 1912 leisteten die angeschlossenen Verbände Beiträge von 9147 M. Für die ausgesperrten Kollegen in Finnland gingen 10 000 M. ein. Der Kassenbestand des internationalen Sekretariats liegt von 6780 M. im Jahre 1911 auf 16 476 M. 1912.

Die Abrechnung wurde gutgeheißen.
Paeplow warf dann eine Reihe wichtiger Fragen auf, die dahin gingen: 1. Ob 1914, anlässlich der internationalen Sozialistenkongresse, die ordentliche Konferenz stattfinden oder ob diese nun verschoben werden soll. 2. Ob besondere Grundzüge dafür aufgestellt werden sollen, wann die Hilfe der Internationale bei Streiks in Anspruch genommen werden soll. 3. Schilderte Paeplow die Schwierigkeiten bei der Leitung des Sekretariats, die notwendig machten, daß die Anstellung eines ständigen internationalen Sekretärs erwogen werde.

Diese Ausführungen zeitigten eine längere Diskussion, in der die Vertreter der einzelnen Länder ihre Ansicht präzisierten.

Chermat-Budapest tritt dafür ein, daß der ordentliche Kongress nächstes Jahr in Wien stattfindet.

Staudt-Jülich wünscht, daß es bezüglich des internatio-

nen Sekretärs beim jetzigen Zustand belassen bleibt. Die Sprachschwierigkeiten könnten leicht überwunden werden.

Reichner-Bien plädiert auch dafür, daß die nächste Konferenz 1914 in Wien tagt. Die Geschäftsführung des internationalen Sekretariats befriedige nicht voll. Der innere Kontakt zwischen den einzelnen Ländern fehle. Bei der nächsten Konferenz solle ein Sekretär fest angestellt werden, bis dahin aber soll das Provisorium bleiben.

van Achterberg-Holland meint, das internationale Sekretariat müsse eine größere Bedeutung bekommen. Er wünscht als internationalen Sekretär keinen besoldeten Beamten, sondern einen Kollegen, der an der Spitze einer Bauorganisation steht. Es müsse jemand sein, der die Lohnbewegungen beurteilen kann, um einen Rat geben zu können. Die Internationale solle bei Bewegungen nur in äußersten Fällen in Anspruch genommen werden.

Die skandinavischen Delegierten ließen durch ihren Uebersetzer erklären, daß sie mit der Abhaltung der ordentlichen Konferenz 1914 in Wien einverstanden sind. Die Anstellung eines Sekretärs könne heute nicht beschloffen werden. Bis zum nächsten Kongress solle das Sekretariat nähere Bestimmungen über die internationale Hilfe bei Streiks ausarbeiten und diesem Kongress vorlegen. Der internationale Sekretär müsse ein Mann sein, der in der Bauarbeiterbewegung eine leitende Stellung einnehme.

Nicolet-Paris: Das Datum, wann die nächste Konferenz stattfinden, habe für sie keine Bedeutung, es brauche nicht mit dem für den internationalen Sozialistenkongress zusammenzufallen. Ueber die Frage der internationalen Unterstützung bei Streiks müsse ein bestimmtes Reglement geschaffen werden.

Paeplow sagte dann das Ergebnis der Besprechung zusammen. Die nächste internationale Konferenz wird also 1914 in Wien abgehalten. Ueber die Anstellung eines internationalen Sekretärs und über die Regelung der Unterstützung durch das internationale Sekretariat bei Streiks soll diese Konferenz endgültige Beschlüsse fassen.

Um 11 1/2 Uhr wurden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

Das Frauenstimmrecht in Großbritannien.

Aus London wird uns geschrieben:

In eilichen Tagen wird im englischen Unterhause die Komiteeberatung der Wahlrechtsvorlage beginnen, die am 12. Juli 1912 in zweiter Lesung angenommen wurde. Gleich zu Anfang wird der Kampf um das Frauenstimmrecht entbrennen. Herr Asquith, der ein Gegner des Frauenstimmrechts ist, hat versprochen, daß er seiner Gefolgschaft bei der Abstimmung über Frauenstimmrechtsanträge freie Hand lassen werde und daß die Regierung, falls das Frauenstimmrecht angenommen werden sollte, sich für die Vorlage, in der veränderten Gestalt verantwortlich machen wolle. Das klingt vielversprechend und sehr hochberzig; wenn man aber bedenkt, daß die konservative Regierung Disraelis im Jahre 1867 bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage, die den städtischen Arbeitern das Wahlrecht brachte, dasselbe Versprechen abgab, so kommt man zu einer richtigen Bewertung der Asquith'schen Worte. Liegt man die Geschichte der englischen Frauenbewegung, so fällt einem nichts mehr auf als die Wiederholung der Ereignisse und die konsequente Umschuldung der Liberalen, die im Prinzip für die Freiheit schwärmen und sich in der Praxis drücken.

Es ist jedoch nicht zu leugnen, daß der Kampf um das Frauenstimmrecht diesmal unter ganz besonderen Umständen stattfindet. Seit 1867, da John Stuart Mill sein Frauenstimmrechtsamendement zur Wahlrechtsvorlage einbrachte, das mehr als 80 Stimmen erhielt, hat sich manches verändert. Die englische Frau hat sich in Klädchen an der Sonne erodiert, von dem aus sie einen neuen Vorstoß gegen das Vorurteil wagen kann. Ein Verstoß nach dem anderen ist ihr erschlossen worden; seit mehr als 40 Jahren übt sie das Stimmrecht bei den Wahlen zu den lokalen Vertretungsgesellschaften aus; die Zahl der intelligenten Frauen, die die öffentliche Meinung beeinflussen, ist Legion; die Arbeiterinnen haben sich große Vereinigungen geschaffen, wie die Gewerkschaften der Textilarbeiter, in denen sie die tonangebende Rolle spielen; Frauen sitzen als Bürgermeisterinnen an der Spitze der Gemeinderäte großer Städte. Und sollten diese Frauen, diese Bürgermeisterinnen, die bei Parlamentswahlen als Wahlvorsteher fungieren müssen, nicht insinuate sein, das Wahlrecht zum Parlament auszuüben? Wie soll da der beschränkte Philisterstand nicht ins Wanken geraten! In Wirklichkeit gibt es heute in Großbritannien wenig Menschen, die den Frauen grundsätzlich das Stimmrecht aberkennen. Wir leben in einer Periode, von der Burke vor mehr als hundert Jahren schrieb: „Wenn eine große Veränderung in den menschlichen Angelegenheiten vorgenommen werden soll, wird sich der Geist der Menschen dem Wechsel anpassen; die allgemeinen Meinungen und Gefühle werden nach der Richtung gezogen werden. Jede Furcht, jede Hoffnung wird den Wechsel fördern und dann wird es scheinen, daß die, die sich beharrlich dieser mächtigen Strömung in den menschlichen Angelegenheiten widersetzen, sich eher gegen die Gebote der Vorsehung selbst als gegen die bloßen Absichten der Menschen stemmen. Sie werden nicht entschlossen und fest sein, sondern pervers und eigensinnig.“

Es liegt nahe, diesen Umschwung den Anstrengungen der militanten Suffragettes zuzuschreiben. Aber diese Damen sind ebenso wenig für die herrschende Strömung verantwortlich, wie etwa die anarchistischen Querköpfe und Salonsozialisten für die Ausbreitung des Sozialismus verantwortlich sind. Man kann im Gegenteil behaupten, daß sie der Bewegung mehr geschadet als genützt haben. Jedenfalls haben sie durch ihre unsinnigen Klameistücken, ihre Karikaturen der physischen Gewalt manche Frauen abgeschreckt und durch ihre Störung gegnerischer Versammlungen viele Demokraten vor den Kopf gestoßen, denen das Recht der freien Rede über alles geht. Allerdings sind die Liberalen die Lezten, die sich beklagen sollten. War es doch der liberale Parteiführer John Bright, der einmal sagte, daß das beste Mittel, um eine Wahlrechtsreform durchzuführen, darin bestehe, daß man den Arbeitern sage, eine gute Pinte sei für 2 Pfund Sterling zu kaufen. Die eigentliche Arbeit, die systematische Erziehung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung, ist von anderen geleistet worden, mag auch dem Zeitungsleser der Name der Frau Pankhurst und der übrigen militanten Frauenrechtlerinnen mehr bekannt sein als der der Frau Parnell, der Augen und geschickten Präzidentin der nichtmilitanten „National Union of Womens Suffrage Societies“. Aber vor allen Dingen gebührt unseren englischen Genossen ein Lob. Die J. L. P. (Unabhängige Arbeiter-Partei) hat unter der beständigen Anfeuerung des Genossen Keir Hardie während der letzten zwanzig Jahre vielleicht mehr zur Popularisierung des Frauenstimmrechts getan als irgendeine andere Organisation in Großbritannien. Diese Woche bringt das Parteiorgan der J. L. P., der „Labour Leader“, eine achtseitige Beilage über das Frauenstimmrecht und die Arbeiterbewegung.

Zahlreiche Frauenstimmrechtsdebatten haben im englischen Unterhause in den letzten 50 Jahren stattgefunden. Nicht weniger als 13 Vorlagen über den Gegenstand sind eingebracht worden, wovon sieben (die erste 1870) in zweiter Lesung angenommen worden sind. Aber noch hat sich keine Regierung gefunden, die den nächsten, entscheidenden Schritt gewagt hätte. Seit dem Jahre 1886 besteht im englischen Unterhause eine Mehrheit für das Frauenstimmrecht, die sich aus Mitgliedern aller Parteien zusammensetzt. Auch in diesem Parlament sind zwei Drittel der

Mitglieder Freunde des Frauenstimmrechts. Die kommt es nun, daß es dem Frauenstimmrecht trotz dieser günstigen parlamentarischen Lage stets so schmal ergangen ist? Um dahinter zu kommen, muß man schon einige Jahre in der Geschichte des Parlamentes zurückgehen. Wir werden sehen, daß auch in dieser Frage die Furcht des Herrn — oder vielmehr der Frau — der Anfang der Weisheit ist. Im Jahre 1883 brachte die liberale Regierung eine Vorlage (Corrupt Practices Bill) ein, die den Zweck hatte, der Wahlkorruption ein Ende zu bereiten. Bis dahin war es Sitte, daß jeder Kandidat eine große Zahl bezahlter Stimmwerbter (canvassers) anstellte. Die Vorlage verbot die Bezahlung der Stimmwerber und setzte auch den Wahlausgaben jedes Kandidaten eine nach der Zahl der Wähler bestimmte Grenze. Die Vorlage wurde angenommen und dadurch wurde es notwendig, für das Stimmwerben eine neue Grundlage zu schaffen. In dieser Schwierigkeit hatte der Vater des jetzigen liberalen Marineministers, Lord Randolph Churchill, die brillante Idee, die konservativen Damen als Stimmwerber zu engagieren. Der Plan hatte sofort einen durchschlagenden Erfolg. Ein Liberaler wurde in einer Nachwahl geschlagen und schrieb seinen Durchfall den „bedingten Herren“ zu. Die Liberalen sahen jedoch bald ein, daß man mit dem Schimpfen nicht weit kommt; auch sie gründeten bald ihre liberalen Frauenvereine, die die Meinarbeit bei den Wahlen auf sich nahmen. Innerhalb dieser Frauenvereine entwickelten nun die Frauenrechtlerinnen eine rege propagandistische Tätigkeit und bald mehrten sich die Parlamentariermitglieder, die ihren Wahlhelferinnen in mehr oder weniger bestimmten Worten versicherten, daß sie Freunde des Frauenstimmrechts seien. Diese Entwicklung erklärt mit genügender Deutlichkeit, weshalb seit 1886 im englischen Unterhause eine Mehrheit für das Frauenstimmrecht besteht; sie erklärt aber auch die Qualität dieser Mehrheit. Mancher Konservative oder Liberale mag gutmütig genug sein, den Forderungen der Frauen seiner Partei prinzipiell zuzustimmen, sobald er jedoch vor die Entscheidung gestellt wird, verläßt die platonische Liebe. Die einzige Partei, die in dieser Frage absolut verlässlich ist, ist die Arbeiterpartei. Sie ist wie alle Arbeiterparteien nicht eine Männerpartei, sondern eine Partei der Frauen und Männer.

Zu der Wahlrechtsvorlage, die in diesem Monat erledigt werden soll, sind eine Reihe Abänderungsanträge gestellt worden. Der wichtigste ist ohne Zweifel der erste; denn fällt dieser, so haben die anderen keinen Sinn. Er schlägt vor, das Wort „männlich“ vor „Person“ in der ersten Zeile des ersten Absatzes der ersten Klausel zu streichen. Wird das erreicht, so wird die Arbeiterpartei vorschlagen, das Wahlrecht auf alle Personen über 21 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts auszudehnen. Zur Annahme dieses Abänderungsantrages wäre die Unterstützung der konservativen Freunde des Frauenstimmrechts notwendig und die wird kaum gegeben werden. Man hält es daher für wahrscheinlicher, daß ein zweites Amendement, das man das norwegische nennt, weil es dem norwegischen Frauenstimmrecht entspricht, zur Annahme gelangen wird. Es würde das Stimmrecht etwa 5 bis 6 Millionen Frauen über 25 Jahre geben, die einen eigenen Haushalt haben, oder, falls sie verheiratet sind, mit ihrem Mann das Haupt der Familie bilden. Sollte auch dieser Antrag niedergestimmt werden, so wird die im Jahre 1912 verunglückte „Conciliation Bill“, die das parlamentarische Frauenstimmrecht im allgemeinen den Frauen geben will, die schon bei den Gemeindevahlen wählen dürfen, als Amendement eingebracht werden.

Die „Conciliation Bill“ wurde, wie erinnerlich sein wird, im Frühjahr 1912 mit einer Mehrheit von 14 Stimmen verworfen. Schuld an dieser Niederlage waren in erster Linie die Irländer, denen man zugesichert hatte, daß die Annahme der Vorlage den Rücktritt Asquiths, die Auflösung des Kabinetts und den Ruin der Home Rule Bill zur Folge haben werde. Augenblicklich sollen wieder ähnliche Intrigen in Vorbereitung sein. Wenn die Anträge auf Einführung des Frauenstimmrechts zu Fall gebracht werden, kann man sicher sein, daß es das Ziel der Irländer ist, die die noch nicht unter Dach und Fach gebracht Home Rule in Besahz wähen. Lange wird sich die Gewährung des Stimmrechts an die Frauen Englands jedoch nicht mehr aufschieben lassen. Wie Burke sagte, „die allgemeinen Meinungen und Gefühle werden nach der Richtung gezogen“, und die Zeitströmung, die sich in Australien, Neuseeland, Nordamerika, Finnland und Norwegen durchgesetzt hat, wird sich auch in England ja, und auch in Deutschland und Oesterreich durchsetzen, was immer die „perwersen“ und „eigensinnigen“ Philister tun oder sagen mögen.

Aus Industrie und Handel.

Rückgang der galizischen Petroleumproduktion.

Bekanntlich rechnet die Staatsregierung für die Petroleumvertriebsanstalt mit der Einfuhr galizischen Petroleums. Das Jahr 1912 hat aber einen neuen Rückgang der dortigen Produktion gebracht. Man schätzt die Produktion auf etwa 100 000 Waggons Rohöl, während in früheren Jahren mehr als 200 000 Waggons gewonnen wurden. Im Monat Dezember betrug die Erzeugung nur 6800 Waggons, gegen 18 000 im April des Jahres 1907. Kurzzeit stellt sich der Preis für den Doppelseutner Rohöl infolgedessen auf 8 Kronen, während man im Jahre 1907 nur 1 Krone zahlte. Die Versicherungen der Regierung, daß man sich durch Vorverträge galizisches Petroleum zu billigen Preisen gesichert habe, wird man daher in der Petroleumkommission des Reichstages besonders aufmerksam nachprüfen müssen.

Stahl und Eisen.

Die Abzählern des Stahlwerksverbandes für Dezember 1912 zeigen eine weitere Erhöhung. Gegen den Dezember 1911 liegt der Absatz um 64 100 Tonnen, gegen den November 1911 um 39 800 Tonnen. Der Gesamtabsatz im Jahre 1912 erreichte damit eine Höhe von 6 448 900 Tonnen (gegen 5 815 400 Tonnen im Vorjahre). Er übertrifft damit den des Vorjahres um 627 900 Tonnen. Für den Stahlwerksverband bedeutet das Jahr 1912 also ein Rekordjahr.

Die große der Bedarf an Stahl und Eisen ist, geht auch daraus hervor, daß dem Eisenerzverkauflontor des Roheisen-Verbandes für das zweite Quartal zur Verforgung der Verbraucher noch etwa 100 000 Tonnen Zugumberger Qualität fehlen. Man soll in Werkkreisen bereits Erwägungen pflegen, diese Lücke durch Bezüge aus England auszufüllen.

Erhöhung der Beteiligungsziffern im Kohlenhubikat?

Durch den starken Abbruch von Kohlen sah sich das Rheinisch-Westfälische Kohlenhubikat veranlaßt, seinen Mitgliedern die Produktion vom Oktober v. J. ab in der Höhe der vollen Beteiligungsziffer und vom Januar d. J. ab auch darüber hinaus (bis 5 Prozent mehr) die Förderung freizugeben. Der „Frankf. Zeitung“ zufolge bestehen nun im Syndikat Zweifel darüber, ob die Konsequenzen der gegenwärtig 5 Prozent betragenden Förderungserhöhung für Kohle soweit gehen, wie man verschiedentlich anzunehmen scheint. Der Syndikatsvertrag steht für den Fall, daß die Syndikatsleistung höher als die Gesamtproduktion abgeben und das eine oder andere Mitglied hierzu über seine Beteiligung hinaus beitragen sollte, vor, daß seitens dieser leistungsfähigen Mitglieder ein Anspruch auf Er-

Erhöhung ihrer Beteiligungsziffer erhoben werden kann. Die Syndikatsbestrebungen im Braunkohlenbergbau.

Die in rascher Ausdehnung immer größere Bedeutung im Wirtschaftsleben erlangenden Gesellschaften m. b. H. haben besonders im Jahre 1911 eine starke Vermehrung gefunden.

Gesellschaften m. b. H.

Die in rascher Ausdehnung immer größere Bedeutung im Wirtschaftsleben erlangenden Gesellschaften m. b. H. haben besonders im Jahre 1911 eine starke Vermehrung gefunden.

Table with 4 columns: Jahr der Gesellschaften, 1902, 1910, 1911; Kapital (1000 M.), 268 038, 2 571 490, 2 793 700.

Seit 1902 ist demnach die Zahl der Gesellschaften um 340 Proz., die Summe des Stammkapitals um 2 1/2 Milliarden Mark, gleich 962 Proz., gestiegen.

Wie das Antitrustgesetz umgangen wird.

In der Vollenquetekommission gab der Präsident der Aluminiumgesellschaft zu, daß seine Gesellschaft, die allein in den Vereinigten Staaten Aluminium produziert.

Binoleumyndikat.

Während bisher nur eine Preisbündelung der Binoleumfabriken für den In- und Auslandsverkauf bestand, haben sich bei der Verlängerung der Konvention für 1913.

Eine amerikanische Bank in Berlin.

Von dem New Yorker staatlichen Bankdepartement hat die Farmers Loan and Trust Co. die Erlaubnis erhalten, in Berlin ein Zweiggeschäft zu eröffnen.

Gerichts-Zeitung.

Kommunale Kämpfe in Weissensee.

Das „Weissensee Tageblatt“ hat unsere in der Gemeindevertretung von Weissensee sitzenden Parteigenossen in der niedrigsten Weise verdächtigt und heruntergerissen.

Gegen das freisprechende Urteil hat der Kläger Berufung eingelegt, die gestern vor dem Landgericht III zur Verhandlung stand.

„Ich gebe die Versicherung ab, daß ich den Artikeln im „Weissensee Tageblatt“, welche Anlaß zu den den Gegenstand der Privatklage bildenden Äußerungen der Kläger gegeben haben, böllig fernstehe.“

Da die Genossen Fuhrmann und Taubmann bereits von Anfang an erklärt hatten, sie würden die beleidigende Ausdrücke zurücknehmen, sobald feststehe, daß Frommont nicht der Verfasser der Schmähartikel sei, so gaben sie nunmehr vor Gericht die Erklärung ab:

„Im Hinblick auf die vorstehende Erklärung des Privatklägers nehmen wir die inkriminierten Äußerungen zurück, indem wir nochmals betonen, daß die beleidigenden Äußerungen nicht dem Privatkläger gegolten haben.“

Die Angeklagten übernehmen die Kosten des Verfahrens und der Kläger zog die Klage zurück.

In dem Urteil, welches unsere Genossen in der Weissensee Gemeindevertretung gegen den unbekanntem Verfasser der Schmähartikel im „Weissensee Tageblatt“ abgegeben haben, wird durch den Ausgang des Prozesses natürlich nichts geändert.

Die Verhaftung im Sanatorium.

In der bekannten Affäre des Hauptkassenrentanten Variels, der, wie mitgeteilt, beschuldigt wird, die Stadthauptkasse zu Charlottenburg um den Betrag von 37 000 M. geschädigt zu haben, ist insofern eine eigenartige Wendung eingetreten, daß der Beschuldigte, der sich auf ärztliche Anordnung in das Sanatorium des Dr. Weiler in Westend begeben hatte, gestern auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft III dort trotz ärztlichen Protests verhaftet worden ist.

Den Grund zu diesen Maßnahmen sollen verschiedene Mitteilungen über angebliche Vorbereitungen zur Flucht bilden, die von den Angehörigen des V. getroffen sein sollen.

Schwestermörder?

Unter der Anklage als Mörder seiner Schwester stand gestern der 23jährige Alpennergeheile Willi Falkenberg vor dem Schwurgericht des Landgerichts I.

Der Angeklagte ist beschuldigt, in der Nacht zum 12. November seine Mutter und seine Halbschwester zu töten versucht und in derselben Nacht seine Halbschwester Frida Voh gegen Falkenberg ermordet zu haben.

Nach der Trennung von ihrem Manne lernte die Frau wieder in die Wohnung der Mutter zurück und die Diebstahl mit dem Angeklagten ging weiter. Letzterer wurde aber mehr und mehr von Eifersucht geplagt, denn Frida schenkte ihre Reue auch noch einem anderen, und es kam darüber zwischen ihr und dem Angeklagten wiederholt zu Auseinandersetzungen.

Der Angeklagte bestritt seinerseits, den Gasbehälter geöffnet zu haben. Als er am Bett gefunden, habe ihn die Aufregung übermanni; er habe das Bettendbekenntnis bekommen und da habe er nicht mehr gewußt, was eigentlich geschah und habe blindlings losgeschossen.

Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dachstuhlführer

August Melcherl am 14. d. Mts. im Alter von 61 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Groß-Berlin. Am Montag, den 13. Januar, verstarb unser Mitglied

Ferdinand Oelschläger. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes Weissensee, Nöldenstr. aus statt.

General-Versammlung am Donnerstag, den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Paul Road, hier, Stralauer Str. 2a, stattfindet.

Borussia-Festsäle. Jub. Georg Wolffgramm. Adrestr. 67. Telefon: Norden 2674.

Spezialarzt. Haut-, Horn-, Frauenleiden. nern. Schwäche, Beinkrämpfe, Leber- u. Gicht, Ebrlich, Hata, Kuren in u. Co. Lang Laborat. i. Bus.

Dr. Homeyer. untersuchung. Baden i. Horn etc. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum. Spr. 10-2, 5-9. Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin. Geschäftsstelle: C. 54, Rulandstr. 10.

Sonntag, den 19. Januar 1913, nachmittags 1 1/2 Uhr: Generalversammlung im Gewerkschaftshause, Engländer 15 (großer Saal).

Phänomen GOLD Feinste Cigarette

23

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber guter Sohn, unser lieber Bruder, der Silberbräuer

Georg Gärtner nach langen schweren Leiden erloschen ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Drucker

Georg Gärtner am 13. d. Mts. an Herzleiden gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Dankagung. Für die zahlreiche Teilnahme, welche mir aus Anlaß des Todes meiner lieben Frau erwiesen wurde, sage ich meinen innigsten Dank.

Heute beginnt mein diesjähriger Inventur-Verkauf

zu beispiellos billigen Preisen. Viele Artikel bis 40% ermäßigt

Teppich-Spezialhaus Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158. Unterhalte nirgends Filialen.

Räumungs-Extralist (enorm billiger Angebote) gratis u. franko.

Nur einmal jährlich! findet dieser Inventur-Verkauf bei mir statt.

Generalversammlung im Gewerkschaftshause, Engländer 15 (großer Saal).

Phänomen GOLD Feinste Cigarette

23

Ein schreckliches Brandunglück

hat sich in der letzten Nacht im Hause Lichtenstraße 57 zugetragen. Im Obergeschosse des Vordergebäudes bewohnte dort die etwa 65 Jahre alte Privatiers Anna Böhm eine Stube und Küche. Kurz vor Mitternacht wurden die Bewohner der darunterliegenden Etage durch ein polterndes Geräusch aus dem Schlaf geschreckt. Als man nachforschte, stellte sich heraus, daß in der böhmischen Wohnung Feuer ausgebrochen war und daß der Brand auch schon die Decke zum dritten Stock durchschlagen hatte. Die Feuerwehre wurde von zwei Seiten aus alarmiert und bald waren drei Löschzüge zur Stelle. Da die Mannschaften anfangs wegen einer starken Verqualmung von der Treppe aus nicht in die brennende Wohnung vordringen konnten, wurde auf der Straße schnellst eine mechanische Leiter bis zur Dachhöhe errichtet. Eine Löschabteilung drang nun von hier aus in die Wohnung ein und sorgte zunächst für den Abzug des erstickenden Qualms. Als sich der Rauch etwas verzogen hatte, bot sich den Mannschaften ein schrecklicher Anblick dar. Die Privatiers Anna Böhm war mit der brennenden Decke durchgebrochen und

hing fast vollständig verkohlt in der Luft. Mit vieler Mühe wurde die Leiche aus den Brandtrümmern der Zwischendecke herausgezogen. Das Feuer in der Wohnung konnte mit einer Schlauchleitung schnell gelöscht werden. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Vermutlich war der Brand dadurch entstanden, daß Frau Böhm einen Eimer mit glühender Asche auf dem Fußboden der Wohnung hatte stehen lassen. Ohne daß sie es bemerkte, bot sich der Fußboden an dieser Stelle entzündet. Als sie dann später von der Küche, wo sie den Brandgeruch wahrnahm, nach der Stube eilen wollte, um das Feuer zu löschen, ist sie wahrscheinlich zuerst erstickt und dann mit der Decke durchgebrochen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Das Lokal Neu-Gringdorf bei Köpenick ist trotz aller Klänge, die vom Inhaber auch in Arbeiterkreisen getrieben wird, nach wie vor für organisierte Arbeiter gesperrt. Die Gasthöfe von W. Dings in Adlow am Schornsteinfeld und von Ludwig Weg in Gierlow dürfen, weil es der Gruppenvorsitzende des Kreis-Striker-verbands wünscht, nicht mehr als Verkehrlöcher empfohlen werden und sind deshalb aus der Liste zu streichen.

In Wargsdorf an der Nordbahn steht und jezt das Lokal mit Saal „Gasthaus Kurfürstenbrunnen“ zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

In Lichtenberg N.-B. wird das Logenrestaurant „Morpromenade“, der organisierten Arbeiterschaft verweigert. Die Lokalkommission.

Lankwitz. Am nächsten Montag, abends 8 1/2 Uhr, beginnt bei Schulz im Dorf, Mühlentstraße, der Vortragszyklus von Dr. Schütte über „Neuere Geschichte“. An den vier Abenden werden folgende Themen behandelt: Zeitalter des Absolutismus, Französisches Revolution, Zeitalter des Konstitutionalismus, Zeitalter der Arbeiterbewegung. Karten zum Preise von 30 Pfennig für alle vier Abende sind bei den Bezirksführern zu haben. Der Bildungsausschuß erlucht alle Genossen, an den zahlreichen Vorträgen teilzunehmen.

Alt-Glesien. Sonnabend, den 18. Januar, Generalversammlung des Wahlvereins bei Bohne, Grünauer Straße. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht der Gemeindevorsteher. Anstellung der Wahlmänner zur Landtagswahlwahl. Verschiedenes.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag, den 19. d. M., findet für den dritten Bezirk eine wichtige Agitation statt. Die Genossen sämtlicher Bezirke werden erlucht, sich Sonntag früh 8 Uhr bei Ranke, Charlottenstraße, Ecke Dentschstraße, einzufinden.

Bernau. Freitag, den 17. d. M., abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftslokal von Mich. Wänsch ein Vortrag des Genossen Zimmermann-Karlshorst über „Naturerkenntnis“ statt. Wir ersuchen die Genossen zahlreich zu erscheinen und insbesondere ihre erwachsenen Söhne und Töchter mitzubringen.

Königsplatz, Zepernitz, Buch. Sonntag, den 10. Januar, wichtige Handzettelverbreitung. Treffpunkt bei Genossen Buchholz, Königsplatz, Kaiser-Wilhelm-Straße 49, vormittags 8 Uhr. Nachmittags 2 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung bei Marx, Vortrag des Genossen Dr. Rudolf Breitscheid über: Preussische Freiheitskämpfe.

Stroßen. Sonnabend, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Gnädigs Gasthof: Generalversammlung des Wahlvereins. Wichtige Tagesordnung.

Berliner Nachrichten.

Die Steuerentwürfe des Magistrats

werden in der heutigen Stadtverordnetenversammlung behandelt werden. Das Schicksal der Steuerentwürfe ist ungewiß. Nur eins steht fest: die sozialdemokratische Fraktion wird mit aller Entschiedenheit die magistratischen Steuerprojekte bekämpfen und glatt ablehnen.

Die bürgerlichen Fraktionen haben keine klare Stellung genommen. Soweit die Biersteuer in Frage kommt, sind eine Anzahl bürgerlicher Mitglieder bereit, dieselbe abzulehnen. Ob diese Zahl mit den sozialdemokratischen Mitgliedern zusammen ausreicht, die Biersteuer zu Fall zu bringen, läßt sich noch nicht übersehen. Eine nicht unerhebliche Zahl bürgerlicher Stadtverordneter will die der Stadt aus der Brauereisteuer zugesessene Einnahme erhalten und ist geneigt, den Defizit hier mit 30 Pf. Steuer zu belegen. Diese Leute meinen, daß in einem solchen Falle die Brauereien nicht mehr belastet werden, als sie bisher durch den Brauereisteuerzuschlag belastet worden seien. Dadurch werde ihnen die Ausrede von einer Mehrbelastung genommen und der Grund zu einer Verteuerung des Bieres. Die Brauereien erklären demgegenüber, daß auch in diesem Falle eine Preissteigerung eintreten müßte, da ja die Gebinde sich nicht so herstellen lassen, um eine Preissteigerung zu vermeiden. Also abgewälzt würde selbst in diesem Falle eine neue Steuer. Wenn aber in Berlin eine noch so geringe Biersteuer eingeführt wird, so bleibt sie steigerungsfähig und bedeutet eine ständige Gefahr für Gewerbetreibende, besonders die Gastwirte und die Konsumenten. Dazu kommt, daß dann auch das eingeführte Bier versteuert wird. Die Freisinnigen, die im Reichstags die Biersteuer nicht haben wollten, können, ohne ihr Ansehen ganz zu verlieren, kaum

auf den Boden der Einführung einer Biersteuer für die Gemeinde treten. Um jeder Beunruhigung der Gewerbetreibenden und Konsumenten ein Ende zu machen, kann die heutige Stadtverordnetenversammlung nichts Besseres tun, als die Biersteuer schlang abzulehnen. Die Magistratsvorlage ist nicht wert, etwa einem Ausschuß einer Vorberatung überdies zu werden, wie das beantragt werden soll.

Das gleiche Schicksal sollte auch den übrigen Steuerentwürfen des Magistrats beschieden sein, die eine Wiederherstellung feiern sollen: Der Steuer auf die Kinos, auf Varietés und Zirkusvorstellungen sowie auf Tanzlustbarkeiten. Für die Gewerbetreibenden bedeuten diese Steuern Sonderbesteuerung, da die Leute ihre Gewerbesteuer zahlen müssen. Schikanierungen und schwere Schädigungen. Die breite Masse des Publikums muß seine harmlosen Vergnügungen noch besonders versteuern und materiell kommt für die Gemeinde nicht viel heraus.

Die Verstaatlichung des Arbeitsnachweises

ist seit Jahren eine ständige Forderung der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung. Auch eine Anzahl bürgerlicher Mitglieder, welche die Entwicklung des Arbeitsnachweises und die finanzielle Gebarung verfolgt haben, sind sich darüber einig, daß die Kommunalisierung des Arbeitsnachweises früher oder später eintreten muß, zumal die Stadtgemeinde schon heute den größten Teil der Kosten durch Zuschüsse decken muß. Bei den Debatten im Rathaus ist besonders von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen worden, daß der heutige Zustand, bei dem die Gemeinde die Kosten zahlt, ohne aber einen direkten Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsvermittlung zu nehmen, ein unhaltbarer ist. Der Magistrat hat vor kurzem zur Beratung dieser wichtigen Angelegenheit eine besondere Kommission eingesetzt, welche gestern ihre Beratungen beendet hat und dem Magistrat alsbald bestimmte Vorschläge machen wird. Danach wird die Angelegenheit den Magistrat in seiner nächsten Sitzung beschäftigen, und es wird aller Voraussicht nach schon im Etat für 1913 eine entsprechende Änderung vorgeschlagen werden.

Das Beste wäre die Uebernahme des Arbeitsnachweises in städtische Regie, damit wäre der Sache am besten gedient, zumal viele Städte schon längst den städtischen Arbeitsnachweis haben.

Rechtzeitige Anstellung der Volksschullehrer und Lehrerinnen.

Lehrpersonen werden an Volksschulen häufig mit Wirkung von einem weit zurückliegenden Zeitpunkt an angestellt. Der Unterrichtsminister hat sich gegen dieses Verfahren wegen der finanziellen Folgen für die Schulverbände in einer besonderen Verfügung an die Regierungen und das Provinzialschulkollegium gewendet. Er bezeichnet es aber als Pflicht der Schulaufsichtsbehörde, dafür zu sorgen, daß alle Lehrpersonen möglichst bald endgültig angestellt werden, wenn sie ihre Anstellungsfähigkeit erlangt haben. Die Anstellung soll in der Regel alsbald nach dem Bestehen der zweiten Prüfung geschehen, wenn sie ihre aktive Dienstpflicht im Heere oder in der Marine erfüllt haben, oder wenn sie für die Friedenszeit endgültig befreit sind. Die Orts- und Kreis- und Kreisschulaufsichtsbeamten sollen nötigenfalls dafür sorgen, daß die Anträge rechtzeitig gestellt werden. Volksschullehrerinnen können frühestens drei Jahre nach Bestehen der Prüfung endgültig angestellt werden, wenn sie wenigstens zwei Jahre im öffentlichen Schuldienste vollbeschäftigt gewesen sind. Die vorgeschriebene Reifezeit der noch nicht endgültig angestellten Lehrerinnen soll überall rechtzeitig erfolgen. Die endgültigen Anstellungen erhalten in der Regel erst mit dem Tage der Verfügung ihre Wirksamkeit, wenn nicht ein späterer Termin ausdrücklich bestimmt wird. Eine Anstellung mit rückwirkender Kraft darf nur ausnahmsweise geschehen, besonders dann, wenn sonst eine ungerechtfertigte oder unbillige Schädigung der Lehrperson in ihren Gehaltsansprüchen eintreten würde und wenn die Anstellung durch äußere Hindernisse verzögert worden ist.

Ein weiblicher Heizer. Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ finden wir folgendes Inserat:

„Frau ohne Anhang zur Bedienung von Heizkesseln für eine öffentliche Anstalt gesucht. Dienst von 7 bis 7 Uhr. Lohn bis 21 per Woche. Nr. 291 Filialeped. d. Bl. Tempelhofer.“

Man kann nur vermuten, welche öffentliche Anstalt in der Nähe Tempelhofer diese neue Lohnbrüderei angehebt hat. Das Wort „bis“ deutet darauf hin, daß für den Anfang sogar noch weniger als 21 M gezahlt werden sollen. Es gibt genug männliche arbeitslose Heizer, die für solchen Schandlohn allerdings nicht zu haben sind.

Das Geheimnis von Dabendorf.

dessen Aufklärung dieser Tage verfrüht gemeldet wurde, ist jetzt in der Tat entziffert. Die früheren Vorgänge sind wohl noch bekannt. In kurzem sei daran erinnert, daß der Sekretariatsassistent im Kaiserlichen Statistischen Amt Franz Behm, der mit seiner Frau Helene, geborene Domscheit, in Dabendorf bei Jossen ein kleines Landhaus bewohnte, seit dem 7. Oktober 1909 spurlos verschwunden war. Bald beschuldigte man am Wohnort den Liebhaber der Frau Behm, den Erminendauer Gustav Kolbe aus Dabendorf, im Einverständnis mit der Ehefrau Behm von draußen her durch ein Fenster seiner Wohnung erschossen und die Leiche darauf beiseite geschafft zu haben. Die Voruntersuchung, die Landrichter Dr. Kadowitz als Untersuchungsrichter leitete, förderte auch ein so starkes Belastungsmaterial zutage, daß die Hauptverhandlung beschlossen und das verdächtige Paar am 22. Januar 1912 beim Landgericht II vor die Geschworenen unter der Anklage des Mordes, der Anstiftung dazu und der Mitwisserschaft gestellt wurde. Kolbe trug damals ein sehr sonderbares Wesen zur Schau. Er hatte sich wiederholt selbst als den Mörder bezeichnet und sich sogar mit seiner Tat gebrüstet, und das in einer Weise, wie es der wirkliche Mörder kaum hätte tun können. Ueber den Schuß, den man gehört hatte, den Befund des Fensters und dergleichen mehr wurde feinerzeit ausführlich berichtet. Das Ergebnis der mehrtägigen Verhandlung war, daß Kolbe und Frau Behm freigesprochen und auf freien Fuß gesetzt wurden. Es konnte damals auch kaum anders kommen, weil es an dem bestimmten Nachweis fehlte, daß der verurteilte Behm überhaupt ermordet worden war. Nach seiner Leiche hatte man vergeblich gesucht. Von der Wohnung führte eine Wagenspur nach dem Dabendorfer See, der nicht weit abliegt, einem tiefen, aber verunreinigten und verschlammten Gewässer. Alles Abwachen dieses Sees blieb erfolglos. Man fand auch nicht eine Spur von dem Verschwundenen. Der Hund des Vermissten lief wiederholt und immer wieder nach einer anderen Richtung, setzte sich

and wiederholt nieder und heulte. Kolbe, der das sah und hörte, verlegte dem Tier wiederholte Fußtritte, um es von diesem Wege abzubringen und erschoß es endlich, als ihm dies nicht gelang. Auch ein Postzeigehund, der herangeholt wurde, schlug einmal diese Richtung ein, ging aber dann wieder der Wagenspur nach dem See zu nach. Auf diesem blieb deshalb die ganze Aufmerksamkeit der Untersuchungsbehörde gerichtet, weil man immer noch mit der Möglichkeit rechnete, daß die Leiche tief im Schlamm verborgen sein könne.

Jetzt ist gewiß, daß Kolbe die Spur nach dem See künstlich eigens zu dem Zwecke hergestellt hat, um die Verfolger zu täuschen.

Der Freispruch brachte Kolbe in eine günstige Lage. Nach der Strafprozessordnung konnte nach diesem rechtskräftigen Urteil das Verfahren zu seinen Ungunsten nur dann wieder aufgenommen werden, wenn er vor Gericht oder außergerichtlich selbst ein glaubhaftes Geständnis der Straftat ablegte. Ebenso steht es mit Frau Behm. Das mag ihn vielleicht sicher gemacht haben. In der letzten Zeit sprach Kolbe zu mehreren Personen, u. a. auch in Dabendorfer Kreisen, von den Dabendorfer Vorgängen und erzählte dabei, daß er Behm erschossen habe. Diese Gespräche kamen zur Kenntnis der Kriminalpolizei, die ihnen nun weiter nachging. Zunächst war aber nicht abzusehen, ob es sich nicht wieder um ähnliche Redensarten handelte, wie früher, um Redensarten auf die nicht viel zu geben war. Die Kriminalpolizei ließ Frau Behm, die nach Friedrichshagen verzogen ist, kommen und nahm sie ins Gebet. Die Frau leugnete erst hartnäckig, von einem Verbrechen etwas zu wissen, gab dann aber nach langen Verhör endlich zu, daß Kolbe ohne ihren Willen und ohne ihr Wissen ihren Mann erschossen und seine Leiche weggeschafft habe. Damit gewannen die Äußerungen Kolbes eine ganz andere Bedeutung. Die Kriminalpolizei versuchte jetzt, seiner habhaft zu werden, er war aber verschwunden und ist bisher noch nicht wieder ermittelt. Frau Behm machte nun Andeutungen, nach denen die Leiche ihres Mannes in einer dem See entgegengesetzten Richtung zu suchen sein müßte, wenn sie auch selbst, wie sie versichert, bei der Beiseiterschaffung nicht zugegen war. Ein Kriminalkommissar begab sich mit Beamten vor einigen Tagen nach Dabendorf hinaus, um dort umfassende Nachforschungen und Nachgrabungen anzustellen. An einer Stelle, auf die man aus einer Andeutung Kolbes Frau Behm gegenüber zunächst gekommen war, hatten die Grabungen ein sonderbares Ergebnis. Es ist das eine Stelle an einem Schlagbaum in der Nähe einer Eisenbahnüberführung. Hier fand man nur einen Unterliefer mit einigen Säcken neben einigen Lumpen. Ob das ein menschlicher Kiefer ist, muß noch untersucht werden. Ohne Zweifel aber hat man es hier wieder mit einer Irreführung Kolbes zu tun. Eine andere Andeutung führte nach einer etwa eine halbe Stunde von dem Schlagbaum des Verschwundenen entfernt gelegenen Ruine. Diese liegt oberhalb von der Chaussee auf freiem Felde. Etwa 200 Meter von der Ruine fand man endlich das Grab des Ermordeten und seine Leiche. Seine Stelle war gezeichnet durch die Rasennarbe, die sich hier von der Narbe der Umgebung in der Farbe und Beschaffenheit der Gräser deutlich abhob. Man hatte bereits über einen Meter tief und noch weiter gegraben, ohne etwas zu finden. Schon zweifelte man daran, zu einem Ergebnis zu kommen, aber immer machte man doch noch einen Spatenstich weiter. Endlich in einer Tiefe von 1,55 Meter stieß man auf die Leiche, die noch verhältnismäßig wenig verwest ist. Sie war in einem blauen Anzug verpackt worden. Neben ihr fand man auch einen Revolver. Die ausgegrabene Leiche wurde nach dem Obduktionsraum in Dabendorf gebracht, um dort genau untersucht zu werden. Festgestellt wurde bisher schon, daß ein Schrotkugelhieb in den Kopf den Mann niedergestreckt hat. Das deutet sich mit dem Ergebnis der früheren Ermittlung.

Während der Nachgrabungen, die nun endlich das Geheimnis von Dabendorf aufklärten, wollten Leute gesehen haben, daß Kolbe in der Gegend gewesen sei, um aus der Ferne die Arbeiten zu verfolgen. Das klingt zwar nicht wahrscheinlich, immerhin aber wurde eine große Föhnwindung veranstaltet, die aber ergebnislos blieb. Frau Behm wird einstweilen im Gewahrsam des Polizeipräsidiums gehalten. Nach der jetzigen Lage muß man doch wohl die Verurteilung Kolbes als ein glaubwürdiges Geständnis im Sinne des § 204 der Strafprozessordnung betrachten und dann kann nunmehr das Verbrechen seine Sühne finden, sobald es gelingt, den Mörder habhaft zu werden. Auch das wird wohl gelingen, zumal da Kolbe mittellos ist und ohne Geld wohl nicht weit kommen kann.

Furcht vor einer Operation hat den 72 Jahre alten früheren Dreifachentwischen Rudolf Schilling aus der Bornsdorfer Straße 61 in den Tod getrieben. Der seit vielen Jahren verwitwete Mann hauste für sich allein. Im September v. J. wurde er wegen eines Krebsleidens operiert. Jetzt sollte der ärztliche Eingriff wiederholt werden. Gestern morgen wollte der Hauswirt Schilling werden, damit er zum Krankenhaus gehe. Der Leidende hatte sich aber aus Furcht vor der Operation erhängt. Er fand ihn tot auf.

Mitglied einer bayerischen Militärkapelle will ein Schloßkellner dieb sein, der in der letzten Zeit an verschiedenen Stellen mit Erfolg ausgebrochen ist. Der Dieb erscheint in einer Uniform und gibt an, im Auftrage des Kapellmeisters einer 20 Mann starken bayerischen Militärkapelle zu kommen, deren Mitglied auch er sei, um für seine Kameraden Schloßkellner zu mieten. Er zeigt sich dabei alle vermittelbaren Schloßkellner an und benützt jede Gelegenheit, die sich ihm dabei bietet, zu stehlen, was ihm in die Finger fällt. Der Gauner, vor dem hiermit gewarnt sei, ist ungefähr 20-23 Jahre alt, 1,65 Meter groß und kräftig, hat volles, dunkles Haar und einen kleinen, dunklen Schnurrbart und trägt einen grauen Militärmantel, einen blauen Rock mit Schwalbenemblem, ein blaues Beinkleid mit breiten weißen Biesen, eine hellblaue Mütze, vermullich mit roten Streifen, und einen langen Säbel an einer weißen Koppel.

Ein bedauerlicher schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern in Oranienburg. In Gegenwart der Mutter spielten die beiden sechs- und achtjährigen Töchter des in der Straußener Straße wohnhaften Arbeiters Anshmay mit ihren Puppen, die sie zu Weihnachten geschenkt erhalten hatten. Das ältere Mädchen versuchte mit einer kleinen Sichel ein Puppenkindchen zuzuschneiden. Dabei stieß sie die Kleine infolge einer heftigen unvorsichtigen Bewegung die Schere in das rechte Auge, das sofort ausblutete. Ein hinzugerufener Arzt legte dem bedauernswerten Kinde einen Rotverband an und veranlaßte die Ueberführung nach der königlichen Klinik in Berlin. Allem Anscheine nach ist auch die Schwerkraft des unterlegten Auges durch den Unfall in Mitleidenschaft gezogen.

In einer eindrucksvollen Trauerkundgebung gestaltete sich die gestern auf dem Zentralfriedhofe in Friedrichshagen erfolgte Beisetzung der am Sonnabend noch schweren Leiden verstorbenen Genossin Auguste Freyhalet. In der Kapelle hatte sich eine ansehnliche Trauerverammlung eingefunden, die aus Älteren Parteigenossinnen und Parteigenossen bestand, die jahrelang in der Bewegung stehen. Der Sängerkorps Wedding leitete die Feier ein mit der Trauerweise: „Wenn sich zwei Herzen scheiden.“ Als die letzte Strophe verklungen war, widmete Genosse Barth der Verstorbenen herzlichste, schlichte Worte des Abschieds. Nicht nur eine treue Kameradin

rabin sei sie dem Ratte gewesen selbst in den schwersten Zeiten der Not, sondern auch eine drabe Genossin, die, wie viele jener Ramenlosen, zu jeder Zeit ruhig und still für die Partei gewirkt habe. Bei Arbeiten für die Partei habe die Verstorbenen nicht gefehlt. Als Mitbegründerin des Vereins für Frauen und Mädchen habe sie diesem bis zum Tode die Kreuze gehalten. Mit Dankes- und Abschiedsworten an die Verstorbenen schloß der Redner seine zu Herzen gehende Ansprache. Noch ein Lied, kurze Widmungen am Sarge, dann ging es hinaus an die Stätte, wo die letzten Aeste der Verstorbenen in die Erde gesenkt wurden. Wieder lassen die Sänge ihre Abschiedsworte erklingen. An der Gruft häuften sich die letzten Liebeszeichen in Gestalt zahlreicher Kränze. Und beim Lehren die Teilnehmer ins Leben, wo neue Kämpfe ihrer warten, bis auch sie ins Grab sinken.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich auf der Chaussee bei Malsow ereignet. Der Schmiedemeister Schatz hatte mit seinem Sohn und einem Fahrmeister der Adiletwerke in einem Kraftwagen eine Übungsfahrt nach Lindenberg unternommen. Auf der Rückfahrt funktionierte die Steuerung nicht ordnungsmäßig und der Kraftwagen stieß gegen einen aus entgegengesetzter Richtung kommenden Steinwagen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß das Auto erheblich beschädigt und der Schmiedemeister schwer verletzt wurde. Er erlitt mehrere Rippenbrüche, einen doppelten Bruch des linken Unterarms und eine schwere Quetschung des rechten Oberschenkels. Die übrigen Insassen kamen mit leichten Hautabwühlungen davon. Der Kraftwagen blieb unbeschädigt. Der Verunglückte wurde mittels Kraftwerks nach seiner in Weihenheim befindlichen Wohnung gebracht, nachdem er unterwegs von einem Arzt Notverbande erhalten hatte.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Mittwoch nachmittag am Brandenburger Tor. Dort wollte der Zeitungsverkäufer Fritz Schulz noch kurz vor dem Motorwagen 2133 der Linie 50 die Gleise überschreiten, wurde jedoch umgestoßen und kam unter den Vorderperren vor dem Schuttrahmen zu liegen. Der Unfallhabende, der eine Gehirnerschütterung sowie Fleischwunden im Gesicht erlitten hatte, mußte nach der Charité gebracht werden.

Was' die Augen zu . . .
Du bist noch viel zu jung dazu.

Der Ruhm des Herrn von Jagow, der sich neben andern auch in der Rolle eines Sittlichkeitsapostels zu gefallen scheint, hat offenbar seinen Amtsstellen in Charlottenburg nicht schlafen lassen. Am heutigen Donnerstag besichtigte Genosse Dr. J. Rosen im Charlottenburger „Volkshaus“ seinen Vortrag über „Geschlechtskrankheiten und Prostitution“ zu halten. Nach Ankündigung dieses Vortrages erhielt nun der Vorsitzende des Hausarztesvereins Charlottenburg ein Schreiben des Charlottenburger Polizeipräsidenten, demzufolge in der Versammlung — bei Strafe von 150 M. — nur Männer über 18 Jahre anwesend sein dürfen.

Wie er sich räuspert und wie er spuckt, das hat der Charlottenburger dem Berliner Polizeipräsidenten getreulich abgequackt. So gar in der Höhe des angedrohten Strafmaßes ist jener nicht vom rühmlichen Schema abgewichen. Sich geschlechtlichen Ausschweifungen hingucken und dabei gefährlich anzusehen, davon kann auch der Charlottenburger Polizeipräsident die unerfahrene Jugend nicht bewahren. Deshalb fällt er die Läden in seiner Allmacht aus und bewahrt die Jugend — vor Kufflarung. Und die Sittlichkeit ist wieder mal gerettet!

Das Ende des Sechstagerrenns. Am Dienstagabend 12 Uhr endete das Rennen mit dem Ergebnis, daß vier Paare die Kopfgewinn bildeten und somit ein Watz über 10 Runden ausgefahren werden mußte. Stol, Clark, Lorenz und Stellbrink traten die letzten Runden an. Stol führte bis zur 5. Runde, dann trat Clark an und gewann überlegen vor seinen Gegnern, die mit je einer Länge Abstand endeten. Am den 5. und 6. Platz kämpften Ehler und Stabe, wiewohl letzterer knapp gewann. Das Ergebnis ist folgendes: 1. Clark — Hill, 8926,250 Kilometer (Reford: 4299,886 Kilometer, 1912 in Berlin); 2. Stol — Miquel, 1 Länge; 3. Lorenz — Saldow, 1 Länge; 4. Stellbrink — Rosellen, 1 Länge; 5. Stabe — Pawke, 2 Runden; 6. Ehler — Zander, 1/2 Länge; 7. Abberger — Rudel, 2 Runden zurück.

Der Verlauf des Rennens war reich an bewegten Auftritten und vielen Entzügen, die fast jedesmal durch die sog. „Prämienrennen“ verursacht wurden. Die Prämien, die von irgendeinem reichen Herrn, der sich und seinesgleichen ein paar vergnügte Augenblicke bereiten will, gestiftet werden, wachen sich innerhalb des Rennens zu einem Uebel heraus, vor dem nun selbst den Führern nahestehende Kreise zu grausen beginnt. Der erste Tag sah noch alle Fahrer im Rennen, dann aber begann das „Sterben“ und besonders die Reulinge streckten bald die Waffen. Am dritten Tage waren noch 10 Paare beisammen; dann aber nahte der entscheidende Schlag. Am Morgen des vierten Tages unternahm Clark — Hill, Stol — Miquel und Saldow — Lorenz einen energischen Vorstoß. Eine tolle Heißjagd begann, die Paare lösten sich in wilder Hast und ohne Ordnung ab und auch Stol — Miquel, Saldow — Lorenz und Stellbrink — Rosellen gerieten in Gefahr von Clark — Hill abzurufen zu werden, als ein Defekt eintrat und der Jagd ein Ende machte. Die Australier Brenda — Bye, auf die große Hoffnungen gesetzt waren, fielen zurück und gaben auf. Von den anderen Mannschaften blieben nur noch Stabe — Pawke, Ehler — Zander und Abberger — Rudel im Rennen. Gelegentliche Verwunde der letzten Paare, am fünften und sechsten Tage die verlorenen Runden aufzuholen, blieben ohne Erfolg. Der Versuch der Verankertung war zeitweilig ein überaus guter und herrschte starker Andrang. Selbst der Polizeigewaltige von Berlin sowie hohe und höchste Herrschaften hatten sich eingefunden. Der Schlußabend wies große Läden auf. Das Interesse saute selbst in diesen Kreisen ab.

Zeugen gesucht. Zu der Nacht vom 17. zum 18. November 1912 zwischen 12 und 1/2 Uhr nachts wurde in der Wiltonstraße, kurz vor der Haltestelle am Rollendorfsplatz, ein Fahrgast des Automobilmobils Nr. 801 der Linie 8 infolge plötzlichen Bremsens des Wagens gegen dessen vordere Scheiben geworfen und stark beschädigt. Zeugen dieses Unfalles, insbesondere die mitfahrende Dame, welche ebenfalls zu Fall kam und am Rollendorfsplatz ausstieg, werden gebeten sich bei Herrn Jädel, Kaiserstr. 39/40, zu melden.

Leistung. Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Anteziehren ein: 10 — M. und der Sechsterklasse von den Kollegen der Genossenschaft „Adler“, Möbelfabrik, 0,95 durch Auslösung einer 5-Minnig-Kasse durch Herrn Rag Herold, 20 — M. H. 4,45 als Kranzüberreichung von den Kollegen und Kolleginnen der Firma Gebr. Gattel, Berlin N. 20. 6 — von den Tagelöhner der Firma S. & P. Hoff, 100 — M. B. 6 — gestiftet vom Spatverein „Nicht zu Knapp“, 16,55 Ueberreichung einer Kranzsammlung von den Kollegen der Malchinenfabrik E. Becker, Reinickendorf, 11,95 von den Arbeitern der Firma Müller-Möbel, Berlin.

K. Rosenfeld, Am der Spandauer Brücke 1 a.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.
Die bisherige Durchschnittsfrequenz der hiesigen Gemeindefschulen hat eine geringe Abnahme erfahren. Insgesamt besuchten 12871 Kinder, davon 6539 Mädchen und 6332 Knaben die Gemeindefschule. 1877 Schüler und Schülerinnen entsaßen auf die erste Klasse. Die Durchschnittsfrequenz betrug hier, da die Kinder sich auf 97 Klassen verteilten, 37,2. In der zweiten Klasse wurden 1473 Kinder, gleichfalls in 37 Klassen unterrichtet, so daß hier die Durchschnittsfrequenz 39,8 betrug. In der dritten Klasse waren 1810 Kinder vorhanden, die sich auf 43 Klassen verteilten; die Durchschnittsfrequenz betrug 41,8. Die fünfte Klasse zählte 1941 Kinder, die in 44 Klassen unterrichtet wurden, Durchschnittsfrequenz 44,1. Die sechste Klasse wies

2067 Besucher auf, die sich auf 43 Klassen mit einer Durchschnittsfrequenz von 46,7 verteilten. Und die siebente Klasse besuchten 2181 Kinder, hier betrug die Durchschnittsfrequenz 60,7. Bemerkenswert sei, daß die liegenden Klassen verschwunden sind. Die Hilfsklassen werden von 188 Schülern besucht, die sich auf 9 Klassen verteilen. Der seit langen Jahren von unseren Genossen erhobene Forderung auf allgemeine unentgeltliche Lieferung der Lernmittel dürfte bei der bereits als möglich verschienenen Finanzlage auch in diesem Jahre nicht Folge gegeben werden.

Ein Volkunterhaltungabend der Stadt Schöneberg findet am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Aula der Hohenjohannschule, Belgischer Str. 48—52, statt. Das Programm lautet: Einführung in die Kunstmusik, Kunstlied und Kammermusik — Haydn — Mozart — Beethoven. — Ausführende sind: Herr Johannes Welden (Violone), Professor Heinrich Sopronig (Violine), Werner Göhre (Viola), Frau Rina Gohrer-Welden (Violoncell), sämtlich Mitglieder der Neuen Berliner Kammermusikvereinigung. Außerdem wirken mit Herr Professor Oskar Schaubert (Klarinette) und Hel. Käte Zulich (Kongertängerin). Am Flügel Herr Werner Göhre. Eintrittspreis einschließlich Programm 35 Pf. Billets sind zu haben im Konfektionsladen, Wipfel-Paulus-Str. 40, und in der Zeitungs Expedition, Martin-Luther-Str. 69.

Charlottenburg.
Alterverein für freie Erziehung. Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, findet unter Leitung des Herrn Dr. Krug eine Besichtigung des Museums für Bergbau und Hüttenwesen statt. Treffpunkt 9 1/2 Uhr pünktlich Strahnenbahnhaltestelle am Knie. Für Rückfahrt 10 1/2 Uhr vor dem Museum, Invalidenstr. 44. Jedes Kind hat 20 Pf. Fahrgeld mitzubringen. Kinder unter 10 Jahren sind von der Beteiligung ausgeschlossen. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können an der Besichtigung teilnehmen.

Röyeniä.
Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die Tagesordnung der ersten Sitzung im neuen Jahr umfaßte nur wenige Punkte. Als Vorsitzender wurde Herr Luat, als Stellvertreter Herr Rood und als Schriftführer Genosse Galle wiedergewählt. Debattelos bewilligt wurden 20 M. für die Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger und 20 M. für die Rettungsgesellschaft der Wasserportvereine für Berlin. Desgleichen wurde dem neuen Ortsrat über die Wasservertiefung, wonach vom 1. April 1913 Birtskastwasser zu 22 statt bisher zu 25 Pf. und Gewerewasser zu 15 statt bisher zu 18 Pf. pro Kubimeter abgegeben werden soll, zugestimmt. Zum Schluß wurde noch ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats, zu den bevorstehenden Urwahlen zur Landtagswahl den Wahlberechtigten eine amtliche Wahl-einladung zuzufügen, angenommen und der Magistrat gleichzeitig ermächtigt, in Zukunft bei allen vorkommenden Wahlen den Wahlberechtigten amtliche Wahl-einladungen zuzufügen. In den einzelnen Kommissionen sind unsere Genossen wie folgt vertreten: Kassenkuratorium: Finger, Junklaus, Weber. Gastkommission: Gabel, Hein, Junklaus, Woid. Straßenbahn: Herbst, Niele, Stippeloh, Woid. Elektrizitätskommission: Galle, Niele, Woid. Kanalisation und Wasserwerk: Galle, Niele, Woid. Baumkommission: Hein, Niele, Weber, Jobian. Straßenbaukommission: Gabel, Niele, Riese, Forthomme, Niele, Riele, Feidler. Armenkommission: Herbst, Niele, Jobian. Gesundheitskommission: Herbst, Woid, Jobian. Verschönerungskommission: Niele, Woid, Feidler. Feuerwehrgesellschaft: Hein, Junklaus, Stippeloh. Beleuchtungskommission: Gabel, Hein, Junklaus, Woid. Verkehrs-kommission: Herbst, Niele, Stippeloh, Woid. Gewerbliche Fortbildungsschule: Hein, Weber, Wöhler. Ertandstand: Herbst, Niele, Wöhler. Volksbücherei: Wöhler.

Mariensfelde.
In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Gen. Feinig einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Kruß und Kartelle“. Zur Landtagswahl gab der Vorsitzende bekannt, daß im 3. Bezirk eine Ersatzwahl in der 8. Klasse für den verstorbenen Gen. Seiler stattzufinden hat. Der Bezirk besteht aus folgenden Straßen: Berliner Str. 53—93, Sudamer Str. 1—28, Dorstr. 1—25, Lankestr. 29—56, Lichterfelder Straße und Schleppverluchsanstalt des Reichsmarineamts. Als Kandidat wurde Gen. Otto Blume, Rathenburger, aufgestellt. Die Zahl der Wähler beträgt 698, davon gehören zum 1. Bezirk 400, zum 2. Bezirk 109. Der Schriftführer und Bibliothekar Gen. Kreuzberg hatte seine Aemter niedergelegt. Es wurden gewählt: als Schriftführer Gen. Albert Breulich, als Bibliothekar Gen. Fritz Herhold, Berliner Str. 114.

Johannisthal.
In den für Freitag und Sonnabend anberaumten Gemeindevorstellungen wurden zunächst die Mitglieder des Steuerausausschusses gewählt. Wiedergewählt wurden die Herren Hebbem, Ledemacher und Genosse Gobin, an Stelle des Herrn v. Trützschler wurde neu hinzugewählt Herr Möser. Als Marktstandgeld wird in Zukunft für den Quadratmeter eine Gebühr von 10 Pf. erhoben. Eine rege Diskussion brachte der Punkt 7: Verkauf ausländischen Fleisches durch die Gemeinde. Der Gemeindevorstand gab bekannt, daß der Fleischverkauf bis jetzt einen Zuzusch von 200 M. erfordert habe. Das war für fast alle bürgerlichen Redner Grund genug, um für baldige Aufhebung des Fleischverkaufs zu plädieren. Von unseren Genossen wurde darauf hingewiesen, daß die Gemeinde bei anderen Gelegenheiten oft mehr zugegeben habe, als bei dieser der Allgemeinheit dienenden Einrichtung. Beschlossen wurde, bei erhöhten Preisen weitere Resultate abzuwarten und dann von neuem Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen. Während sich die öffentliche Meinung immer mehr für die Erhaltung der Grunewaldseen ausspricht, die durch die Wasserentnahme der Charlottenburger Wasserwerke mehr und mehr sinken, lag der Gemeindevorstellung eine an die zuständigen Behörden gerichtete Resolution vor, in der das Sinken der Grunewaldseen als unwesentlich gegenüber dem Bedürfnis billiger Trinkwasserlieferung für die Berliner Vororte bezeichnet wird. Schließlich wurde verlangt, daß durch die Vorstellungen auf Erhaltung der Grunewaldseen die Wasserperforung der Berliner Vorortgemeinden nicht leiden dürfe. Von unseren Genossen wurde darauf hingewiesen, daß gerade Johannisthal und seine nähere Umgebung ein Schulbeispiel dafür sei, wie durch die große Entnahme von Wasser die ganze Gegend landschaftlich beeinträchtigt werde. Nachdem auch einige bürgerliche Vertreter sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen, wurde die Resolution in veränderter Form angenommen; es wird darin nunmehr der Wunsch auf Erhaltung der Grunewaldseen ausgesprochen. Angenommen wurde die Vorlage, die südliche Seite der Waldstraße mit Pfeifensteinen 4. Klasse, soweit die Antiegebeiträge hinterlegt sind, zu pflastern; der übrige Teil soll mit den braunroten der gewonnenen Steine gepflastert werden. Um die sanitären Verhältnisse auf dem Flugplatz zu bessern, soll eine Entwässerungsanlage gebaut werden, deren Rohrnetz durch die Röpenider Straße in die Ortskanalisation mündet. Vorse drei Stunden wurde verhandelt wegen Heberanlage der Straßenreinigung durch die Gemeinde. Hierzu lag ein Antrag der Finanzkommission vor, der die Reinigung der Straßen durch die Gemeinde übernommen wissen wollte, wenn die Anlieger bereit sind, 75 Proz. der Kosten zu tragen. Auch sollte es Hausbesitzern, die die Reinigung selber besorgen wollten, freigestellt sein, dies zu tun. Dieser Antrag war jedoch nicht nach dem Wunsche der Grundbesitzer, diese wollten vielmehr die ganzen Kosten auf die Gemeinde abwälzen. Angenommen wurde schließlich ein Antrag des Gemeindevorsethers, wonach bis zu 50 Meter Straßenfront 30 Pf. pro Meter, über 50 Meter zwei Drittel des Betrages erhoben werden.

Nieder-Schönhausen.
Einen Konzertabend veranstaltet am Sonnabend, den 18. d. M., der hiesige Gesangsverein „Zukunft“ (M. d. R. S. B.) im Lokale von Piedermit (Ind. Verhale). Da der Verein bei jeder Parteiveranstaltung mitwirkt, so werden die Parteigenossen ersucht, dieses Fest zahlreich zu besuchen. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß der Verein im gleichen Lokale jeden Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr,

seine Übungsstunde abhält, wofolbst auch neue Mitglieder aufgenommen werden.

Neht Einsicht in die Gemeindevählerlisten
die vom 15. bis zum 30. Januar in den Gemeindebureaus ausliegen. Uebergenge sich jeder davon, ob er auch in der Liste vermerkt ist, damit er bei einer eventuell stattfindenden Wahl auch sein Wahlrecht ausüben kann.
Den gestern bereits veröffentlichten Orten, für die Zeit und Stelle der Listenauslegung vermerkt war, tragen wir heute noch folgende nach:
Tempelhof. Die Gemeindevählerliste liegt bis einschließl. 30. Januar im Gemeindebureau, Dorfstr. 42, Zimmer 8, wochentäglich während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, und am Sonntag, den 19. und 26. Januar d. J. von 8—10 Uhr aus.
Mariendorf. Im Rathaus, Zimmer 14, wochentäglich von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags, außerdem am 28., 29. und 30. Januar auch noch nachmittags von 6 bis 8 Uhr. Wer nicht selbst einsehen kann, zehne sich in den durch rote Plakate kenntlichen Lokale unter Angabe seines Steuerjahres in Witten ein.
Friedrichshagen. Im Rathaus, Zimmer 13, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. Sonntags von 9—12 Uhr vormittags.
Nieder-Schönhausen. Im Einwohnermeldeamt, Rathaus, Zimmer 24, und zwar von 8 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags und Sonntags von 11—1 Uhr.
Schwalde. Im Gemeindebureau, Zimmer 3, in den Dienststunden. Die Liste kann auch an den in diese Zeit fallenden Sonntagen von 10 bis 12 Uhr vormittags eingesehen werden.
Großberken. Während der Dienststunden im Gemeindebureau.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.
Tempelhof. Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Gemeindevorstellungszimmer, Dorfstr. 42.
Birk. Freitag, den 17. Januar, nachmittags 4 Uhr.
Nieder-Schönhausen. Freitag, den 17. Januar, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus.
Mariendorf. Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Rathausbücherei.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.
Les- und Vortragsklub „Paul Singer“. Sitzung jeden 1. und 3. Freitag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Karl Sed. Samarkiterstraße 17. Nächste Sitzung: Freitag, den 17. Januar, Vortrag: Gäste willkommen.
Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Wanderfahrten am Sonntag, den 19. d. M.: 1. Fichtenswalde-Storkow. Abfahrt Schleißer-Bahnhof 7,15 Uhr vormittags. 2. Hennigsdorf-Goldensieding-Hennigsdorf. Abfahrt Stettiner Vorortbahnhof 6,57 Uhr vormittags. 3. Karlsdorf-Friedrichshagen. Abfahrt Schleißer-Bahnhof 1,22 Uhr nachmittags. 4. Besichtigung des Wärtischen Museums und Alt-Berlin. Treffpunkt Wolfenbrücke (Brandenburger Ufer) 10 Uhr vormittags.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Sachkass — wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Sachname und eine Post als Wertzeichen beizufügen. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt. Antragen, denen keine Adressenangabe beizugelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Krankehaus Budow. Ihre Rechte sind noch nicht erloschen. Sie müssen die Karte bis spätestens am 30. Januar cr. umständlich. Die bereits verwendeten Karten reichen zur Aufrechterhaltung der Rechte nicht aus. In Zukunft müssen in einem Zeitraum von 2 Jahren mindestens zwanzig Karten entworfen sein und in demselben Zeitraum der Umtausch der Karte erfolgen. — M. G. A. Falls Sie nur für eine Firma tätig sind, unterliegen Sie der Versicherungspflicht. Die Beiträge werden halbiert. — B. S. 313. Der Nachlassverwalter muß zur Auszahlung aufgefunden werden. Dal die Aufforderung seinen Erfolg, so ist bei dem Amtsgericht für Grundbau für den Fall, daß das Objekt 600 M. nicht übersteigt, andernfalls beim Landgericht durch einen Anwalt, Klage zu erheben. — H. S. 23. Rein. — G. B. R. 87. Auch jetzt besteht keine gesetzliche Verpflichtung für die Landesversicherungsanstalt, Schadenersatz zu leisten. — M. T. 35. Die Gehaltswahl halten nicht, auch nicht der Gemeindevorstand. Ihre Schweiter selber ist erhaltungspflichtig, sofern nicht Versicherung eingetrieben ist (Versicherungspflicht beträgt 4 Jahre). — Pforting 3. Die Firma ist nicht verpflichtet, darauf einzugehen. Die Firma könnte vielmehr Klage auf Zahlung oder Herausgabe der Sachen erheben. Es ist ratsam, sich vor Erhebung der Klage mit der Firma in Verbindung zu setzen. Die Kosten sind erheblich. — G. W. S. 257. Sie müssen noch einen Antrag auf Aufnahme in den preussischen Staatsverband beim Polizeipräsidenten stellen. Dem Antrag muß ein Staatsangehörigkeitsnachweis Ihrer Heimatbehörde sowie eine Niederlassungsbewilligung (Niederlassung, Anmeldebewilligung) beizugelegt werden. — Vat. Rein. 2. W. 22. Falls sich Ihre Behauptung bewiesen läßt, halten wir Sie für berechtigt, den Vertrag vor sofort zu lösen, und für die Kündigungsdauer, sofern Sie nicht anderweitige Stellung erhalten, Gehaltszahlung zu fordern. — 188 Schönhauser Straße. Rein.

Marktpreise von Berlin am 14. Januar 1913, nach Ermittlungen des hiesigen Polizeipräsidenten. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,96 bis 19,90, mittel 19,78—19,82, geringe 19,70—19,74. Roggen, gute Sorte 17,23—17,25, mittel 17,19—17,21, geringe 17,15—17,17 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,70—18,30, mittel 17,50—17,60, geringe 16,40—16,90. Hafer, gute Sorte 19,10—20,40, mittel 17,50—19,00 (frei Wagen und ab Bahn).

Kartoffelmarktpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Eventerbohnen, weiße, 36,00—50,00. Linen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 6,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,10—3,00. 60 Stück Eier 4,80—6,80. 1 Kilogramm Karpen 1,40—2,40. Kalle 1,60—3,20. Jander 1,40—3,60. Dachte 1,60—2,60. Barche 1,00—2,40. Schiene 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Stroh 3,50—31,00.

Witterungsübersicht vom 15. Januar 1913.

Stationen	Barometerrhomben	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.
Bolnemb.	770	SD	4 heiter	-8		
Hamburg	763	D	5 heiter	-7	Saparanda	772
Berlin	767	D	4 heiter	-9	Petersburg	771
Konst.	760	SD	3 bedeckt	-15	Soled	742
Wien	769	SSD	2 wollos	-13	Aberdeen	749
					Paris	753

Wetterprognose für Donnerstag, den 16. Januar 1913.
Kroden und zunächst vorwiegend heiter bei stengem Frost und scharfen östlichen Winden; später langsam zunehmende Bewölkung und etwas kühler.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerhaltung, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 14.	am 15.	Wasserstand	am 14.	am 15.
Remmel, Mühl	242 ⁹	+14	Saalt, Brodlich	115	-3
Begel, Zankerburg	25 ⁹	-21	Habel, Spandauer	80	-5
Wesche, Eder	123 ⁹	-21	Kathenb.	90	+6
Obert, Ralbor	112 ⁹	-2	Spre, Spremerb.	90	+8
Krossen	169 ⁹	-6	Stobow	88 ⁹	+9
Kranfurt	174 ⁹	-5	Weier, Wenden	188 ⁹	+3
Warte, Schrimm	3 ⁹	-22	Wenden	290	-9
Wende, Lonsberg	78 ⁹	-9	Wende, Ragmüllandau	380	+23
Nesle, Borsdamm	12 ⁹	-20	Wende, Raub	185	+5
Eibe, Zeimery	4	-3	Wende, Rahn	193	-5
Dresden	126 ⁹	-11	Wende, Weidbrom	90	-7
Bard	151 ⁹	-18	Wende, Panou	165	-4
Magdeburg	150 ⁹	-14	Wende, Trier	188	+7

+) bedeutet Waß, — Fall, —) Unterpegel. — *) Grundwasserstand. — *) Eisstand. — *) Teichstand. — *) schwaches Grundwasser.